

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**  
**COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2024/202945]

**21. DEZEMBER 2023 — Erlass der Regierung zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 69, abgeändert durch das Sondergesetz vom 16. Juli 1993;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 51, abgeändert durch die Gesetze vom 16. Juli 1993 und 6. Januar 2014;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. Dezember 2023;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal, den Haushalt und die Finanzen;

Nach Beratung,

Beschließt:

*KAPITEL 1 — Allgemeine Bestimmungen*

**Artikel 1 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind anwendbar auf die betreffenden Bediensteten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, einschließlich der folgenden Dienste mit getrennter Geschäftsführung:

1. Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Gemeinschaftszentren;
3. Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
4. Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

**Art. 2 - Personenbezeichnungen**

Die Personenbezeichnungen im vorliegenden Erlass gelten für alle Geschlechter.

**Art. 3 - Grenzbeträge**

Die im vorliegenden Erlass festgelegten Grenzbeträge betreffen die Gesamtheit der Ausgabe, den Betrag der Mehrwertsteuern nicht einbegriffen.

**Art. 4 - Tragweite der Vollmachten**

Die statutarisch Vorgesetzten der Vollmachtinhaber können die Vollmachten selbst ausüben, ohne jedoch eine Entscheidung ersetzen zu können, die vom Vollmachtinhaber getroffen und dem Betroffenen mitgeteilt wurde.

Unter Vorbehalt spezifischer Vorschriften beziehen sich die Vollmachten des Generalsekretärs auf alle Angelegenheiten im Verantwortungsbereich des Ministeriums. Die Erteilung von Vollmachten erfolgt unbeschadet der umfassenden Weisungsbefugnis des Generalsekretärs gemäß Artikel 10 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten.

**Art. 5 - Abwesenheit oder Verhinderung des Vollmachtinhabers**

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Stellvertreters des Generalsekretärs, eines Verwaltungsdirektors oder eines Direktors werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der Direktionsrat anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Leiters eines Dienstes mit getrennter Geschäftsführung, auf den Absatz 1 nicht anwendbar ist, werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation, anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Fachbereichsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von einem Bediensteten wahrgenommen, den der Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation, anweist.

Im Falle der Abwesenheit oder der Verhinderung eines Referatsleiters werden in Ermangelung anderer Vorschriften seine Vollmachten von dem Fachbereichsleiter wahrgenommen, dem er zugewiesen ist.

**Art. 6 - Beglaubigung von Abschriften**

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Direktoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird Vollmacht erteilt zur Beglaubigung von Abschriften.

**Art. 7 - Bescheinigungen**

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Direktoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung von Bescheinigungen bezüglich aktenkundiger Sachverhalte.

**Art. 8 - Unterschriftendelegation**

Der Generalsekretär, die Stellvertreter des Generalsekretärs, die Verwaltungsdirektoren, die Direktoren, die Leiter der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, die zuständigen Fachbereichsleiter und die zuständigen Referatsleiter können jeweils gemäß den Vorgaben des zuständigen Ministers in der Durchführung von ministeriellen Entscheidungen Mitteilungen an Betroffene im Namen des Ministers unterzeichnen.

**Art. 9 - Abwesenheit von Personalmitgliedern**

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Direktoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt über alle Arten von Abwesenheit zu befinden, einschließlich der Genehmigung von Jahresurlauben, außergewöhnlichen Arbeitszeiten und Überstunden, die keine Auswirkungen auf das finanzielle oder administrative Statut beziehungsweise auf das Vertragsverhältnis des betroffenen Personalmitglieds haben.

**Art. 10 - Auslandsaufenthalte**

Dem Generalsekretär, den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren, den Direktoren, den Leitern der Dienste mit getrennter Geschäftsführung, den zuständigen Fachbereichsleitern und den zuständigen Referatsleitern wird gegenüber den Mitarbeitern, deren unmittelbare Vorgesetzte sie sind, Entscheidungsvollmacht erteilt zur Genehmigung von Auslandsaufenthalten mit Übernachtung.

KAPITEL 2 — *Vollmachten des Generalsekretärs***Art. 11 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis**

Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Zuweisungen des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

**Art. 12 - Zahlungsanweisung**

Der Generalsekretär wird als für die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 und 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Ausgaben, die vom Anweisungsbefugten, den bevollmächtigten oder den nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten ausgeführt werden, die Dienste mit getrennter Geschäftsführung inbegriffen.

**Art. 13 - Namentlich im Ausgabenhaushalt aufgeführte Dotationen**

Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung, die Feststellung der Ausgaben und die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle Dotationen an Dienste mit getrennter Geschäftsführung und Einrichtungen öffentlichen Interesses, die namentlich im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft aufgeführt werden.

**Art. 14 - Funktionskosten des Ministeriums, laufende Ausgaben und Vergabe von Subventionen**

§ 1 - Der Generalsekretär wird als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt:

1. für alle im Rahmen des Organisationsbereichs 20 des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben;
2. für alle im Rahmen des Organisationsbereichs 70, Programme 01, 02, 03 und 26 des Ausgabenhaushalts der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben;
3. für alle übrigen im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 30.000 Euro;
4. für die Gewährung von Subventionen bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro, soweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt;
5. in Abweichung zu dem in Nummer 3 genannten Höchstbetrag für alle im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" vorgesehenen Ausgaben bis zu einem Höchstbetrag, der dem in Artikel 11 Absatz 1 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 18. April 2017 über die Vergabe öffentlicher Aufträge in den klassischen Bereichen erwähnten Betrag entspricht.

Die in Absatz 1 erteilte Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

§ 2 - Die Regierung bestellt einen oder mehrere Einkäufer des Ministeriums als nachgeordnet bevollmächtigte Anweisungsbefugte.

Der oder die Einkäufer des Ministeriums werden bevollmächtigt für die Mittelbindung und den Eingang der rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 24 § 2 und 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die in § 1 aufgeführten Zuweisungen bis zum Höchstbetrag von 500 Euro.

**Art. 15 - Nachgeordnete Entscheidungsvollmachten im Personalbereich**

Der Generalsekretär wird ermächtigt, in den folgenden Bereichen nachgeordnete Entscheidungsvollmachten an den für den Fachbereich Personal und Organisation des Ministeriums zuständigen Fachbereichsleiter zu erteilen:

1. die Entscheidung über die angepasste Arbeitszeit infolge eines Elternurlaubs gemäß Artikel 136.2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;
2. die Entscheidung über eine Verringerung der Arbeitszeit gemäß Artikel 137 Absatz 3 desselben Erlasses;
3. die Entscheidung über im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu absolvierende Praktika im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung und die Unterzeichnung der entsprechenden Verträge.

KAPITEL 3 — *Vollmachten der Mitglieder des Direktionsrates*Abschnitt 1 — *Allgemeine Vollmachten***Art. 16 - Anwendungsbereich**

Die Bestimmungen des vorliegenden Abschnitts sind anwendbar auf die Stellvertreter des Generalsekretärs, die Verwaltungsdirektoren und die Direktoren.

**Art. 17 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis**

§ 1 - Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die den Fachbereichen zugeordnet sind, deren Leiter sie vorstehen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 sind auf die Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren, die einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung leiten, ausschließlich die Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen anwendbar.

Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für den Ausgabenhaushalt des jeweiligen Dienstes mit getrennter Geschäftsführung.

**Art. 18 - Laufende Ausgaben in den Zuständigkeitsbereichen der Mitglieder des Direktionsrates**

§ 1 - Unbeschadet Kapitel 2 werden die Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren im Rahmen der von ihnen betreuten Zuständigkeitsbereiche als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 12 des Programms 00 des Organisationsbereichs 20 sowie mit der Kennziffer 74 der Programme 01 und 26 des Organisationsbereichs 70 bis zum Höchstbetrag von 30.000 Euro.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

§ 2 - In Abweichung von § 1 sind auf die Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren, die einen Dienst mit getrennter Geschäftsführung leiten, ausschließlich die Bestimmungen des vorliegenden Paragraphen anwendbar.

Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für alle im Ausgabenhaushalt des jeweiligen Dienstes mit getrennter Geschäftsführung vorgesehenen Ausgaben bis zum Höchstbetrag von 30.000 Euro.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

**Art. 19 - Vergabe von Subventionen**

Soweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, werden die zuständigen Stellvertreter des Generalsekretärs, Verwaltungsdirektoren und Direktoren als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 der Haushaltsordnung bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Gewährung von Subventionen bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro.

**Art. 20 - Vollmachten im Personalbereich**

Den Stellvertretern des Generalsekretärs, den Verwaltungsdirektoren und den Direktoren wird, hinsichtlich der ihnen unterstellten Mitarbeiter, Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. den Empfang der Stellungnahme zu einem Anwärter gemäß Artikel 28 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

2. den Empfang der Berichte und des Endberichts des Anwärter gemäß Artikel 29 desselben Erlasses;

3. die Bewertung der ihnen unterstellten Beamten gemäß den Artikeln 39 § 2 und 41 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses;

4. die Erstellung des Erkenntnisberichtes zu ihnen unterstellten Beamten gemäß Artikel 41 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses;

5. den Empfang der schriftlichen Anfragen für gewisse Urlaube gemäß Artikel 117 Absatz 2 desselben Erlasses;

6. die Entscheidung über dieselben Anfragen gemäß Artikel 117 Absatz 3 desselben Erlasses;

7. den Empfang der Anträge für Urlaube aus persönlichen Gründen, die entsprechenden Entscheidungen und gegebenenfalls ihre Begründungen gemäß Artikel 120 desselben Erlasses;

8. die Genehmigung der Verschiebung von mehr als 10 Urlaubstagen auf das nächste Kalenderjahr gemäß Artikel 126 Absatz 2 desselben Erlasses;

9. die Genehmigung der Verschiebung von mehr als des vorgesehenen Maximalwertes an Mehrstunden auf den nächsten Berechnungszeitraum der Arbeitszeit;

10. die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung gemäß Artikel 158 desselben Erlasses;

11. die Gewährung eines Bildungsurlaubs und den Empfang der entsprechenden Anträge gemäß Artikel 168 desselben Erlasses;

12. den Empfang der Mitteilung der Beamten über den Abbruch der Ausbildung beziehungsweise das nicht fristgerechte Einreichen der Lektion im Fernunterricht sowie die Möglichkeit, Informationen über die Teilnahme am Ausbildungsgang einzuholen gemäß Artikel 169 § 3 und 5 desselben Erlasses;

13. die Aussetzung des Bildungsurlaubs gemäß Artikel 171 Absatz 1 desselben Erlasses;

14. der Abschluss einer Vereinbarung über strukturelle Telearbeit sowie der Empfang des Antrags auf strukturelle Telearbeit und dessen Überprüfung gemäß Artikel 191.2 desselben Erlasses;

15. die Veranlassung oder der Empfang einer vorzeitigen Beendigung einer Vereinbarung über strukturelle Telearbeit gemäß Artikel 191.5 § 4 desselben Erlasses.

#### *Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten*

##### **Art. 21 - Zuständigkeitsbereich Personal und Organisation**

Unbeschadet Artikel 20 wird dem Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation, Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. die Offenerklärung von Stellen, die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen der Stufen III und IV gemäß Artikel 9 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

2. den Empfang des Vorschlags zur Bildung eines Referats, das Einbringen des Vorschlags in den Direktionsrat, die Zuordnung der Mitarbeiter zu einem Referatsleiter gemäß Artikel 11.3 desselben Erlasses;

3. die Bekanntmachung der vom Direktionsrat bestellten unmittelbaren Vorgesetzten gemäß Artikel 11.4 desselben Erlasses;

4. die Festlegung der Programme der Prüfungen im Wettbewerbsverfahren gemäß Artikel 14 Absatz 2 desselben Erlasses;

5. den Beschluss zur Bildung einer Anwerbungsreserve und die Festlegung ihrer Gültigkeitsdauer gemäß Artikel 14 Absatz 3 desselben Erlasses;

6. die Festlegung von spezifischen Anwerbungsbedingungen gemäß Artikel 15 § 1 desselben Erlasses;

7. das Ergreifen von Maßnahmen zur Integration der Anwärter und zur Ausbildung der Anwärter oder Beamten gemäß Artikel 24 Absatz 1 desselben Erlasses;

8. den Vorsitz des Widerspruchsausschusses gemäß Artikel 32 Absatz 1 desselben Erlasses;

9. die Bestimmung der weiteren Form des Bewertungsberichts gemäß Artikel 38 § 2 Absatz 2 desselben Erlasses;

10. die Bestimmung der weiteren Form des Erkenntnisberichts gemäß Artikel 39 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses;

11. die Festlegung der Programme der Aufstiegsprüfungen gemäß Artikel 62 Absatz 2 desselben Erlasses;

12. die Anweisung zur Bereitschaft außerhalb der vorgeschriebenen Dienstzeit gemäß Artikel 87.1 desselben Erlasses;

13. die Gewährung einer Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben gemäß Artikel 87.2 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses;

14. die Streichung derselben Zulage gemäß Artikel 87.3 Absatz 2 desselben Erlasses;

15. den Empfang der Mitteilung über zusätzliche berufliche Aktivitäten im öffentlich-rechtlichen Bereich und den Vorschlag der Untersagung dieser Tätigkeit gemäß Artikel 89 § 2 desselben Erlasses;

16. die Vorlage zur Stellungnahme des Antrags über zusätzliche berufliche Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich gemäß Artikel 89 § 3 Absatz 2 desselben Erlasses;

17. die Entscheidung, in welchem Dienst des Ministeriums der Beamte tätig ist gemäß Artikel 91 desselben Erlasses;

18. sofern nicht anders geregelt, die Gewährung der Urlaube, Dienstbefreiungen und sonstigen Abwesenheiten gemäß Artikel 104 desselben Erlasses;

19. den Empfang der Anträge auf Urlaub wegen Fällen höherer Gewalt aus dringenden und unerwarteten familiären Gründen sowie aufgrund von schweren Sachschäden am Eigentum, die Prüfung, ob ein Fall höherer Gewalt vorliegt, und die entsprechenden Entscheidungen gemäß Artikel 117.1 desselben Erlasses;

20. den Empfang der Entscheidung des Fachbereichsleiters über eine Aus- und Weiterbildung, die Entscheidung über Einsprüche und die anschließende Information des Direktionsrates gemäß Artikel 160 Absatz 1 und 3 desselben Erlasses;

21. die Stellungnahme zur Erteilung eines außergewöhnlichen Auftrags eines Beamten gemäß Artikel 172 desselben Erlasses;

22. den Empfang der Mitteilung des Beamten, dass er sich für den Auftrag einer anderen inländischen oder internationalen Behörde bewirbt gemäß Artikel 173 Absatz 2 desselben Erlasses;

23. die Gewährung von Ausnahmen in Bezug auf die Dauer der Dienstbefreiung für einen Auftrag gemäß Artikel 174 desselben Erlasses;

24. die Stellungnahme zur Erteilung einer Dienstbefreiung zur Ausübung eines Auftrags gemäß Artikel 175 Absatz 2 desselben Erlasses;

25. den Vorschlag einer Disziplinarstrafe für einen Fachbereichsleiter gemäß Artikel 201 Absatz 1 desselben Erlasses;

26. den Empfang des Antrags des Beamten auf Entlassung aus dem Amt gemäß Artikel 217 Absatz 1 desselben Erlasses;

27. die Funktion des Ausbildungsdirektors und die Möglichkeit zur Bestellung eines beauftragten Beamten gemäß Artikel 221 desselben Erlasses;

28. die Zusammensetzung der Jury gemäß Artikel 2 § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 17. Juli 2003 zur Bestimmung der Rechtsposition des unter Arbeitsvertrag eingestellten Personals des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und bestimmter Einrichtungen öffentlichen Interesses;

29. die Einstellungen unter Gehaltstabellen der Stufen IV und III gemäß Artikel 3 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses;

30. das Zuordnen einer Gehaltstabelle bei der Einstellung von Experten gemäß Artikel 9.3 desselben Erlasses.

Derselbe Stellvertreter des Generalsekretärs ist ermächtigt, den in Artikel 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten erwähnten Eid abzunehmen.



Derselbe Stellvertreter des Generalsekretärs ist ermächtigt, im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung über Studenten- und Ausbildungsverträge zu entscheiden und sie zu unterzeichnen.

**Art. 22 - Zuständigkeitsbereich Qualitätsmanagement und Datensicherheit**

Dem Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Qualitätsmanagement und Datensicherheit, wird Entscheidungsvollmacht für die folgenden Befugnisse des Generalsekretärs erteilt:

1. die Ausübung der Zuständigkeiten des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 4 Nummer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung);
2. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten gemäß Artikel 4 § 3 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 über die Öffentlichkeit von Verwaltungsdokumenten;
3. den Empfang und die Entscheidung über Anträge auf Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors gemäß Artikel 15 des Dekrets vom 28. Juni 2021 über offene Daten und die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors;
4. den Empfang und die Entscheidung über die Zulässigkeit von Beschwerden und Hinweisen gemäß den Kapiteln 2 und 3 des Dekrets vom 21. Februar 2022 zur Festlegung verschiedener Instrumente des Informations- und Beschwerdemanagements in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

*KAPITEL 4 — Vollmachten der Leiter bestimmter Dienste mit getrennter Geschäftsführung*

**Art. 23 - Medienzentrum**

§ 1 - Unbeschadet Kapitel 2 wird der Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft" als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für den Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung.

§ 2 - Unbeschadet Kapitel 2 wird derselbe Leiter als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung, die Feststellung der Ausgaben sowie die Zahlungsanweisung gemäß Artikel 24 § 2 bis 5 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugter bestellt für alle im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung vorgesehenen Ausgaben bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

**Art. 24 - Gemeinschaftszentren**

Dem Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Gemeinschaftszentren" wird Vollmacht erteilt, im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung Arbeitsverträge abzuschließen und zu beenden, die eine Dauer von neun Monaten nicht überschreiten. Die Vollmacht ermöglicht nicht die Verlängerung eines solchen Vertrages durch den Bevollmächtigten.

Die Vertragsunterlagen werden unverzüglich dem für das Personal zuständigen Minister, dem für das Zentrum zuständigen Minister sowie dem Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation, übermittelt.

**Art. 25 - Dienststelle für selbstbestimmtes Leben**

§ 1 - Dem Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben" wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Anwendung des Kooperationsabkommens vom 10. April 1995 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Übernahme der Kosten für die Unterbringung und die soziale und berufliche Integration von Personen mit Behinderung gewährten Hilfen zu befinden.

§ 2 - Demselben Leiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigung der Musterverträge des Begleitvertrags sowie des Vertrags zwischen dem Dienst für Wohnressourcen und der Wohnressource gemäß der Artikel 4 § 2 und 5 § 1 des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen zu befinden.

§ 3 - Demselben Leiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigung der Evaluationsinstrumente und die Zuordnung der Nutzer zu den Begleitkategorien gemäß Artikel 4 § 5 desselben Erlasses zu befinden.

§ 4 - Demselben Leiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Verpflichtung für die Dienstleister, gemäß Artikel 36 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich des selbstbestimmten Lebens mit der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben elektronisch zu kommunizieren, zu befinden.

**Art. 26 - Arbeitsamt**

Dem Leiter des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung "Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft" wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Verpflichtung für die Partner des Arbeitsamts der Deutschsprachigen Gemeinschaft, gemäß Artikel 11 § 2 des Dekrets vom 13. November 2023 über Maßnahmen im Bereich der Beschäftigungsförderung und der Arbeitsvermittlung mit diesem elektronisch zu kommunizieren, zu befinden.

*KAPITEL 5 — Vollmachten der Fachbereichsleiter*

*Abschnitt 1 — Allgemeine Vollmachten*

**Art. 27 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis**

Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die ihrem Fachbereich zugeordnet sind.

**Art. 28 - Laufende Ausgaben in den Fachbereichen**

§ 1 - Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die

im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft bzw. im Ausgabenhaushalt des jeweiligen Dienstes mit getrennter Geschäftsführung vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74, die ihrem Fachbereich zugeordnet sind, bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

§ 2 - In Abweichung zu § 1 wird in den Fällen, in denen ein Fachbereichsleiter gleichzeitig als Rechnungspflichtiger gemäß Artikel 25 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestellt wurde, ausschließlich der Generalsekretär als bevollmächtigter Anweisungsbefugter für den betroffenen Fachbereich bestellt.

#### **Art. 29 - Vergabe von Subventionen**

Soweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt, werden die zuständigen Fachbereichsleiter als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 der Haushaltsordnung bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Gewährung von Subventionen bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro.

### *Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten*

#### *Unterabschnitt 1 — Ministerium*

#### **Art. 30 - Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Ausbildung und Unterrichtsorganisation zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Abweichungen und Freistellungen im Rahmen der Artikel 57 bis 60 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 § 3 des Königlichen Erlasses vom 3. November 1987 zur allgemeinen Regelung des Hochschulkurzstudiums mit vollem Lehrplan vorgesehene Erlaubnis zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 11 § 2 desselben Königlichen Erlasses vorgesehene Abweichung zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Gesetzes vom 19. März 1971 über die Gleichwertigkeit ausländischer Diplome und Zeugnisse und über die Gleichstellung von ausländischen Studiennachweisen zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in den Artikeln 3 bis 6 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009 vorgesehene Vergabe von Konformitätsbescheinigungen zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, über die Beschwerden bezüglich der abgewiesenen Anträge oder des Betrags der gewährten Beihilfe zu befinden.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse für die Teilnahme an Weiterbildungen im Bereich Volks- und Erwachsenenbildung gegebenenfalls in Ausführung der diesbezüglichen Vorschriften.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe von Zuschüssen zur Weiterbildungsförderung.

#### **Art. 31 - Fachbereich Beschäftigung**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Beschäftigung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen von Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung über Anträge zwecks Erhalt eines Zuschusses zur Einstellung von AktiF- oder AktiF PLUS-Berechtigten zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Königlichen Erlasses vom 9. Juni 1999 zur Ausführung des Gesetzes vom 30. April 1999 über die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer, sowohl über die Vollständigkeit der Anträge auf eine Beschäftigungs-, Arbeits- und kombinierte Erlaubnis als auch über die eigentlichen Anträge sowie über den Entzug dieser Erlaubnisse zu befinden mit Ausnahme der dort vorgesehenen ministeriellen Derogationsmöglichkeiten.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Gesetzes vom 19. Februar 1965 über die Ausübung seitens Ausländer von Berufstätigkeiten als Selbständige, über Anträge auf Erhalt, Verlängerung oder Erneuerung sowie über den Entzug der Berufskarte zu befinden mit Ausnahme der dort vorgesehenen Einspruchsmöglichkeiten.

#### **Art. 32 - Fachbereich Familie und Soziales**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Familie und Soziales zuständigen Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt zur Unterzeichnung der für die Steuerverwaltung bestimmten Bescheinigung in Anwendung von Artikel 145/35 Absatz 2 Nummer 3 des Einkommenssteuergesetzbuches 1992 zur Absetzbarkeit der Betreuungskosten von Kindern unter zwölf Jahren.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung der in Artikel 40 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den Entzug der Anerkennung der in Artikel 43 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter erwähnten selbstständigen Tagesmütter/-väter zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die im Rahmen von Artikel 5 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich vorgesehenen Diplomabweichungen zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen, die in Artikel 25 § 1 Absatz 2 und § 2 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 4. Oktober 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vorgesehen sind, zu befinden.

§ 6 - Derselbe Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 34.31 des Programms 11 des Organisationsbereichs 50.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 44 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen über das Anrecht auf die Familienleistungen zu befinden.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt, gemäß Artikel 53 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen festzustellen, dass ernsthafte und übereinstimmende Anhaltspunkte vorliegen, dass ein Betrug, eine arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder falsche Information zur Auszahlung der Familienleistungen geführt haben.

#### **Art. 33 - Fachbereich Finanzen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Finanzen zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. die tägliche Führung und Verwaltung von Konten bei Finanzinstituten, einschließlich der Eröffnung und Schließung von Konten, der Erteilung von Vollmachten, der Abwicklung von Domizilierungsanträgen, des Einlösen von Schecks;

2. die Genehmigung der aufgestellten Abrechnungen in Bezug auf die in Rechnung gestellten Soll- und Habenzinsen sowie auf verschiedenen Kosten und Bankprovisionen.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter ist ermächtigt, alle Rechtsakte zu unterzeichnen im Zusammenhang mit Anleihen, Leasingverfahren und Anlagen, im Zusammenhang mit Garantieerklärungen und im Zusammenhang mit dem An- und Verkauf von Liegenschaften, die je nach Fall von der Regierung oder von dem für den Haushalt zuständigen Minister beschlossen wurden.

#### **Art. 34 - Fachbereich Gesundheit und Senioren**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Gesundheit und Senioren zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 25. April 2019 zur Festlegung des Verfahrens zur Zulassung, Registrierung und Anerkennung der Fachkräfte der Gesundheitspflegeberufe und zur Ausstellung des Europäischen Berufsausweises über die Anträge auf Zulassung, Registrierung, Anerkennung und Ausstellung eines Europäischen Berufsausweises zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den in Artikel 29 des Königlichen Erlasses vom 22. Mai 2003 über das Verfahren zur Behandlung der Akten in Sachen Beihilfen für Personen mit Behinderung erwähnten Verzicht auf Rückforderung unrechtmäßig ausgezahlter Beihilfen zu befinden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 34.31 des Programms 17 des Organisationsbereichs 50.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 19 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren über die Anträge auf Pflegegeld für Senioren zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt, gemäß Artikel 28 des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren festzustellen, dass ernsthafte und übereinstimmende Anhaltspunkte vorliegen, dass ein Betrug, eine arglistige Täuschung, betrügerische Handlungen oder falsche Information zur Auszahlung des Pflegegelds für Senioren geführt haben.

#### **Art. 35 - Fachbereich Infrastruktur**

§ 1 - In Abweichung zu dem in Artikel 28 erwähnten Höchstbetrag wird dem für den Fachbereich Infrastruktur zuständigen Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen der Gesetzgebung über öffentliche Aufträge und der einschlägigen Vorschriften der Deutschsprachigen Gemeinschaft über alle Aufträge für Unterhalts- und Umbauarbeiten zu befinden, deren Kosten 30.000 Euro nicht überschreiten.

Die Vollmacht schließt alle Rechtshandlungen ein, die für die Vergabe des Auftrags und seine Ausführung im Rahmen der oben erwähnten Vorschriften erforderlich oder möglich sind. Die genannte Vollmacht gilt ebenfalls für den Abschluss und die Durchführung von Verträgen mit Verteilergesellschaften sowie für Verträge zum Unterhalt, zur Überprüfung und zur Regulierung von Heizungs-, Belüftungs-, Sicherheits- und Elektroinstallationen.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Vollmacht zur Bezeichnung des Sicherheitskoordinators auf zeitweilig begrenzten und ortsveränderlichen Baustellen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt.

§ 3 - In Abweichung zu dem in Artikel 29 erwähnten Höchstbetrag wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt für die Gewährung von Subventionen für die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezuschusste Infrastruktur bis zum Höchstbetrag von 30.000 Euro, insoweit es sich um gebundene Entscheidungen ohne Ermessensspielraum handelt.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die Regierung oder den zuständigen Minister für die Beurkundung und den Abschluss von Rechtsgeschäften in Bezug auf den Erwerb oder die Abtretung von unbeweglichen Gütern zu vertreten, die je nach Fall von der Regierung oder von dem zuständigen Minister beschlossen wurden.

#### **Art. 36 - Fachbereich Jugendhilfe**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Jugendhilfe zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 6bis § 2 des Dekrets vom 9. Mai 1988 über den Fonds für besondere Hilfe für Kinder und Jugendliche erwähnten Mittel.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird in Anwendung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. die Genehmigung der in Artikel 50 § 1 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Verlängerung der Begleitung bei Erreichen der Volljährigkeit;

2. die in Artikel 90 § 1 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Aufforderung, den Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung nachzukommen;

3. das Befinden über die Zulassung der natürlichen Personen, die die Pflegschaft eines verwandten oder vertrauten Kindes oder Jugendlichen übernehmen, für die Pflegschaftsvorbereitung in Anwendung von Artikel 102 Absatz 2 des Dekrets;

4. die Gewährung der in Artikel 107 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Kostenübernahme der Beratungen sowie der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen;

5. die Gewährung der Finanzierung der Ausgaben der Erziehungsberechtigten zur Förderung der Kontakte mit ihrem Kind oder Jugendlichen, der sich in einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme befindet, in Anwendung von Artikel 112 § 2 des Dekrets;

6. die Gewährung der finanziellen Unterstützung der Kinder, die sich in einer stationären Jugendhilfemaßnahme befinden, in Anwendung von Artikel 114 Absatz 1 des Dekrets.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz Entscheidungsvollmacht erteilt für:

1. das Befinden über die in Artikel 23 Absatz 2 des Erlasses vorgesehene Anerkennung einer Pflegschaftsfamilie;

2. das Befinden über die Aussetzung und den Entzug der Anerkennung einer natürlichen Person in Anwendung von Artikel 32 des Erlasses;

3. die Vergabe der in Artikel 43 des Erlasses erwähnten Lebenshaltungskosten;

4. die Vergabe der in Artikel 44 des Erlasses erwähnten Unterstützung für kulturelle, sportliche und schulische Aktivitäten;

5. die Vergabe der in Artikel 46 und 48 des Erlasses erwähnten Sonderauslagen;

6. die Vergabe des in Artikel 47 des Erlasses erwähnten Pflegschaftsgeldes.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt in Anwendung von Artikel 29.1 des Erlasses der Regierung vom 25. März 2021 zur Ausführung des Dekrets vom 27. April 2020 über die Adoption von Kindern über die Erstattung der Kostenbeteiligung zu befinden.

#### **Art. 37 - Fachbereich Kultur und Jugend**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Kultur und Jugend zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der im Rahmen der Subventionen zur Kulturförderung zu vergebenden Zuschüsse für Auftritte im Auftrag sowie für Auftrittsfahrten der Amateurlustvereinigungen in Ausführung der Artikel 52, 58, 64 und 71 des Dekrets vom 18. November 2013 zur Förderung von Kultur in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der vom zuständigen Minister festgelegten Anzahl über die Annehmbarkeit zur Bezuschussung und die annehmbaren Dienstjahre der von den Organisationen vorgeschlagenen Personalmitglieder zu befinden in Ausführung von Artikel 2 des Erlasses der Exekutive vom 6. Juli 1992 zur Ausführung des Dekretes vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Kreativen Ateliers.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse an Jugendorganisationen und Ferienlager in Ausführung der Artikel 13 und 14 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der Zuschüsse für die Teilnahme an Weiterbildungen im Bereich Jugend in Ausführung von Kapitel 3 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt im Rahmen der vom zuständigen Minister festgelegten Anzahl über die Annehmbarkeit zur Bezuschussung und die annehmbaren Dienstjahre der von den Organisationen vorgeschlagenen Personalmitglieder zu befinden in Ausführung von Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 15. März 2012 zur Ausführung des Dekretes vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Aufnahme in das Verzeichnis für Kleindenkmäler und andere bedeutende Gebäude in Ausführung von Artikel 20 § 2 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, das in den Artikeln D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 und D.IV.23.2 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnte einfache Denkmalgutachten abzugeben.

#### **Art. 38 - Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei**

§ 1 - Der für den Fachbereich Lokale Behörden und Kanzlei zuständige Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, die Korrespondenz in Bezug auf die Überprüfung der Beschlüsse, Akten- und Informationsanfragen, Erinnerungsschreiben sowie Übermittlungsschreiben im Namen des für die lokalen Behörden zuständigen Ministers zu unterzeichnen.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird gemäß Artikel 108 Absatz 2 und 112 Absatz 2 des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren dazu ermächtigt, die Korrespondenz in Bezug auf die Überprüfung der Beschlüsse, Akten- und Informationsanfragen, Erinnerungsschreiben sowie Übermittlungsschreiben im Namen des für die öffentlichen Sozialhilfezentren zuständigen Ministers zu unterzeichnen.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Bestätigung der Gesetzeskonformität der in Anwendung von Artikel 111bis des Grundlagengesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfezentren im Rahmen der Übersichtsliste übermittelten Beschlüsse und der in Anwendung von Artikel 112 angeforderten Beschlüsse.

#### **Art. 39 - Fachbereich Pädagogik**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Pädagogik zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Unterrichtsbefreiung im Rahmen des Artikels 63 Absatz 1 des Dekretes vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen zu befinden.



§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den in Artikel 9 § 1 Absatz 2 Nummer 3 des Dekrets vom 26. April 1999 über das Regelgrundschulwesen angeführten besonderen pädagogischen oder sozialen Härtefall zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 8 des Erlasses der Regierung vom 20. Juli 1994 über die Zusammensetzung und die Arbeitsweise des Prüfungsausschusses der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Sekundarunterricht sowie die Durchführung der Prüfungen vor diesem Ausschuss vorgesehene Prüfungsbefreiung zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in den Artikeln 14 und 16 desselben Erlasses vorgesehene Eingliederung der einzelnen Fächer in die Prüfungsteile zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Abweichungen und Freistellungen im Rahmen von Artikel 56 des Königlichen Erlasses vom 29. Juni 1984 über die Organisation des Sekundarschulwesens zu befinden.

§ 6 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 7 des Dekrets vom 25. Juni 1996 über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens von der in Artikel 6 desselben Dekrets vorgesehenen Einschreibefrist für Schüler abzuweichen.

#### **Art. 40 - Fachbereich Personal und Organisation**

§ 1 - Der für den Fachbereich Personal und Organisation zuständige Fachbereichsleiter wird ermächtigt für den Empfang der Bescheinigungen im Rahmen des postnatalen Mutterschaftsurlaubs gemäß Artikel 125.1 Absatz 2 des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt für den Empfang der Anfrage auf einen übertragenen Mutterschaftsurlaub gemäß Artikel 132 § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 2 desselben Erlasses.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt für den Empfang der Benachrichtigung, dass ein Personalmitglied im Krankheitsfall den Dienst wieder halbtätig aufnehmen kann gemäß Artikel 154 Absatz 1 desselben Erlasses.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt für den Empfang der Benachrichtigung des zuständigen Kontrollbeamten gemäß Artikel 155 Absatz 2 desselben Erlasses.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt für die Beauftragung des arbeitsmedizinischen Dienstes Medex mit der Untersuchung eines Beamten.

#### **Art. 41 - Fachbereich Raumordnung - Raumordnung und Städtebau**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Raumordnung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel D.II.47 § 2 des Gesetzbuches über die räumliche Entwicklung die Stellungnahmen der Personen und Instanzen, die er für nützlich hält, einzuholen.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, den Planentwurf, dem der Umweltverträglichkeitsbericht beigelegt wird, gemäß Artikel D.II.49 § 5 desselben Gesetzbuches den Gemeindegremien der Gemeinden zu übermitteln, auf deren Gebiet sich die Revision erstreckt oder die in Anwendung von Artikel D.VIII.4 bestimmt wurden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in den Artikeln D.IV.16 und D.IV.19 desselben Gesetzbuches erwähnten Stellungnahmen bzw. in den Artikeln D.IV.17 und D.IV.20 desselben Gesetzbuches erwähnten gleich lautenden Stellungnahmen abzugeben.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigungsanträge für die in Artikel D.IV.22 Absatz 1 Nummern 1 bis 10, D.IV.22.1 und D.IV.22.2 desselben Gesetzbuches erwähnten Handlungen und Arbeiten zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen der gemäß § 2 erteilten Vollmachten die in Artikel D.IV.23, D.IV.23.1 und D.IV.23.2 desselben Gesetzbuches erwähnten Städtebaubescheinigungen Nr. 2 auszustellen.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Bescheinigungs- oder Genehmigungsanträge im Rahmen des in Artikel D.IV.31 desselben Gesetzbuches erwähnten Projekttreffens zu befinden bzw. die Regierung dort zu vertreten.

§ 7 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, dem Antragsteller die in Artikel D.IV.33 Absatz 1 desselben Gesetzbuches erwähnte Empfangsbescheinigung bzw. das Verzeichnis der fehlenden Unterlagen zu übermitteln, sowie Entscheidungsvollmacht erteilt, die Frist festzulegen, wenn das Gemeindegremium innerhalb der in Artikel D.IV.33 Absatz 2 desselben Gesetzbuches erwähnten Frist die Regierung über die Frist, innerhalb derer der Beschluss des Gemeindegremiums gesendet wird, nicht per Einsendung informiert hat.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel D.IV.35 § 2 Absatz 2 desselben Gesetzbuches die Stellungnahme der Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen zu ersuchen, deren Konsultation er als zweckmäßig erachtet.

§ 9 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, gemäß Artikel D.IV.36 desselben Gesetzbuches den Dienststellen oder Ausschüsse bzw. Kommissionen sowie dem Gemeindegremium die Antragsakte zu übermitteln und ihre Stellungnahmen zu ersuchen.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.39 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Stellungnahmen abzugeben.

§ 11 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, das in Artikel D.IV.42 § 1 Absatz 1 Nummer 2 desselben Gesetzbuches erwähnte Einverständnis zur Vorlage von Änderungsplänen und einem entsprechenden Nachtrag zur vorherigen Bewertungsnotiz über die Umweltverträglichkeit bzw. zur Umweltverträglichkeitsstudie zu erteilen.

§ 12 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den in Artikel D.IV.47 § 1 Absatz 2 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss zu fassen, wenn das Gemeindegremium dem Antragsteller seinen Beschluss nicht innerhalb der vorgesehenen Fristen übermittelt hat, und wenn es nicht die vorgeschriebene oder fakultative Stellungnahme der Regierung ersucht hat. Er wird ermächtigt, den Beschluss bzw. den Beschluss zur Verlängerung der Bearbeitungsfristen dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, den in Artikel D.IV.47 § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln.

§ 13 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, den in Artikel D.IV.48 desselben Gesetzbuches erwähnten Beschluss, der im Rahmen der gemäß § 2 oder 3 erteilten Vollmachten gefasst wurde, dem Antragsteller, dem Gemeindegremium und dem Projektautor zu übermitteln bzw. den Beschluss zur Verlängerung der Bearbeitungsfristen zu fassen und zu übermitteln.

§ 14 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.62 § 1 desselben Gesetzbuches beschriebene Aufsicht über die Beschlüsse der Gemeindegremien wahrzunehmen und gemäß den Bestimmungen dieses Artikels die erwähnten Beschlüsse sowie gemäß Artikel D.IV.89 Nummer 1 desselben Gesetzbuches die Genehmigung auszusetzen. Er wird ermächtigt, gemäß Artikel D.IV.62 § 2 desselben Gesetzbuches die Aussetzung dem Gemeindegremium und dem Antragsteller zu übermitteln sowie die Art der Regelwidrigkeit in dem Verfahren, den Mangel in der Begründung oder die Bestimmung, der der erwähnte Beschluss nicht genügt, zu erklären.

§ 15 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die für gleich lautend bescheinigte Abschrift der in Artikel D.IV.70 desselben Gesetzbuches erwähnten Dokumente anzufertigen.

§ 16 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.IV.84 § 2 desselben Gesetzbuches erwähnte Verlängerung der Städtebaugenehmigung zu gewähren.

§ 17 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, dem Notar seine Anmerkungen in Bezug auf die in Artikel D.IV.102 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnte Aufteilung eines Gutes, das nicht Gegenstand eines Antrags auf eine Verstädterungsgenehmigung ist und dessen zu bildenden Lose insgesamt oder zum Teil völlig oder teilweise zu Wohnzwecken bestimmt sind, zu übermitteln.

§ 18 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die gemäß Artikel D.IV.106 desselben Gesetzbuches vom Inhaber einer Genehmigung zum Aufsuchen von Lagerstätten oder vom Grubenkonzessionsinhaber beantragte Städtebaugenehmigung auszustellen.

§ 19 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel D.V.11 § 1 desselben Gesetzbuches den Entwurf des Areals für eine städtische Flurbereinigung dem Kommunalausschuss zur Stellungnahme zu unterbreiten oder eine öffentliche Untersuchung beim Gemeindegremium zu beantragen.

§ 20 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die gemäß Artikel D.VII.1ter § 1 desselben Gesetzbuches vom Genehmigungsinhaber oder Eigentümer eines Gutes beantragte Erklärung über die Übereinstimmung von bestehenden Handlungen oder Arbeiten mit dem Raumordnungs- und Städtebaurecht auszustellen beziehungsweise die in Artikel D.VII.1ter § 2 Absatz 2 aufgeführten Informationen zu übermitteln.

§ 21 - Derselbe Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, dem Genehmigungsinhaber oder Eigentümer des Gutes den in Artikel D.VII.1ter § 2 Absatz 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Hinterlegungsbescheid zu übermitteln.

§ 22 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel D.VII.4 desselben Gesetzbuches erwähnte mündliche Mahnung zu bestätigen.

§ 23 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel D.VII.6 Absatz 2 desselben Gesetzbuches das Gemeindegremium zu informieren, wenn eine Beschwerde über einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung in Bezug auf die vom Protokoll betroffenen Handlungen und Arbeiten oder Verstädterung eingereicht wird oder werden könnte.

§ 24 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den in Artikel D.VII.9 desselben Gesetzbuches erwähnten Befehl zur Unterbrechung der Arbeiten zu bestätigen.

§ 25 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, vor dem Korrektribunalgericht die Verhängung der in Artikel D.VII.13 desselben Gesetzbuches erwähnten Maßnahmen zu beantragen.

§ 26 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel D.VII.14 desselben Gesetzbuches von Amts wegen die Vollstreckung des Urteils vornehmen zu können.

§ 27 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, den Zuwiderhandelnden zu der in Artikel D.VII.17 desselben Gesetzbuches erwähnten Konzertierungsversammlung vorzuladen und die Vereinbarung im Hinblick auf einen Antrag auf Regularisierungsgenehmigung festzuhalten.

§ 28 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, unter den in Artikel D.VII.18 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Bedingungen in Absprache mit dem Gemeindegremium dem Zuwiderhandelnden einen Vergleich vorzuschlagen.

§ 29 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, unter den in Artikel D.VII.21 § 1 desselben Gesetzbuches erwähnten Bedingungen im Einvernehmen mit dem Gemeindegremium dem Zuwiderhandelnden die Wiederherstellungsmaßnahmen und die Frist für deren Durchführung vorzuschreiben. Er wird ermächtigt, nach Abschluss der festgelegten Frist die Durchführung zu protokollieren.

§ 30 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, vor dem Zivilgericht die Verhängung der in Artikel D.VII.22 desselben Gesetzbuches erwähnten Maßnahmen zu fordern.

§ 31 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel D.VII.25 desselben Gesetzbuches erwähnte Bescheinigung auszustellen, in der festgestellt wird, dass das Urteil vollstreckt wurde, dass ein Vergleich zustande kam, oder dass der Betreffende die vorgeschriebene Genehmigung endgültig erhalten und die Arbeiten gemäß den verordnungsrechtlichen Bestimmungen und der Genehmigung ausgeführt hat oder dass Wiederherstellungsarbeiten ausgeführt worden sind.

§ 32 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.IV.26-3 Absatz 1 desselben Gesetzbuches dem Vorlegen von Plänen in einem anderen Maßstab als die verlangten Maßstäbe zuzustimmen.

Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.IV.26-3 Absatz 2 desselben Gesetzbuches die Vorlage von ergänzenden Dokumenten zu beantragen, wenn solche für das Verständnis des Projekts unerlässlich sind.

§ 33 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel R.IV.105-1 desselben Gesetzbuches die in Artikel D.IV.102 desselben Gesetzbuches erwähnten Bemerkungen zu übermitteln.

§ 34 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.V.2-1 desselben Gesetzbuches über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags auf Festlegung des Areals für einen neu zu gestaltenden Standort zu befinden.

§ 35 - Denselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel R.V.4-1 desselben Gesetzbuches erwähnte Erlaubnis, die im neu zu gestaltenden Standort gelegenen Güter zu veräußern bzw. mit dinglichen Rechten zu belasten, zu erteilen.

§ 36 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.V.7-1 desselben Gesetzbuches über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags auf Festlegung des Areals für einen Landschafts- und Umweltsanierungsstandort zu befinden.

§ 37 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.4-1 desselben Gesetzbuches die Gemeinden zu bestimmen, auf deren Gebiet eine öffentliche Untersuchung durchgeführt wird.

§ 38 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel R.VIII.12-1 § 1 desselben Gesetzbuches, wenn es sich bei der mit der Annahme des Plans oder des Schemas beauftragten Behörde um die Regierung handelt, die Akte in Anwendung von Artikel D.VIII.12 desselben Gesetzbuches zu versenden und die Gemeinde oder Gemeinden zu informieren, in der oder denen eine öffentliche Untersuchung organisiert wird.

§ 39 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel R.VIII.12-1 § 3 desselben Gesetzbuches, wenn es sich bei der mit der Annahme des Plans oder des Schemas beauftragte Behörde um die Regierung handelt, die zuständigen Behörden der Region oder des Staates darüber zu informieren, dass der Beschluss Gegenstand einer Bekanntmachung durch Anschlag gemäß Artikel D.VIII.26 gewesen ist und dass der Plan oder das Schema während der ganzen Dauer dieser Bekanntmachung nach den Modalitäten gemäß Artikel D.VIII.17 zugänglich ist, und den zuständigen Behörden der Region oder des Staates eine Kopie der in Artikel R.VIII.12-1 § 3 genannten Dokumente zu übermitteln.

§ 40 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.33-1 desselben Gesetzbuches zu bestimmen, welche Informationen der Umweltverträglichkeitsbericht hinsichtlich des Sektorenplans enthält.

§ 41 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.33-1 desselben Gesetzbuches die Personen oder Instanzen, deren Konsultation er für nützlich erachtet, zu bestimmen und die transregionalen und transnationalen Stellungnahmen gemäß Artikel D.VIII.33 § 4 betreffend das Raumentwicklungsschema und den Sektorenplan zu beantragen.

§ 42 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel R.VIII.34-2 desselben Gesetzbuches die in Artikel D.VIII.34 Absatz 2 desselben Gesetzbuches genannte Person abzulehnen.

§ 43 - Ist die Regierung aufgrund der Bestimmungen desselben Gesetzbuches befugt und wird derselbe Fachbereichsleiter aufgrund der Bestimmungen des vorliegenden Artikels bevollmächtigt, so erstrecken sich diese Vollmachten gleichzeitig auf alle Fälle, in denen dasselbe Gesetzbuch das Handeln der "zuständigen Behörde" vorsieht.

#### **Art. 42 - Fachbereich Raumordnung - Globalgenehmigungen**

§ 1 - Der für den Fachbereich Raumordnung zuständige Fachbereichsleiter wird dazu ermächtigt, gemäß Artikel 7 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche, die Einholung von Stellungnahmen im Rahmen der Ausarbeitung, Anpassung, Überarbeitung oder Aufhebung bestimmter Instrumente gemäß der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anwendbaren Gesetzgebung vorzunehmen.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in den in Artikel 14 § 2 Absätze 2, 3, 4 und 5 desselben Zusammenarbeitsabkommens erwähnten Fällen gemäß Artikel 26 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Globalgenehmigungsanträge zu befinden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss oder die Liste der fehlenden Unterlagen an den Antragsteller zu senden.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 2 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den Antrag für unzulässig zu erklären, wenn der Antragsteller die ergänzenden Unterlagen nicht fristgerecht einreicht.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 19 § 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags gefassten Beschluss an den Antragsteller zu senden.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 20 Absatz 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Begutachtungsinstanzen zu bestimmen.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den in Artikel 25 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten zusammenfassenden Bericht abzufassen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region den zusammenfassenden Bericht der zuständigen Behörde zuzusenden und den Antragsteller davon in Kenntnis zu setzen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die in Artikel 25 § 4 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte Anhörung wahrzunehmen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 5 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Verlängerung der Fristen zu beschließen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 25 § 8 Absatz 3 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem technischen Beamten der Wallonischen Region dem Einreichen von Änderungsplänen und Nachträgen zur Umweltverträglichkeitsprüfung zuzustimmen.

§ 6 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 29 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens bei dem gemischten Berufungsausschuss Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde zu erheben.

§ 7 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, das in Artikel 7 § 1 des Ausführungszusammenarbeitsabkommens vom 19. November 2020 zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss erwähnte Gutachten bezüglich der Untersuchung des gegen eine Globalgenehmigung gerichteten Einspruchs abzugeben.

#### **Art. 43 - Fachbereich Raumordnung - integrierte Genehmigungen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Raumordnung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in den in Artikel 33 § 2 Absatz 2 Nummern 1, 2, 3 und 4 des Zusammenarbeitsabkommens vom 14. November 2019 zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft über die Ausübung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung und gewisser verbundener Bereiche erwähnten Fällen gemäß Artikel 46 desselben



Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Anträge auf integrierte Genehmigung zu befinden.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 37 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region über die Vollständigkeit und Zulässigkeit des Antrags zu befinden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 40 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Begutachtungsinstanzen zu bestimmen.

§ 4 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region den in Artikel 45 § 1 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnten zusammenfassenden Bericht abzufassen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die in Artikel 45 § 3 des Zusammenarbeitsabkommens erwähnte Anhörung wahrzunehmen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 45 § 4 desselben Zusammenarbeitsabkommens gemeinsam mit dem Beamten für Handelsniederlassungen und ggf. dem technischen Beamten der Wallonischen Region die Verlängerung der Fristen zu beschließen.

§ 5 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 51 § 1 desselben Zusammenarbeitsabkommens bei dem gemischten Berufungsausschuss Einspruch gegen den Beschluss der zuständigen Behörde zu erheben.

§ 6 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, das in Artikel 7 § 1 des Ausführungszusammenarbeitsabkommens vom 19. November 2020 zwischen der Wallonischen Regierung und der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft über den für Global- und integrierte Genehmigungen zuständigen gemischten Berufungsausschuss erwähnte Gutachten bezüglich der Untersuchung des gegen eine integrierte Genehmigung gerichteten Einspruchs abzugeben.

#### **Art. 44 - Fachbereich Raumordnung - kommunale Verkehrswege**

Der für den Fachbereich Raumordnung zuständige Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 8 des Dekrets der Wallonischen Region vom 6. Februar 2014 über das kommunale Verkehrswegenetz dem Gemeinderat einen Antrag auf Schaffung, Änderung oder Abschaffung eines kommunalen Verkehrsweges zu unterbreiten.

#### **Art. 45 - Fachbereich Raumordnung - Wohnungswesen und Energie**

§ 1 - Der für den Fachbereich Raumordnung zuständige Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung von Titel II Kapitel II des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowie des Kapitels II Abschnitt II des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 32.00, 33.00, 34.00, 34.01, 43.21 und 81.11 des Programms 21 des Organisationsbereichs 50 bzw. mit der Kennziffer 53.11 des Programms 28 des Organisationsbereichs 70.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Titel II Kapitel II des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen sowie Kapitel II Abschnitt II des Dekrets der Wallonischen Region vom 9. Dezember 1993 über die Förderung der rationellen Energienutzung, der Energieeinsparungen und der erneuerbaren Energien über das Anrecht auf Beihilfen für natürliche Personen zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anwendung der Ausfallbürgschaft für die Rückzahlung der in Artikel 14 § 4 Nummer 5 des Gesetzbuches über nachhaltiges Wohnen erwähnten Hypothekendarlehen zu befinden.

#### **Art. 46 - Fachbereich Sport, Medien und Tourismus**

Dem für den Fachbereich Sport, Medien und Tourismus zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der im Rahmen der Subventionen zur Sportförderung zu vergebenden Zuschüsse zur Förderung von hochqualifizierten Schieds- oder Kampfrichtern, zur Förderung von Übungsleitern, Trainern und Lehrern für Leibeserziehung, zur Förderung von hochqualifizierten Mannschaften, zur Teilnahme an internationalen Spitzensportwettkämpfen, zur Teilnahme an internationalen Wettbewerben, zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Sport, zur Organisation von Freiluftklassen, zur Teilnahme an internationalen Schulmeisterschaften, zur Organisation von Sportlagern, zur Organisation von Trainingslagern sowie zur Förderung der Teilnahme oder Organisation an Wettkämpfen und Turnieren in Ausführung der Artikel 22.1, 22.2, 23, 24, 24.1, 26, 26.1, 26.2, 27, 28 und 29 des Sportdekrets vom 19. April 2004.

#### **Art. 47 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Bezeichnungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 16 und 19bis des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens vorgesehene zeitweilige Bezeichnung der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals und des sozialpsychologischen Personals zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 4 und 7bis des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene zeitweilige Bezeichnung zu befinden.

#### **Art. 48 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Versetzungen im Gemeinschaftsunterrichtswesen**

Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 17 und Artikel 26 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Februar 1991 zur Festlegung der Prioritäten und Modalitäten, die zu beachten sind bei den Versetzungen der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen Personals der Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Anstalten beauftragten Inspektionsdienstes vorgesehene Versetzung zu befinden.



**Art. 49 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Nationalitätsabweichungen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 16 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 39 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), 91<sup>quater</sup> Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und 121<sup>ter</sup> Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 4 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 22<sup>sexies</sup> Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 33 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 62.3 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und 69.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentrums vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 37 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 56.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*), Artikel 64.2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 64.13 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-medizinisch-sozialen Zentren vorgesehene Abweichung zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 5.15 § 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 17 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung vorgesehene Nationalitätsabweichung zu befinden.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 6.15 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) und in Artikel 6.32 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *a*) des Dekretes vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen vorgesehene Nationalitätsabweichungen zu befinden.

**Art. 50 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Diplomabweichungen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 19 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 7 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische und israelitische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehene Diplomabweichung zu befinden.

**Art. 51 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Sprachabweichung**

Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Artikel 25 § 1 des Dekretes vom 19. April 2004 über die Vermittlung und den Gebrauch der Sprachen im Unterrichtswesen vorgesehene Erlaubnis der Sprachabweichung zu befinden.

**Art. 52 - Fachbereich Unterrichtspersonal - Genehmigung von Urlauben, Abwesenheiten und Zurdispositionstellungen**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Unterrichtspersonal zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Urlaubsformen zu befinden:

1. die in Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens angeführten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 160 Absatz 3 Buchstaben *c*), *g*), *j*) und *l*);

2. die in Artikel 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Urlaube, mit Ausnahme von Artikel 40 Absatz 2 Buchstaben *c*) und *g*);

3. die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben *b*) und *c*), 13 und 27 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens erwähnten Urlaube;

4. den im Königlichen Erlass vom 2. April 1975 über den Urlaub, der gewissen Personalmitgliedern des öffentlichen Dienstes gewährt wird für bestimmte Tätigkeiten bei anerkannten politischen Gruppierungen der nationalen, gemeinschaftlichen oder regionalen gesetzgebenden Versammlungen oder beim Präsidenten dieser Gruppierungen, angeführten Urlaub;

5. die im Königlichen Erlass vom 8. Juli 1976 ergangen in Anwendung des Artikels 40 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeführten Urlaube;

6. den in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen psycho-medizinisch-sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als vierzehn Jahre sind angeführten Urlaub;

7. die in Artikel 3, 3bis, 4, 4bis, 4ter und 4quater des Erlasses der Regierung vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Urlaube sowie deren Kündigung gemäß Artikel 8 § 1 desselben Erlasses;

8. den in Artikel 5 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003 angeführten Urlaub;

9. die in Artikel 25 und 33 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 angeführten Urlaube;

10. den in Artikel 79 des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 angeführten Urlaub.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 164 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens angeführten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 164 Absatz 1 Buchstabe c);

2. die in Artikel 45 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnten Zurdispositionstellungen, mit Ausnahme von Artikel 45 Absatz 1 Buchstabe b);

3. die in Artikel 8, 10 und 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführten Zurdispositionstellungen.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Gemeinschaftsunterrichtswesen gegebenenfalls über die Gewährung einer der nachfolgenden Versetzungen in den nichtaktiven Dienst zu befinden:

1. die in Artikel 161 Buchstaben *a*) und *d*) des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens angeführten Abwesenheiten;

2. die in Artikel 42 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft erwähnte Abwesenheit;

3. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1976 bezüglich der Abwesenheit längerer Dauer aus familienbedingten Gründen erwähnte Abwesenheit.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Urlaubsformen zu befinden:

1. die in Artikel 31 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung erwähnte Genehmigung;

2. die in Artikel 23 und 30 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 ergangen in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Personalmitglieder des Gemeinschaftsunterrichtswesens erwähnten Genehmigungen;

3. die in Artikel 2 des Königlichen Erlasses vom 14. April 1977 über die Abwesenheiten längerer Dauer aus familienbedingten Gründen der subventionierten Personalmitglieder erwähnte Genehmigung;

4. die in Artikel 6 § 1 Absatz 1, § 2 Absatz 1, § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 des Erlasses der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. November 1994 bezüglich der Laufbahnunterbrechung im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren erwähnten Genehmigungen sowie deren Kündigung gemäß Artikel 8 § 1 desselben Erlasses;

5. die in Artikel 74 Absatz 3 und 77 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;

6. die in Artikel 72 § 2 Absatz 2 und 75 § 1 Absatz 2 des Dekretes vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

7. die in Artikel 25 und 33 des Dekretes vom 6. Juni 2005 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2005 erwähnten Genehmigungen;

8. die in Artikel 5.45 § 2 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer Autonomen Hochschule angeführte Genehmigung;

9. die in Artikel 79 des Dekretes vom 25. Juni 2007 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2007 erwähnte Genehmigung;

10. die in Artikel 22 Absatz 6 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung angeführte Genehmigung;

11. die in Artikel 6.47 Absatz 2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen angeführte Genehmigung.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im subventionierten Unterrichtswesen über nachfolgende Genehmigungen von Zurdispositionstellungen zu befinden:

1. die in Artikel 31 des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung angeführte Genehmigung;

2. die in Artikel 2 § 5 des Königlichen Erlasses vom 27. Juli 1976 zur Regelung der Zurdispositionstellung wegen Stellenmangels, der Wiedereinberufung in den Dienst und der Gewährung einer Wartegehaltssubvention im subventionierten Unterrichtswesen angeführte Genehmigung;

3. die in Artikel 8 § 1 Absatz 1, Artikel 10 § 1 Absatz 1 und Artikel 10bis des Königlichen Erlasses Nr. 297 vom 31. März 1984 über die Planstellen, Gehälter, Gehaltssubventionen und die Urlaube wegen verkürzter Dienstleistungen im Unterrichtswesen und in den Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren angeführte Genehmigung;

4. die in Artikel 78 § 1 des Dekretes vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums vorgesehene Genehmigung;

5. die in Artikel 76 § 1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren vorgesehene Genehmigung;

6. die in Artikel 5.48 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule angeführte Genehmigung;

7. die in Artikel 22 Absatz 6 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung angeführte Genehmigung;

8. die in Artikel 6.54 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen angeführte Genehmigung.

#### Unterabschnitt 2 — Gemeinschaftszentren

##### Art. 53 - Fachbereich Geschäftsführung Worriken

In Abweichung zu dem in Artikel 28 genannten Höchstbetrag wird dem für den Fachbereich Geschäftsführung Worriken zuständigen Fachbereichsleiter im Rahmen des Ausgabenhaushalts des Dienstes Vollmacht erteilt für alle Entscheidungen, die Ausgaben bis zu 30.000 Euro nach sich ziehen.

##### Art. 54 - Fachbereich Finanz- und Personalverwaltung

Dem für den Fachbereich Finanz- und Personalverwaltung zuständigen Fachbereichsleiter wird Vollmacht erteilt, im Einklang mit der geltenden Gesetzgebung Arbeits-, Studenten- und Praktikumsverträge abzuschließen und zu beenden, die eine Dauer von drei Monaten nicht überschreiten. Die Vollmacht ermöglicht nicht die Verlängerung eines solchen Vertrags durch den Bevollmächtigten.

Die Vertragsunterlagen werden unverzüglich dem für das Personal zuständigen Minister, dem für das Zentrum zuständigen Minister sowie dem Stellvertreter des Generalsekretärs, zuständig für Personal und Organisation, übermittelt.

#### Unterabschnitt 3 — Dienststelle für selbstbestimmtes Leben

##### Art. 55 - Fachbereich Eigene Dienstleistungen - Beschäftigung

§ 1 - Dem für den Fachbereich Eigene Dienstleistungen zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in Ausführung von Artikel 4 des Ministeriellen Erlasses vom 23. Januar 1968 zur Festlegung der Bedingungen zur Beteiligung an den Löhnen und sozialen Lasten, die der Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung von Behinderten den Arbeitgebern, die behinderte Arbeitnehmer beschäftigen, bewilligen kann über die Beteiligung der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Anerkennung der Ausbildung im Betrieb und den Entzug dieser Anerkennung gemäß Artikel 2 § 3 des Erlasses der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Höhe der finanziellen Beteiligung an dem Lohn und den sozialen Lasten des Arbeitgebers gemäß Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 26. April 1994 zur Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigung des Praktikums und den Entzug dieser Genehmigung gemäß Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den Höchstbetrag der rückerstattbaren Kosten gemäß Artikel 7 § 2 Absatz 3 desselben Erlasses zu befinden.

§ 6 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 37 § 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung mit dem Praktikanten, dem Praktikumsgeber und dem Arbeitsamt einen Praktikumsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 37 § 2 und 3 desselben Dekrets insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Praktikumsvertrags festzulegen.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die Aussetzung des Praktikumsvertrags zu befinden.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 5, 7 und 8 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrags ohne Kündigungsfrist zu befinden.

§ 9 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 15 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung dem Praktikanten, der eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, eine Verwarnung auszusprechen und ihn in Verzug zu setzen.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über den Entzug der Zulassung zum Praktikum zu befinden.

##### Art. 56 - Fachbereich Eigene Dienstleistungen - Hilfsmittel

§ 1 - Dem für den Fachbereich Eigene Dienstleistungen zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten sowie des Ministeriellen Erlasses vom 27. Dezember 1967 zur Festlegung der Kriterien für die Gewährung von Beteiligungen der Sozialhilfe im Bereich der sozialen Wiedereingliederung der Behinderten über die Bezuschussung und die Kostenrückerstattung zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den Abschluss von Abkommen mit Lieferanten für Mobilitätshilfen in Ausführung von Artikel 9 des Erlasses der Regierung vom 20. Juni 2017 über die Mobilitätshilfen zu befinden.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Anwendung der Artikel 14, 24 § 4, 25, 29.3 § 4 und 35 desselben Erlasses getroffenen Beschlüsse der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben zu unterzeichnen.



§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, in Anwendung der Artikel 18 und 28 desselben Erlasses über die Bezuschussung zu befinden.

**Art. 57 - Fachbereich Eigene Dienstleistungen - Wohnen und Alltag**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Eigene Dienstleistungen zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über den Abschluss des Begleitvertrags zwischen der Wohnressource, dem Nutznießer und dem Dienst für Wohnressourcen in Anwendung von Artikel 4 § 2 des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die in Artikel 5 § 2 Nummer 9 desselben Erlasses vorgesehenen Sicherheitsvorkehrungen festzulegen.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die fristlose Kündigung der Begleitverträge gemäß Artikel 5 § 3 desselben Erlasses zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Genehmigung von Urlaubstagen in Anwendung von Artikel 8 § 4 desselben Erlasses zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, die Bedingungen für die Rückerstattung von Gesundheitskosten des Nutznießers gemäß Artikel 13 desselben Erlasses festzulegen.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die für seinen Zuständigkeitsbereich in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung festzulegende Eigenbeteiligung zu befinden.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Leistungsvereinbarungen bezüglich Trainingswohnungen in Anwendung von Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen zu befinden, die mit in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 23. Dezember 2021 über die Anerkennung von Dienstleistern durch die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben anerkannten Dienstleistern abgeschlossen werden.

**Art. 58 - Fachbereich Orientierung**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Orientierung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über finanzielle Beihilfen und/oder Zuschüsse für individuelle Hilfs- und Anpassungsmaßnahmen in Anwendung von Artikel 8 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 über Maßnahmen im Bereich selbstbestimmtes Leben zu befinden.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Einstufung in Leistungskategorien in Ausführung von Artikel 5 des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten zu befinden.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt über die Gewährung eines trimesteriellen Zuschusses und eines trimisteriellen oder monatlichen Vorschusses in Anwendung von Artikel 16 desselben Ministeriellen Erlasses zu befinden.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Höhe der finanziellen Beteiligung an dem Lohn und den sozialen Lasten des Arbeitgebers gemäß Artikel 2 des Erlasses der Regierung vom 26. April 1994 zur Förderung der Beschäftigung von Personen mit einer Behinderung auf dem freien Arbeitsmarkt zu befinden.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Genehmigungen gemäß Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 3. Januar 1997 über die Einrichtung von Ausbildungsabteilungen in den Beschützenden Werkstätten zu befinden.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird die Vollmacht erteilt, über das bezuschussbare Dienstalder, die Ausnahmegenehmigung zum Dienstalder sowie das Gehalt in Anwendung des Erlasses vom 22. Juni 2001 zur Festlegung der Bemessungsgrundlagen für Personalzuschüsse im Sozial- und Gesundheitsbereich zu befinden.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt zur Festlegung der Begleitkategorie in Ausführung von Artikel 6 des Erlasses der Regierung vom 13. Juli 2006 über die Aufnahme von Personen mit Behinderung in Wohnressourcen.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt über die für seinen Zuständigkeitsbereich in Anwendung des Erlasses der Regierung vom 17. Dezember 2009 zur Festlegung der Eigenbeteiligung in den Einrichtungen und Diensten der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung festzulegende Eigenbeteiligung zu befinden.

§ 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt in Anwendung von Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen über die Genehmigung der Inanspruchnahme von Dienstleistungen zu befinden.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Zuweisung der Unterstützungskategorie in Anwendung von Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 27. August 2020 über die Verwendung des BelRAI Screeners bei der Zuweisung von Unterstützungskategorien zu befinden.

§ 11 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß der Artikel 6, 7, 9, 11 und 12 des Erlasses der Regierung vom 23. Dezember 2021 über die Feststellung von Beeinträchtigungen bei Kindern im Hinblick auf die Auszahlung des Zuschlags für Kinder mit Beeinträchtigung über die Anträge zur Feststellung von Beeinträchtigungen bei Kindern zu befinden.

§ 12 - Derselben Fachbereichsleiter wird ermächtigt, in Anwendung von Artikel 12 des Erlasses der Regierung vom 15. Dezember 2022 zur Ausführung des Dekrets vom 27. Juni 2022 über das Pflegegeld für Senioren den Unterstützungsbedarf auf Grundlage des BelRAI Screeners zu ermitteln.

**Art. 59 - Fachbereich Verwaltung**

§ 1 - Der für den Fachbereich Verwaltung zuständige Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben für die Vorschüsse gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die



Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 33.01, 33.02, 33.03 und 33.04 des Programms 2 des Organisationsbereichs 10.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird im Rahmen der Ausführung von Artikel 14 des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 33.00 des Programms 2 des Organisationsbereichs 10.

§ 3 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe und die Rückzahlung der Darlehen für die rückzahlbaren Gehaltszahlung in Ausführung des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen.

Darüber hinaus wird derselbe Fachbereichsleiter im Rahmen der Ausführung des Erlasses der Regierung vom 12. Dezember 2019 über die zwischen der Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben und den Dienstleistern abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen als für die Mittelbindung, den Eingang der rechtlichen Verpflichtung und die Feststellung der Ausgaben für die Vorschüsse gemäß Artikel 24 § 2 bis 4 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigter Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Selbstbestimmtes Leben vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit der Kennziffer 82.00 des Programms 2 des Organisationsbereichs 10.

#### Unterabschnitt 4 - Arbeitsamt

##### Art. 60 - Fachbereich Arbeitsvermittlung und Betriebsberatung

§ 1 - Dem für den Fachbereich Arbeitsvermittlung und Betriebsberatung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 14 des Erlasses der Regierung vom 13. Februar 2008 über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen über die Vollständigkeit und die Zulässigkeit des Antrags auf Ausbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer in Unternehmen zu befinden.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter ist in Anwendung von Artikel 16 desselben Erlasses befugt, die Zahlungsanweisung in Bezug auf die Auszahlung des Vorschusses sowie nach Belegkontrolle die Zahlungsanweisung in Bezug auf die Endzahlung vorzunehmen.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten AktiF- und AktiF-PLUS Bescheinigungen auszustellen.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 4 und 7 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende über die Zulassung zu einer Berufsausbildung zu befinden sowie gemäß Artikel 6 desselben Erlasses über die Gewährung einer Freistellung von der Erfordernis der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsuchender für den Arbeitsmarkt oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung zu befinden.

§ 5 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß den Artikeln 5 und 8 desselben Erlasses mit jedem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger individuell einen Berufsausbildungsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 10 desselben Erlasses insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Berufsausbildungsvertrags festzulegen.

§ 6 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 12 sowie 37 desselben Erlasses über eine Aussetzung des Vertrags zu befinden und die einhergehenden verwaltungstechnischen Schritte in Bezug auf die während der Ausbildung anfallenden Prämien und Fahrtkostenentschädigungen einzuleiten.

§ 7 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 11, 12 und 13 sowie 37 und 44 desselben Erlasses einen Vertrag fristlos zu kündigen.

§ 8 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 14 sowie 37 und 44 desselben Erlasses einen Vertrag aufgrund mangelnder Eignung vorzeitig aufzulösen.

§ 9 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Kapitel 3 Abschnitte 1 bis 3 desselben Erlasses alle während der Ausbildung anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen, einschließlich der in Artikel 15 erwähnten Prämie, der in Artikel 16 erwähnten Fahrtkostenentschädigung und der in Artikel 21 erwähnten Versicherung, zu genehmigen und alle während der Ausbildung anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 10 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 22 desselben Erlasses den entschädigten Vollarbeitslosen eine Freistellung von der Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt für die in Kapitel 4 Abschnitt 2 erwähnten Berufsausbildungsarten zu gewähren.

§ 11 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 36 desselben Erlasses über die Zulassung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden für eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen zu befinden.

§ 12 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 37 desselben Erlasses mit jedem Arbeitsuchenden und dem Arbeitgeber individuell einen Vertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 39 desselben Erlasses insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Vertrags festzulegen.

§ 13 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 37 Absatz 4 desselben Erlasses einen Vertrag vorzeitig aufzulösen, wenn der Arbeitgeber seine Verpflichtungen nicht einhält.

§ 14 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 38 desselben Erlasses alle während der Ausbildung anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen zu genehmigen und alle während der Ausbildung und zum Ende der Ausbildung anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 15 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 42 desselben Erlasses über die Zulassung von unbeschäftigten Arbeitssuchenden für ein Einstiegspraktikum zu befinden.

§ 16 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 44 desselben Erlasses mit jedem Praktikanten und dem Praktikumsgeber individuell einen Vertrag abzuschließen und dabei insbesondere die Laufzeit des Vertrags festzulegen.

§ 17 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 44 Absatz 4 desselben Erlasses einen Vertrag vorzeitig aufzulösen, wenn der Praktikumsgeber seine Verpflichtungen nicht einhält.

§ 18 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 44 Absatz 2 Nummer 7 die durch den Praktikumsgeber zu zahlende monatliche Entschädigung festzulegen.

§ 19 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 48 desselben Erlasses Kontrollen bezüglich der Einhaltung qualitativer und quantitativer Standards in den Projekten oder Maßnahmen vorzunehmen.

§ 20 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 49 desselben Erlasses Verwarnungen auszusprechen.

§ 21 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 50 desselben Erlasses dem unbeschäftigten Arbeitssuchenden oder dem entschädigten Vollarbeitslosen, der der in Artikel 49 erwähnten Aufforderung bzw. den Verpflichtungen des Berufsausbildungsvertrages nicht nachkommt, die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung zu entziehen.

§ 22 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die Eröffnung einer elektronischen Begleitakte gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für den Arbeitssuchenden zu veranlassen und diesem gemäß Artikel 15 desselben Dekrets einen Referenzberater zuzuweisen.

§ 23 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 16 § 4 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für den Arbeitssuchenden über die Aussetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung zu befinden.

§ 24 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 37 § 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung mit dem Praktikanten, dem Praktikumsgeber und gegebenenfalls dem anerkannten Vermittlungsdienst einen Praktikumsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 37 § 2 und 3 desselben Dekrets insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Praktikumsvertrags festzulegen.

§ 25 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die Aussetzung des Praktikumsvertrags zu befinden.

§ 26 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 5, 7 und 8 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrags ohne Kündigungsfrist zu befinden.

§ 27 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 10 und 11 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung sowie aufgrund von Artikel 44 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung alle während des Praktikums anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen zu genehmigen und alle in Zusammenhang mit dem Praktikum anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 28 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 46 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung die Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen der Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen.

§ 29 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 15 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung dem Praktikanten, der eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, eine Verwarnung auszusprechen und ihn in Verzug zu setzen.

§ 30 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über den Entzug der Zulassung zum Praktikum sowie der Gewährung der Praktikumsentschädigung und der Fahrtkostenentschädigung zu befinden.

§ 31 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel 5 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern erwähnte BVA-Bescheinigung PL63 zu unterzeichnen.

§ 32 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 79 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit LBA-Arbeitsverträge auszustellen und zu unterzeichnen, die vom Nutznießer angefragte Tätigkeit zu genehmigen, LBA4 und LBAbis Leistungsformulare auszustellen und LBA-Stunden an Nutznießer zu verkaufen, sowie geleistete LBA-Stunden von LBA-Arbeitnehmern vom Stundenguthaben des LBA-Nutznießers auszahlend.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, Arbeitsunfallmeldungen von LBA-Arbeitnehmern zu erstellen, zu unterzeichnen und weiterzuleiten, sowie Schadensfälle, die bei der Ausübung der Tätigkeit eines LBA-Arbeitnehmers dem Nutznießer entstanden sind, im Rahmen der Haftpflichtversicherung weiterzuleiten.

§ 33 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Einrichtung einer Beschäftigungszelle des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen sowie für die Ausführung der dem Arbeitsamt übertragenen Befugnisse in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen und insbesondere die Vertretung in einer betriebsinternen Beschäftigungszelle. Die Vollmacht umfasst die Genehmigung und Unterzeichnung des Gründungsabkommens der Beschäftigungszelle, die Leitung und Verwaltung der Beschäftigungszelle sowie die Freigabe und die Übermittlung der mit der Eintragung der von der Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmer in die Beschäftigungszelle verbundenen Daten an das Landesamt für Arbeitsbeschaffung.

**Art. 61 - Fachbereich Arbeitsvermittlung und sozialberufliche Integration**

§ 1 - Der für den Fachbereich Arbeitsvermittlung und Betriebsberatung zuständige Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel 4 des Erlasses der Regierung vom 28. September 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung erwähnten AktiF- und AktiF-PLUS Bescheinigungen auszustellen.

§ 2 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 4 und 7 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende über die Zulassung zu einer Berufsausbildung zu befinden sowie gemäß Artikel 6 desselben Erlasses über die Gewährung einer Freistellung von der Erfordernis der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsuchender für den Arbeitsmarkt oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung zu befinden.

§ 3 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß den Artikeln 5 und 8 desselben Erlasses mit jedem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger individuell einen Berufsausbildungsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 10 desselben Erlasses insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Berufsbildungsvertrags festzulegen.

§ 4 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 12 sowie 37 desselben Erlasses über eine Aussetzung des Vertrags zu befinden und die einhergehenden verwaltungstechnischen Schritte in Bezug auf die während der Ausbildung anfallenden Prämien und Fahrtkostenentschädigungen einzuleiten.

§ 5 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 11, 12 und 13 sowie 37 und 44 desselben Erlasses einen Vertrag fristlos zu kündigen.

§ 6 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 14 sowie 37 und 44 desselben Erlasses einen Vertrag aufgrund mangelnder Eignung aufzulösen.

§ 7 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Kapitel 3 Abschnitte 1 bis 3 desselben Erlasses alle während der Ausbildung anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen, einschließlich der in Artikel 15 erwähnten Prämie, der in Artikel 16 erwähnten Fahrtkostenentschädigung und der in Artikel 21 erwähnten Versicherung, zu genehmigen und alle während der Ausbildung anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 8 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 22 desselben Erlasses den entschädigten Vollarbeitslosen eine Freistellung von der Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt für die in Kapitel 4 Abschnitt 2 erwähnten Berufsausbildungsarten zu gewähren.

§ 9 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 36 desselben Erlasses über die Zulassung von unbeschäftigten Arbeitsuchenden für eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen zu befinden.

§ 10 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 37 desselben Erlasses mit jedem Arbeitsuchenden und dem Arbeitgeber individuell einen Vertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 39 desselben Erlasses insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Vertrags festzulegen.

§ 11 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 37 Absatz 4 desselben Erlasses einen Vertrag vorzeitig aufzulösen, wenn der Arbeitgeber seine Verpflichtungen nicht einhält.

§ 12 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 38 desselben Erlasses alle während der Ausbildung anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen zu genehmigen und alle während der Ausbildung und zum Ende der Ausbildung anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 13 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 42 desselben Erlasses über die Zulassung von unbeschäftigten Arbeitssuchenden für ein Einstiegspraktikum zu befinden.

§ 14 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 44 desselben Erlasses mit jedem Praktikanten und dem Praktikumsgeber individuell einen Vertrag abzuschließen und dabei insbesondere die Laufzeit des Vertrags festzulegen.

§ 15 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Fachbereichsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 44 Absatz 4 desselben Erlasses einen Vertrag vorzeitig aufzulösen, wenn der Praktikumsgeber seine Verpflichtungen nicht einhält.

§ 16 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 44 Absatz 2 Nummer 7 die durch den Praktikumsgeber zu zahlende monatliche Entschädigung festzulegen.

§ 17 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 48 desselben Erlasses Kontrollen bezüglich der Einhaltung qualitativer und quantitativer Standards in den Projekten oder Maßnahmen vorzunehmen.

§ 18 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 49 desselben Erlasses Verwarnungen auszusprechen.

§ 19 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 50 desselben Erlasses dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder dem entschädigten Vollarbeitslosen, der der in Artikel 49 erwähnten Aufforderung bzw. den Verpflichtungen des Berufsausbildungsvertrages nicht nachkommt, die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung zu entziehen.

§ 20 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die Eröffnung einer elektronischen Begleitakte gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für den Arbeitsuchenden zu veranlassen und diesem gemäß Artikel 15 desselben Dekrets einen Referenzberater zuzuweisen.

§ 21 - Demselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 16 § 4 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung für den Arbeitsuchenden über die Aussetzung der bedarfsgeleiteten Arbeitsvermittlung zu befinden.

§ 22 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 37 § 1 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung mit dem Praktikanten, dem Praktikumsgeber und gegebenenfalls dem anerkannten Vermittlungsdienst einen Praktikumsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 37 § 2 und 3 desselben Dekrets insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Praktikumsvertrags festzulegen.



§ 23 - Derselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 5 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die Aussetzung des Praktikumsvertrags zu befinden.

§ 24 - Derselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 5, 7 und 8 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über die vorzeitige Beendigung des Praktikumsvertrags ohne Kündigungsfrist zu befinden.

§ 25 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß den Artikeln 10 und 11 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung sowie aufgrund von Artikel 44 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung alle während des Praktikums anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen zu genehmigen und alle in Zusammenhang mit dem Praktikum anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 26 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 46 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung die Dokumentation und Bilanzierung der Suchbemühungen der Anwärter und Empfänger von Arbeitslosenunterstützung vorzunehmen.

§ 27 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 15 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung dem Praktikanten, der eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, eine Verwarnung auszusprechen und ihn in Verzug zu setzen.

§ 28 - Derselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 16 des Erlasses der Regierung vom 21. Dezember 2023 über die Vermittlung in ein Praktikum in Ausführung des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung über den Entzug der Zulassung zum Praktikum sowie der Gewährung der Praktikumsentschädigung und der Fahrtkostenentschädigung zu befinden.

§ 29 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die in Artikel 5 des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 11. Mai 1995 über die Einstellung von Bezuschussten Vertragsarbeitnehmern bei bestimmten öffentlichen Behörden und gleichgestellten Arbeitgebern erwähnte BVA-Bescheinigung PL63 zu unterzeichnen.

§ 30 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 79 des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit LBA-Arbeitsverträge auszustellen und zu unterzeichnen, die vom Nutznießer angefragte Tätigkeit zu genehmigen, LBA4 und LBAbis Leistungsformulare auszustellen und LBA-Stunden an Nutznießer zu verkaufen, sowie geleistete LBA-Stunden von LBA-Arbeitnehmern vom Stundenguthaben des LBA-Nutznießers auszuzahlen.

Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, Arbeitsunfallmeldungen von LBA-Arbeitnehmern zu erstellen, zu unterzeichnen und weiterzuleiten, sowie Schadensfälle, die bei der Ausübung der Tätigkeit eines LBA-Arbeitnehmers dem Nutznießer entstanden sind, im Rahmen der Haftpflichtversicherung weiterzuleiten.

§ 31 - Derselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Einrichtung einer Beschäftigungszelle des Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Dezember 2005 über den Solidaritätspakt zwischen den Generationen sowie für die Ausführung der dem Arbeitsamt übertragenen Befugnisse in Anwendung des Königlichen Erlasses vom 9. März 2006 über die Aktivierungspolitik bei Umstrukturierungen und insbesondere die Vertretung in einer betriebsinternen Beschäftigungszelle. Die Vollmacht umfasst die Genehmigung und Unterzeichnung des Gründungsabkommens der Beschäftigungszelle, die Leitung und Verwaltung der Beschäftigungszelle sowie die Freigabe und die Übermittlung der mit der Eintragung der von der Umstrukturierung betroffenen Arbeitnehmer in die Beschäftigungszelle verbundenen Daten an das Landesamt für Arbeitsbeschaffung.

#### **Art. 62 - Fachbereich Berufswahl und -bildung**

§ 1 - Dem für den Fachbereich Berufswahl und -bildung zuständigen Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Anerkennung von Berufsausbildungen gemäß Artikel 3 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende.

§ 2 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Fachbereich zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Fachbereichsleiter ermächtigt, gemäß Artikel 48 desselben Erlasses Kontrollen bezüglich der Einhaltung qualitativer und quantitativer Standards in den Projekten oder Maßnahmen vorzunehmen.

§ 3 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 49 desselben Erlasses Verwarnungen auszusprechen.

§ 4 - Derselben Fachbereichsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 50 desselben Erlasses dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder dem entschädigten Vollarbeitslosen, der der in Artikel 49 erwähnten Aufforderung bzw. den Verpflichtungen des Berufsausbildungsvertrages nicht nachkommt, die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung zu entziehen.

#### **Art. 63 - Fachbereich Kundenservicecenter**

§ 1 - Der für den Fachbereich Kundenservicecenter zuständige Fachbereichsleiter wird ermächtigt, die Eintragungen, Austragungen und Wiedereintragungen im Register der Arbeitsuchenden gemäß den Artikeln 5 und 7 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung und den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit zu veranlassen.

§ 2 - Derselbe Fachbereichsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 15 § 5 desselben Dekrets das Ausbildungsprogramm für die Referenzberater aller Vermittlungsdienste zu koordinieren.

### *KAPITEL 6 — Vollmachten der Referatsleiter*

#### *Abschnitt 1 — Allgemeine Vollmachten*

#### **Art. 64 - Allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis**

Wurden einem Fachbereich ein oder mehrere Referate zugeordnet, wird die in Artikel 27 aufgeführte allgemeine bevollmächtigte Anweisungsbefugnis in dem betreffenden Referat in Abweichung des genannten Artikels wie folgt ausgeübt:

1. Der zuständige Referatsleiter wird als der für die Mittelbindung bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die seinem Referat zugeordnet sind.



2. Der zuständige Fachbereichsleiter wird als der für die Feststellung der Ausgaben bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die Zuweisungen des Haushalts, die seinem Fachbereich zugeordnet sind.

**Art. 65 - Laufende Ausgaben in den Referaten**

Unbeschadet Kapitel 2 werden die zuständigen Referatsleiter als für die Mittelbindung und den Eingang der rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 24 § 2 und 3 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bevollmächtigte Anweisungsbefugte bestellt für die im Ausgabenhaushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehenen Ausgaben der Zuweisungen mit den Kennziffern 12 und 74 bis zum Höchstbetrag von 10.000 Euro.

Diese Vollmacht gilt ausdrücklich auch für die im Rahmen der Gesetzgebung über die öffentlichen Aufträge vorgesehenen Rechtshandlungen.

*Abschnitt 2 — Besondere Vollmachten*

*Unterabschnitt 1 — Ministerium*

**Art. 66 - Referat Familie**

§ 1 - Dem für das Referat Familie zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Diplomabweichungen, die in den Artikeln 62 § 3, 88 § 5 und 7, 101 Absatz 2, 110 § 2, 153, und 180 § 1 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen sind, zu befinden.

§ 2 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Gewährung eines zusätzlichen Zuschusses für die Betreuung von Kindern mit einer Beeinträchtigung oder mit einem besonderem Pflegebedarf, die in den Artikeln 73 § 2, 93 § 1 und 117 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 31 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen sind, zu befinden.

§ 3 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Altersgrenze der in der Kinderbetreuung tätigen Personen, die in Artikel 178 § 3 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung und in Artikel 8 § 2 und 3 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter vorgesehen ist, zu befinden.

§ 4 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über eine Ausnahmegenehmigung zur Höchstanzahl der Betreuungstage in den Kinderhorten, die in Artikel 177 § 2 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung vorgesehen ist, zu befinden.

**Art. 67 - Referat Gesundheit**

Dem für das Referat Gesundheit zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, im Rahmen des Erlasses der Regierung vom 19. Dezember 2019 zur übergangsweisen Regelung des Verfahrens zur Erlangung einer Vorabgenehmigung oder Zustimmung zwecks Kostenübernahme oder Kostenbeteiligung für eine Langzeitrehabilitation im Ausland über folgende Anträge zu befinden, mit Ausnahme der dort vorgesehenen Beschwerdemöglichkeiten, und zwar:

1. über Anträge auf Erhalt einer Vorabgenehmigung zwecks Kostenübernahme der Langzeitrehabilitation im Ausland;
2. über Anträge auf Verlängerung der gemäß Nummer 1 vorabgenehmigten Langzeitrehabilitation;
3. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer Langzeitrehabilitation im Ausland;
4. über Anträge auf Erhalt einer Zustimmung einer Kostenbeteiligung an einer außergewöhnlichen Behandlung im Ausland;
5. über Anträge auf Erhalt einer Beteiligung an den Reisekosten.

**Art. 68 - Referat Kulturerbe**

§ 1 - Dem für das Referat Kulturerbe zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Vollständigkeit von Anträgen auf Denkmalgenehmigung zu befinden in Ausführung von Artikel 13 § 3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und historischen Kulturlandschaften sowie über die Ausgrabungen.

§ 2 - Derselbe Referatsleiter wird ermächtigt, den für den Denkmalschutz zuständigen Minister anlässlich des in Artikel D.IV.31 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffens zu vertreten.

§ 3 - Derselbe Referatsleiter wird ermächtigt, zu dem in Artikel D.IV.31.1 des Gesetzesbuches über die räumliche Entwicklung erwähnten Projekttreffen einzuladen und das Protokoll dieses Treffens anzufertigen.

**Art. 69 - Referat Senioren**

Dem für das Referat Senioren zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die in Anwendung von Artikel 24 des Dekretes vom 13. Dezember 2018 über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege beantragte Ausnahmeerlaubnis zur Beanspruchung eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren durch Personen mit Unterstützungsbedarf zu befinden.

**Art. 70 - Referat Soziales**

§ 1 - Dem für das Referat Soziales zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt für die Vergabe der in Artikel 2.1 des Erlasses der Regierung vom 4. August 2005 über den Entschuldungsfonds erwähnten Darlehens.

§ 2 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über Ausnahmegenehmigungen zur Änderung der Angaben zwecks Anerkennung der Sprachkurse, die in den Artikeln 5 § 6 Absatz 3, 13 § 6 Absatz 3 und 20 § 5 Absatz 5 des Erlasses der Regierung vom 4. Oktober 2018 zur Ausführung des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vorgesehen sind, zu befinden.

**Art. 71 - Referat Weiterbildungsförderung, Erwachsenenbildung und Mittelstand**

Dem für das Referat Weiterbildungsförderung, Erwachsenenbildung und Mittelstand zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, über die Gewährung einer Studienbeihilfe im Rahmen des Dekrets vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen zu befinden.

## Unterabschnitt 2 — Arbeitsamt

**Art. 72 - Referat Berufsbildungsservice**

§ 1 - Dem für das Referat Berufsbildungsservice zuständigen Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 4 und 7 des Erlasses der Regierung vom 13. Dezember 2018 über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende über die Zulassung zu einer Berufsausbildung zu befinden sowie gemäß Artikel 6 desselben Erlasses über die Gewährung einer Freistellung von der Erfordernis der Verfügbarkeit entschädigter Arbeitsuchender für den Arbeitsmarkt oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung zu befinden.

§ 2 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Referat zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Referatsleiter ermächtigt, gemäß den Artikeln 5 und 8 desselben Erlasses mit jedem Kursteilnehmer und gegebenenfalls dem Ausbildungsträger individuell einen Berufsausbildungsvertrag abzuschließen und dabei gemäß Artikel 10 desselben Erlasses insbesondere die Dauer und eine eventuelle Verlängerung des Berufsbildungsvertrags festzulegen.

§ 3 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 12 desselben Erlasses über eine Aussetzung des Vertrags zu befinden und die einhergehenden verwaltungstechnischen Schritte in Bezug auf die während der Ausbildung anfallenden Prämien und Fahrtkostenentschädigungen einzuleiten.

§ 4 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß den Artikeln 11, 12 und 13 desselben Erlasses einen Berufsbildungsvertrag fristlos zu kündigen.

§ 5 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Referat zur Verwaltung unterliegen, wird demselben Referatsleiter Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 14 desselben Erlasses einen Berufsbildungsvertrag aufgrund mangelnder Eignung vorzeitig aufzulösen.

§ 6 - Für die Projekte oder Maßnahmen, die demselben Referat zur Verwaltung unterliegen, wird derselbe Referatsleiter ermächtigt, gemäß Kapitel 3 Abschnitte 1 bis 3 desselben Erlasses alle während der Ausbildung anfallenden teilnehmerbezogenen Verbindlichkeiten und Forderungen, einschließlich der in Artikel 15 erwähnten Prämie, der in Artikel 16 erwähnten Fahrtkostenentschädigung und der in Artikel 21 erwähnten Versicherung, zu genehmigen und alle während der Ausbildung anfallenden Sozialdokumente zu unterzeichnen.

§ 7 - Demselben Referatsleiter wird Entscheidungsvollmacht erteilt, gemäß Artikel 22 desselben Erlasses den entschädigten Vollarbeitslosen eine Freistellung von der Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt für die in Kapitel 4 Abschnitt 2 erwähnten Berufsausbildungsarten zu gewähren.

§ 8 - Derselbe Referatsleiter wird ermächtigt, die in Artikel 41 Absatz 4 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung erwähnte Teilnahmebescheinigung nach Ablauf des Praktikums auszustellen.

**Art. 73 - Referat Kontrolldienst**

Der für das Referat Kontrolldienst zuständige Referatsleiter wird ermächtigt, gemäß Artikel 47 des Dekrets vom 22. Mai 2023 über die bedarfsgeleitete Arbeitsvermittlung und den Bestimmungen des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit die Kontrolle der Suchbemühungen der verpflichtend eingetragenen Arbeitsuchenden durchzuführen und gegebenenfalls über die diesbezüglichen Sanktionen zu entscheiden sowie alle in diesem Zusammenhang notwendigen Formulare, Vorladungen, Dokumente und Beschlüsse zu unterzeichnen.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen***Art. 74 - Aufhebungsbestimmung**

Der Erlass der Regierung vom 19. Juli 2012 zur Erteilung bestimmter Vollmachten an Bedienstete des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 7. September 2023, wird aufgehoben, mit Ausnahme der Artikel 39, 40, 44.1 und 44.2.

**Art. 75 - Inkrafttreten**

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

**Art. 76 - Durchführungsbestimmung**

Die Minister sind, jeder in seinem Bereich, mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 21. Dezember 2023

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident,

Minister für lokale Behörden und Finanzen

O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,

Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

A. ANTONIADIS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung

L. KLINKENBERG

## TRADUCTION

## MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2024/202945]

**21 DECEMBRE 2023. — Arrêté du Gouvernement portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 69, modifié par la loi spéciale du 16 juillet 1993;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 51, modifié par les lois des 16 juillet 1993 et 6 janvier 2014;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 15 décembre 2023;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

**CHAPITRE 1<sup>er</sup>. — Dispositions générales****Article 1<sup>er</sup>. Champ d'application**

Les dispositions du présent arrêté sont applicables aux membres du personnel concernés du Ministère de la Communauté germanophone, y compris des services à gestion séparée suivants :

- 1° Centre des médias de la Communauté germanophone;
- 2° Centres communautaires;
- 3° Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;
- 4° Office de l'emploi de la Communauté germanophone.

**Art. 2. Qualifications**

Dans le présent arrêté, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

**Art. 3. Plafonds**

Les plafonds fixés dans le présent arrêté couvrent la totalité de la dépense, hors TVA.

**Art. 4. Portée des délégations**

Les supérieurs hiérarchiques statutaires d'un membre du personnel délégué peuvent exercer eux-mêmes les délégations, sans toutefois pouvoir substituer leur décision à celle prise par le membre du personnel délégué et notifiée à l'intéressé.

Sous réserve de dispositions spécifiques, les délégations données au secrétaire général se rapportent à toutes les matières ressortissant au Ministère. La délégation de pouvoirs intervient sans préjudice de l'autorité globale du secrétaire général exercée conformément à l'article 10, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents.

**Art. 5. Absence ou empêchement du membre du personnel délégué**

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au suppléant du secrétaire général, au directeur d'administration ou au directeur sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le membre du personnel que le conseil de direction désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au directeur d'un service à gestion séparée, pour lequel l'alinéa 1<sup>er</sup> n'est pas applicable, sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le membre du personnel que le suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation, désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au chef de département sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le membre du personnel que le suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation, désigne.

En cas d'absence ou d'empêchement, les délégations données au chef d'unité sont, à défaut de dispositions contraires, exercées par le chef de département auquel il est affecté.

**Art. 6. Certification de copies**

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour certifier conformes des copies.

**Art. 7. Attestations**

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour signer des attestations relatives à des faits consignés dans des dossiers.

**Art. 8. Délégation de signature**

Pour l'exécution de décisions ministérielles, le secrétaire général, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration, les directeurs, les directeurs des services à gestion séparée, les chefs de département compétents et les chefs d'unité compétents peuvent, suivant les instructions du ministre compétent, signer au nom de celui-ci des communications adressées aux intéressés.

**Art. 9.** Absence de membres du personnel

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour statuer, vis-à-vis des membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats, sur tous les types d'absence n'ayant aucun effet sur le statut pécuniaire ou administratif voire sur l'engagement du membre du personnel concerné, y compris l'approbation de congés annuels, de temps de travail exceptionnels et d'heures supplémentaires.

**Art. 10.** Séjours à l'étranger

Délégation est donnée au secrétaire général, aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration, aux directeurs, aux directeurs des services à gestion séparée, aux chefs de département compétents et aux chefs d'unité compétents pour statuer, vis-à-vis des membres du personnel dont ils sont les supérieurs hiérarchiques immédiats, sur l'approbation des séjours à l'étranger avec nuitées.

CHAPITRE 2. — *Délégations données au secrétaire général***Art. 11.** Délégation de la compétence générale d'ordonnement

En ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les allocations de base du budget des dépenses de la Communauté germanophone.

**Art. 12.** Ordonnement des paiements

En ce qui concerne l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 et 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les dépenses exécutées par l'ordonnateur, les ordonnateurs délégués ou subdélégués, y compris les services à gestion séparée.

**Art. 13.** Dotations reprises nommément dans le budget des dépenses

En ce qui concerne les engagements budgétaires, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les dotations aux services à gestion séparée et aux organismes d'intérêt public qui sont repris nommément dans le budget des dépenses de la Communauté germanophone.

**Art. 14.** Frais de fonctionnement du Ministère, dépenses courantes et octroi de subventions

§ 1<sup>er</sup> - En ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué :

1° pour toutes les dépenses prévues dans le cadre de la division organique 20 du budget des dépenses de la Communauté germanophone;

2° pour toutes les dépenses prévues dans le cadre de la division organique 70, programmes 01, 02, 03 et 26, du budget des dépenses de la Communauté germanophone;

3° pour toutes les autres dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 et ne dépassant pas 30 000 euros;

4° pour l'octroi de subventions ne dépassant pas 10 000 euros, à condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre;

5° par dérogation au montant maximum mentionné au 3°, pour toutes les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée « Centres communautaires », jusqu'à un montant maximum correspondant au montant mentionné à l'article 11, alinéa 1<sup>er</sup>, 2°, de l'arrêté royal du 18 avril 2017 relatif à la passation des marchés publics dans les secteurs classiques.

La délégation donnée par l'alinéa 1<sup>er</sup> vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

§ 2 - Le Gouvernement désigne un ou plusieurs acheteurs du Ministère comme ordonnateurs subdélégués.

Le ou les acheteurs du Ministère sont délégués pour les engagements budgétaires et juridiques conformément à l'article 24, § 2 et 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, en ce qui concerne les allocations de base mentionnées au § 1<sup>er</sup>, et ce à concurrence d'un montant de 500 euros.

**Art. 15.** Subdélégations pour statuer en matière de personnel

Le secrétaire général est habilité à donner des subdélégations au chef de département compétent pour le département Personnel et Organisation du Ministère afin de statuer dans les domaines suivants :

1° le temps de travail adapté à la suite d'un congé parental conformément à l'article 136.2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

2° une réduction du temps de travail conformément à l'article 137, alinéa 3, du même arrêté;

3° les stages à effectuer au Ministère de la Communauté germanophone en accord avec la législation en vigueur et la signature des contrats correspondants.

CHAPITRE 3. — *Délégations données aux membres du conseil de direction*Section 1<sup>re</sup>. — *Délégations générales***Art. 16.** Champ d'application

Les dispositions de la présente section sont applicables aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration et aux directeurs.



**Art. 17.** Délégation de la compétence générale d'ordonnement

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration et les directeurs compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les allocations de base du budget affectées aux départements dont les chefs sont soumis à leur autorité.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, seules les dispositions du présent paragraphe sont applicables aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration et aux directeurs qui dirigent un service à gestion séparée.

Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration et les directeurs compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour le budget des dépenses du service à gestion séparée respectif.

**Art. 18.** Dépenses courantes du ressort des membres du conseil de direction

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration et les directeurs sont, dans le cadre des domaines de compétence qui leur sont confiés, désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant l'allocation de base 12 du programme 00 de la division organique 20 ainsi que l'allocation de base 74 des programmes 01 et 26 de la division organique 70 et ne dépassant pas 30 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, seules les dispositions du présent paragraphe sont applicables aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration et aux directeurs qui dirigent un service à gestion séparée.

Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration et les directeurs compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour toutes les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée respectif et ne dépassant pas 30 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

**Art. 19.** Octroi de subventions

À condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre, les suppléants du secrétaire général, les directeurs d'administration et les directeurs compétents sont désignés, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du règlement budgétaire, comme ordonnateurs délégués pour l'octroi de subventions ne dépassant pas 10 000 euros.

**Art. 20.** Délégations en matière de personnel

Délégation est donnée aux suppléants du secrétaire général, aux directeurs d'administration et aux directeurs en ce qui concerne les membres du personnel soumis à leur autorité, pour les compétences suivantes du secrétaire général :

1° réceptionner l'avis émanant du candidat, conformément à l'article 28 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

2° réceptionner les rapports et le rapport final concernant le candidat, conformément à l'article 29 du même arrêté;

3° évaluer les agents qui leur sont subordonnés, conformément aux articles 39, § 2, et 41, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté;

4° établir le rapport concernant les agents qui leur sont subordonnés, conformément à l'article 41, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

5° réceptionner les demandes écrites pour certains congés, conformément à l'article 117, alinéa 2, du même arrêté;

6° statuer sur ces mêmes demandes, conformément à l'article 117, alinéa 3, du même arrêté;

7° réceptionner les demandes de congé pour convenance personnelle, statuer sur ces dernières et, le cas échéant, justifier les décisions correspondantes, conformément à l'article 120 du même arrêté;

8° autoriser le report de plus de dix jours de congé à l'année civile suivante, conformément à l'article 126, alinéa 2, du même arrêté;

9° autoriser le report d'heures dépassant le nombre d'heures supplémentaires maximal prévu à la période de calcul du temps de travail suivante;

10° rendre obligatoire une formation ou formation continue, conformément à l'article 158 du même arrêté;

11° accorder un congé de formation et réceptionner les demandes correspondantes, conformément à l'article 168 du même arrêté;

12° réceptionner la notification de l'agent selon laquelle celui-ci a interrompu la formation ou, pour l'enseignement à distance, n'a pas renvoyé ses leçons dans les délais impartis, et pouvoir demander des informations quant à la participation aux cours, conformément à l'article 169, § 3 et 5, du même arrêté;

13° suspendre le congé de formation, conformément à l'article 171, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

14° conclure une convention de télétravail structurel, réceptionner la demande de télétravail structurel et examiner ladite demande, conformément à l'article 191.2 du même arrêté;

15° initier ou réceptionner la résiliation anticipée d'une convention de télétravail structurel, conformément à l'article 191.5, § 4, du même arrêté.

## Section 2 — Délégations spéciales

**Art. 21.** Domaine de compétence Personnel et organisation

Sans préjudice de l'article 20, délégation est donnée au suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation, en ce qui concerne les compétences suivantes du secrétaire général :

1° déclarer des emplois vacants, admettre au stage et procéder aux nominations pour les niveaux III et IV, conformément à l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

2° réceptionner la proposition de constitution d'une unité, la transmettre au conseil de direction et affecter les collaborateurs auprès d'un chef d'unité, conformément à l'article 11.3 du même arrêté;

3° communiquer le nom des supérieurs hiérarchiques immédiats désignés par le conseil de direction, conformément à l'article 11.4 du même arrêté;

4° établir les programmes des concours de recrutement, conformément à l'article 14, alinéa 2, du même arrêté;

5° décider de la constitution d'une réserve de recrutement et en fixer la durée de validité, conformément à l'article 14, alinéa 3, du même arrêté;

6° fixer des conditions spécifiques de recrutement, conformément à l'article 15, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

7° prendre des mesures pour l'intégration des stagiaires et pour la formation des stagiaires ou des agents, conformément à l'article 24, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

8° assurer la présidence de la commission de recours, conformément à l'article 32, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

9° déterminer plus précisément la forme du rapport d'évaluation, conformément à l'article 38, § 2, alinéa 2, du même arrêté;

10° déterminer plus précisément la forme du rapport, conformément à l'article 39, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté;

11° établir les programmes des concours d'accession à un niveau supérieur, conformément à l'article 62, alinéa 2, du même arrêté;

12° ordonner des permanences en dehors des heures de service imposées, conformément à l'article 87.1 du même arrêté;

13° octroyer une allocation pour missions de management et d'encadrement, conformément à l'article 87.2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

14° supprimer cette même allocation, conformément à l'article 87.3, alinéa 2, du même arrêté;

15° réceptionner la communication d'une activité professionnelle complémentaire dans le secteur public et proposer d'interdire cette activité, conformément à l'article 89, § 2, du même arrêté;

16° soumettre, pour avis, la demande introduite en vue de l'exercice d'une activité professionnelle complémentaire dans le secteur privé, conformément à l'article 89, § 3, alinéa 2, du même arrêté;

17° décider du service du Ministère auprès duquel l'agent sera affecté, conformément à l'article 91 du même arrêté;

18° octroyer, sauf disposition contraire, les congés, dispenses de service et autres absences, conformément à l'article 104 du même arrêté;

19° réceptionner les demandes de congés pour cas de force majeure pour des raisons familiales impérieuses et imprévues ainsi qu'en raison de dommages matériels graves sur des biens, examiner s'il s'agit d'un cas de force majeure et prendre les décisions correspondantes, conformément à l'article 117.1 du même arrêté;

20° réceptionner la décision prise par le chef de département quant à une formation ou formation continue, statuer sur les recours et informer ensuite le conseil de direction, conformément à l'article 160, alinéas 1<sup>er</sup> et 3, du même arrêté;

21° rendre un avis quant au fait de confier une mission spéciale à un agent, conformément à l'article 172 du même arrêté;

22° réceptionner la notification de l'agent selon laquelle celui-ci a présenté sa candidature pour une mission auprès d'une autre instance nationale ou internationale, conformément à l'article 173, alinéa 2, du même arrêté;

23° octroyer des dérogations quant à la durée de la dispense de service pour mission, conformément à l'article 174 du même arrêté;

24° rendre un avis quant au fait d'octroyer une dispense de service pour l'exercice d'une mission, conformément à l'article 175, alinéa 2, du même arrêté;

25° proposer une peine disciplinaire pour un chef de département, conformément à l'article 201, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

26° réceptionner la demande de démission introduite par l'agent, conformément à l'article 217, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

27° exercer la fonction de directeur de la formation et pouvoir désigner un agent délégué, conformément à l'article 221 du même arrêté;

28° composer le jury, conformément à l'article 2, § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 17 juillet 2003 déterminant la position juridique du personnel contractuel du Ministère de la Communauté germanophone et de certains organismes d'intérêt public;

29° procéder aux engagements dans les échelles de traitement des niveaux IV et III, conformément à l'article 3, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté;

30° procéder au classement dans une échelle de traitement lors de l'engagement d'experts, conformément à l'article 9.3 du même arrêté.

Le même suppléant du secrétaire général est habilité à recevoir la prestation de serment mentionnée à l'article 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents.

Le même suppléant du secrétaire général est habilité, dans le respect de la législation en vigueur, à prendre des décisions concernant des contrats d'occupation d'étudiant et de formation ainsi qu'à les signer.

**Art. 22.** Domaine de compétence Gestion de la qualité et sécurité des données

Délégation est donnée au suppléant du secrétaire général, compétent en matière de gestion de la qualité et de sécurité des données, en ce qui concerne les compétences suivantes du secrétaire général :

1° exercer les compétences du responsable du traitement conformément à l'article 4, 7), du règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (règlement général sur la protection des données);

2° réceptionner les demandes de publicité de documents administratifs et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 4, § 3, du décret du 16 octobre 1995 relatif à la publicité des documents administratifs;

3° réceptionner les demandes relatives à la réutilisation d'informations du secteur public et statuer sur celles-ci, conformément à l'article 15 du décret du 28 juin 2021 concernant les données ouvertes et la réutilisation des informations du secteur public;

4° réceptionner les réclamations et les signalements et statuer sur leur recevabilité, conformément aux chapitres 2 et 3 du décret du 21 février 2022 établissant différents instruments relatifs à la gestion des informations et des réclamations en Communauté germanophone.

*CHAPITRE 4. — Délégations données aux directeurs de certains services à gestion séparée*

**Art. 23.** Centre des Médias

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le directeur du service à gestion séparée « Centre des Médias de la Communauté germanophone » est désigné comme ordonnateur délégué pour le budget des dépenses du service à gestion séparée.

§ 2 - Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques, la liquidation des dépenses et l'ordonnement des paiements conformément à l'article 24, § 2 à 5, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le même directeur est désigné comme ordonnateur délégué pour toutes les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée et ne dépassant pas 10 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

**Art. 24.** Centres communautaires

Délégation est donnée au directeur du service à gestion séparée « Centres communautaires » pour conclure et résilier, dans le respect de la législation en vigueur, des contrats de travail dont la durée n'excède pas neuf mois. La délégation ne lui permet pas de prolonger un tel contrat.

Les documents relatifs au contrat sont immédiatement transmis au Ministre compétent en matière de Personnel, au Ministre compétent pour le centre ainsi qu'au suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation.

**Art. 25.** Office pour une vie autodéterminée

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au directeur du service à gestion séparée « Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée » pour statuer sur les aides accordées en application de l'accord de coopération du 10 avril 1995 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à la prise en charge des frais de placement et d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées.

§ 2 - Délégation est donnée au même directeur pour statuer sur l'approbation des contrats-types pour le contrat d'encadrement ainsi que pour le contrat entre le service de ressources en logements et la ressource en logements, conformément à l'article 4, § 2, et à l'article 5, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements.

§ 3 - Délégation est donnée au même directeur pour statuer sur l'approbation des instruments d'évaluation et le classement des utilisateurs dans les différentes catégories d'accompagnement, conformément à l'article 4, § 5, du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même directeur pour statuer sur l'obligation pour les prestataires de communiquer par voie électronique avec l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, conformément à l'article 36 du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée.

**Art. 26.** Office de l'emploi

Délégation est donnée au directeur du service à gestion séparée « Office de l'emploi de la Communauté germanophone » pour statuer sur l'obligation pour les partenaires de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone de communiquer par voie électronique avec ce dernier, conformément à l'article 11, § 2, du décret du 13 novembre 2023 relatif aux mesures en matière de promotion de l'emploi et de placement.

*CHAPITRE 5. — Délégations données aux chefs de département*

*Section 1<sup>re</sup>. — Délégations générales*

**Art. 27.** Délégation de la compétence générale d'ordonnement

Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les allocations de base du budget affectées à leur département.

**Art. 28.** Dépenses courantes dans les départements

§ 1<sup>er</sup> - Sans préjudice du chapitre 2 et en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, les chefs de département compétents sont désignés comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone ou, selon le cas, au budget des dépenses du service à gestion séparée respectif concernant les allocations de base 12 et 74 affectées à leur département et ne dépassant pas 10 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

§ 2 - Par dérogation au § 1<sup>er</sup>, lorsqu'un chef de département a simultanément été désigné comme comptable conformément à l'article 25 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, seul le secrétaire général est désigné comme ordonnateur délégué pour le département concerné.

#### **Art. 29.** Octroi de subventions

À condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre, les chefs de département compétents sont désignés, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du règlement budgétaire, comme ordonnateurs délégués pour l'octroi de subventions ne dépassant pas 10 000 euros.

### *Section 2. — Délégations spéciales*

#### *Sous-section 1<sup>re</sup>. — Ministère*

#### **Art. 30.** Département Formation et Organisation de l'enseignement

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Formation et Organisation de l'enseignement pour statuer sur les dérogations et dispenses en vertu des articles 57 à 60 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'autorisation prévue à l'article 7, § 3, de l'arrêté royal du 3 novembre 1987 portant règlement général des études dans l'enseignement supérieur de type court et de plein exercice.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation prévue à l'article 11, § 2, du même arrêté royal.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'équivalence des titres d'études étrangers dans le cadre de la loi du 19 mars 1971 relative à l'équivalence des diplômes étrangers et certificats d'études étrangers.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la délivrance de certificats d'équivalence prévue aux articles 3 à 6 du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, sur les réclamations relatives au rejet de demandes ou au montant de l'allocation accordée.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subventions pour la participation à des formations continues dans le secteur de la formation populaire et de la formation des adultes, le cas échéant en exécution des prescriptions en la matière.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer des subventions destinées au soutien à la formation continue.

#### **Art. 31.** Département Emploi

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Emploi pour statuer, dans le cadre de l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, sur les demandes visant à obtenir une subvention pour l'engagement de bénéficiaires des mesures AktiF ou AktiF PLUS.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre de l'arrêté royal du 9 juin 1999 portant exécution de la loi du 30 avril 1999 relative à l'occupation des travailleurs étrangers, tant sur la complétude des demandes d'autorisation d'occupation, de permis de travail et de permis unique que sur les demandes proprement dites, ainsi que sur le retrait de ces autorisations ou permis, à l'exception des possibilités de dérogation ministérielle y prévues.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans le cadre de la loi du 19 février 1965 relative à l'exercice, par les étrangers, des activités professionnelles indépendantes, sur les demandes d'octroi, de prolongation ou de renouvellement, ainsi que sur le retrait de la carte professionnelle, à l'exception des possibilités de recours y prévues.

#### **Art. 32.** Département Famille et Affaires sociales

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Famille et Affaires sociales pour signer l'attestation destinée à l'administration fiscale en application de l'article 145/35, alinéa 2, 3<sup>o</sup>, du Code des impôts sur le revenu 1992 en vue de déduire les frais de garde pour les enfants de moins de douze ans.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension de l'agrément des accueillants autonomes mentionnés à l'article 40, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, ainsi que sur la durée de cette suspension.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le retrait de l'agrément des accueillants autonomes mentionnés à l'article 43 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations en matière de diplôme prévues dans le cadre de l'article 5, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subside des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations en matière de diplôme prévues à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, et § 2, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 4 octobre 2018 portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité.

§ 6 - Dans le cadre de l'exécution du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, le même chef de département est désigné, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant l'allocation de base 34.31 du programme 11 de la division organique 50.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le droit aux prestations familiales, conformément à l'article 44 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales.



§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour constater, conformément à l'article 53 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, qu'il existe des indices sérieux et concordants selon lesquels la fraude, le dol, des manœuvres frauduleuses ou des fausses informations ont donné lieu à la liquidation de prestations familiales.

#### **Art. 33. Département Finances**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Finances pour :

1° la tenue et la gestion journalière de comptes auprès d'institutions financières, y compris l'ouverture et la fermeture de comptes, l'octroi de procurations, le traitement de demandes de domiciliation, l'encaissement de chèques;

2° l'approbation de décomptes établis quant aux intérêts débiteurs et créditeurs portés en compte et aux divers frais et provisions bancaires.

§ 2 - Le même chef de département est habilité à signer tous les actes juridiques en rapport avec les emprunts, les leasings et les investissements, avec les garanties et avec l'achat et la vente de domaines, lorsqu'ils ont été décidés par le Gouvernement ou par le Ministre compétent en matière de Budget, selon le cas.

#### **Art. 34. Département Santé et Personnes âgées**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Santé et Personnes âgées pour statuer, dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 25 avril 2019 fixant la procédure d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance des professionnels du secteur des soins de santé et relatif à la délivrance d'une carte professionnelle européenne, sur les demandes d'agrément, d'enregistrement et de reconnaissance ainsi que sur les demandes de délivrance d'une carte professionnelle européenne.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la renonciation à la récupération d'allocations payées indûment, telle que mentionnée à l'article 29 de l'arrêté royal du 22 mai 2003 relatif à la procédure concernant le traitement des dossiers en matière des allocations aux personnes handicapées.

§ 3 - Dans le cadre de l'exécution du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées, le même chef de département est désigné, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant l'allocation de base 34.31 du programme 17 de la division organique 50.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes d'allocation de soins pour personnes âgées, conformément à l'article 19 du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour constater, conformément à l'article 28 du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées, qu'il existe des indices sérieux et concordants selon lesquels la fraude, le dol, des manœuvres frauduleuses ou des fausses informations ont donné lieu à la liquidation de l'allocation de soins pour personnes âgées.

#### **Art. 35. Département Infrastructure**

§ 1<sup>er</sup> - Par dérogation au plafond mentionné à l'article 28, délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Infrastructure pour statuer, dans le cadre de la législation en matière de marchés publics et des dispositions prises en la matière par la Communauté germanophone, sur les marchés relatifs à des travaux d'entretien et de transformation dont le coût ne dépasse pas 30 000 euros.

La délégation s'étend à tous les actes juridiques qui sont nécessaires ou possibles pour l'attribution du marché ou son exécution dans le cadre des dispositions susvisées. Ladite délégation vaut aussi pour la conclusion et l'exécution de contrats avec des sociétés de distribution ainsi que pour des contrats d'entretien, de maintenance et de régulation des installations de chauffage, d'aération, de sécurité ou électriques.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour désigner le coordinateur de sécurité sur des chantiers temporaires et mobiles de la Communauté germanophone.

§ 3 - Par dérogation au plafond mentionné à l'article 29, délégation est donnée au même chef de département pour octroyer des subventions à concurrence de 30 000 euros pour l'infrastructure subsidiée par la Communauté germanophone, à condition qu'il s'agisse de décisions conditionnelles sans marge de manœuvre.

§ 4 - Le même chef de département est habilité à représenter le Gouvernement ou le Ministre compétent pour authentifier et conclure des actes juridiques relatifs à l'acquisition ou à la cession de biens immeubles, lorsqu'ils ont été décidés par le Gouvernement ou par le Ministre compétent, selon le cas.

#### **Art. 36. Département Aide à la jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Aide à la jeunesse pour octroyer les ressources mentionnées à l'article 6bis, § 2, du décret du 9 mai 1988 relatif au Fonds pour une aide spécifique aux enfants et aux jeunes.

§ 2 - En application du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse, délégation est donnée au même chef de département pour :

1° approuver la prolongation de l'accompagnement à l'âge de la majorité, mentionnée à l'article 50, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret;

2° adresser une mise en demeure invitant à se conformer aux obligations pour le maintien de l'agrément, telle que mentionnée à l'article 90, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret;

3° statuer sur l'admission à la préparation à l'accueil familial des personnes physiques responsables de l'accueil familial d'un enfant ou d'un jeune apparenté ou familier, en application de l'article 102, alinéa 2, du décret;

4° accorder la prise en charge des frais des consultations et des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse mentionnée à l'article 107, alinéa 2, du décret;

5° accorder le financement des dépenses encourues par les personnes qui exercent l'autorité parentale pour favoriser les contacts avec leur enfant ou leur jeune qui fait l'objet d'une mesure résidentielle d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, en application de l'article 112, § 2, du décret;

6° accorder une aide financière aux enfants qui font l'objet d'une mesure résidentielle d'aide à la jeunesse, en application de l'article 114, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret.

§ 3 - En application de l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 concernant l'aide à la jeunesse et la protection de la jeunesse, délégation est donnée au même chef de département pour :

- 1° statuer sur l'agrément comme famille d'accueil visée à l'article 23, alinéa 2, de l'arrêté;
- 2° statuer sur la suspension et le retrait de l'agrément d'une personne physique en application de l'article 32 de l'arrêté;
- 3° octroyer les frais de subsistance mentionnés à l'article 43 de l'arrêté;
- 4° octroyer l'aide au financement d'activités culturelles, sportives et scolaires mentionnée à l'article 44 de l'arrêté;
- 5° octroyer le remboursement des dépenses exceptionnelles mentionnées aux articles 46 et 48 de l'arrêté;
- 6° octroyer l'allocation d'accueil mentionnée à l'article 47 de l'arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le remboursement de la participation aux frais, en application de l'article 29.1 de l'arrêté du Gouvernement du 25 mars 2021 portant exécution du décret du 27 avril 2020 relatif à l'adoption d'enfants.

#### **Art. 37. Département Culture et Jeunesse**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Culture et Jeunesse pour octroyer les subsides à accorder dans le cadre des subventions visant la promotion culturelle pour des prestations sur ordre ainsi que pour des déplacements relatifs à une prestation des associations d'art amateur, en exécution des articles 52, 58, 64 et 71 du décret du 18 novembre 2013 visant à soutenir la culture en Communauté germanophone.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans les limites du nombre fixé par le Ministre compétent, sur l'admissibilité aux subventions et sur les années de service admissibles des candidats proposés par les organisations, et ce en exécution de l'article 2 de l'arrêté de l'Exécutif du 6 juillet 1992 portant exécution du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subsides aux organisations de jeunesse et aux camps de vacances, en exécution des articles 13 et 14 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer les subsides pour la participation à des formations continuées dans le secteur de la jeunesse, en exécution du chapitre 3 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, dans les limites du nombre fixé par le ministre compétent, sur l'admissibilité aux subventions et sur les années de service admissibles des candidats proposés par les organisations, et ce en exécution de l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 15 mars 2012 portant exécution du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'inscription dans l'inventaire du petit patrimoine et des autres bâtiments significatifs, en application de l'article 20, § 2, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour rendre un simple avis relatif au patrimoine mentionné aux articles D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 et D.IV.23.2 du Code du développement territorial.

#### **Art. 38. Département Pouvoirs locaux et Chancellerie**

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Pouvoirs locaux et Chancellerie est habilité à signer, au nom du Ministre compétent en matière de Pouvoirs locaux, la correspondance relative à la vérification des décisions, les demandes de dossiers et d'informations, ainsi que les lettres de rappel et d'accompagnement.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, conformément aux articles 108, alinéa 2, et 112, alinéa 2, de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale, à signer, au nom du Ministre compétent en matière de centres publics d'action sociale, la correspondance relative à la vérification des décisions, les demandes de dossiers et d'informations, ainsi que les lettres de rappel et d'accompagnement.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer la conformité à la loi des décisions transmises en application de l'article 111bis de la loi organique du 8 juillet 1976 des centres publics d'action sociale dans le cadre de la liste récapitulative et des décisions demandées en application de l'article 112.

#### **Art. 39. Département Pédagogie**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Pédagogie pour statuer sur les dispenses de cours dans le cadre de l'article 63, alinéa 1<sup>er</sup>, du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le cas de force majeure, d'ordre pédagogique ou social, mentionné à l'article 9, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, 3<sup>o</sup>, du décret du 26 avril 1999 relatif à l'enseignement fondamental ordinaire.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dispense d'examen prévue à l'article 8 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juillet 1994 relatif à la composition et au fonctionnement du jury d'examen de la Communauté germanophone pour l'enseignement secondaire ainsi qu'à l'organisation des examens présentés devant ce jury.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'intégration des différents cours dans les épreuves, telle que prévue aux articles 14 et 16 du même arrêté.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations et dispenses dans le cadre de l'article 56 de l'arrêté royal du 29 juin 1984 relatif à l'organisation de l'enseignement secondaire.

§ 6 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 7 du décret du 25 juin 1996 relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire, à déroger au délai d'inscription pour les élèves prévu à l'article 6 du même décret.

**Art. 40.** Département Personnel et Organisation

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Personnel et Organisation est habilité à réceptionner les attestations dans le cadre du congé de maternité postnatal, conformément à l'article 125.1, alinéa 2, de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents.

§ 2 - Le même chef de département est habilité à réceptionner la demande d'un congé de maternité transféré, conformément à l'article 132, § 2, alinéa 2, et § 3, alinéa 2, du même arrêté.

§ 3 - Le même chef de département est habilité à réceptionner l'information indiquant qu'un membre du personnel en situation de maladie peut reprendre le service à mi-temps, conformément à l'article 154, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté.

§ 4 - Le même chef de département est habilité à réceptionner l'information de l'agent contrôleur compétent, conformément à l'article 155, alinéa 2, du même arrêté.

§ 5 - Le même chef de département est habilité à charger le service de médecine du travail Medex d'examiner un agent.

**Art. 41.** Département Aménagement du territoire - Aménagement du territoire et urbanisme

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Aménagement du territoire pour solliciter les avis des personnes et instances qu'il juge utile de consulter, conformément à l'article D.II.47, § 2, du Code du développement territorial.

§ 2 - Le même chef de département est habilité à transmettre aux collèges communaux des communes auxquelles s'étend la révision ou qui ont été précisées en application de l'article D.VIII.4 le projet de plan auquel le rapport sur les incidences environnementales est joint, conformément à l'article D.II.49, § 5, du même Code.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour donner les avis mentionnés aux articles D.IV.16 et D.IV.19 du même Code ou, selon le cas, pour donner les avis conformes mentionnés aux articles D.IV.17 et D.IV.20 du même Code.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes de permis pour les actes et travaux mentionnés aux articles D.IV.22, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup> à 10<sup>o</sup>, D.IV.22.1 et D.IV.22.2 du même Code.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer, dans le cadre des délégations données conformément au § 2, les certificats d'urbanisme n<sup>o</sup> 2 mentionnés aux articles D.IV.23, D.IV.23.1 et D.IV.23.2 du même Code.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes de certificat ou de permis dans le cadre des réunions de projet mentionnées à l'article D.IV.31 du même Code ou, selon le cas, pour représenter le Gouvernement à ces mêmes réunions.

§ 7 - Le même chef de département est habilité à transmettre au demandeur l'accusé de réception ou, selon le cas, le relevé des pièces manquantes mentionné à l'article D.IV.33, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, et délégation lui est donnée afin de fixer le délai lorsque le collège communal, dans le délai mentionné à l'article D.IV.33, alinéa 2, du même Code, n'a pas informé par envoi le Gouvernement du délai dans lequel sa décision est envoyée.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour solliciter, conformément à l'article D.IV.35, § 2, alinéa 2, du même Code, l'avis des services ou des commissions qu'il juge utile de consulter.

§ 9 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.IV.36 du même Code, à transmettre aux services ou commissions ainsi qu'au collège communal le dossier de demande et à solliciter leur avis.

§ 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour donner les avis mentionnés à l'article D.IV.39, § 1<sup>er</sup>, du même Code.

§ 11 - Délégation est donnée au même chef de département pour donner l'accord mentionné à l'article D.IV.42, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 2<sup>o</sup>, du même Code pour la production de plans modificatifs et d'un complément corollaire de notice d'évaluation préalable des incidences sur l'environnement ou d'étude d'incidences.

§ 12 - Délégation est donnée au même chef de département pour prendre la décision mentionnée à l'article D.IV.47, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même Code, lorsque le collège communal n'a pas transmis sa décision au demandeur dans le délai imparti et qu'il n'a pas sollicité l'avis obligatoire ou facultatif du Gouvernement. Il est habilité à transmettre la décision ou, selon le cas, la décision de prorogation du délai de traitement au demandeur, au collège communal ainsi qu'à l'auteur de projet.

Le même chef de département est habilité à transmettre la décision mentionnée à l'article D.IV.47, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code au demandeur, au collège communal et à l'auteur de projet.

§ 13 - Le même chef de département est habilité à transmettre au demandeur, au collège communal et à l'auteur de projet la décision mentionnée à l'article D.IV.48 du même Code et prise dans le cadre des délégations données conformément aux §§ 2 ou 3 ou, selon le cas, à prendre et transmettre la décision de prorogation du délai de traitement.

§ 14 - Délégation est donnée au même chef de département pour assurer la vérification des décisions du collège communal, décrite à l'article D.IV.62, § 1<sup>er</sup>, du même Code et, conformément aux dispositions du même article, pour suspendre lesdites décisions ainsi que le permis mentionné à l'article D.IV.89, 1<sup>o</sup>, du même Code. Il est habilité, conformément à l'article D.IV.62, § 2, du même Code, à transmettre la suspension au collège communal et au demandeur ainsi qu'à préciser la nature de l'irrégularité dans la procédure, le défaut de motivation ou la disposition à laquelle la décision concernée n'est pas conforme.

§ 15 - Le même chef de département est habilité à établir la copie certifiée conforme des documents mentionnés à l'article D.IV.70 du même Code.

§ 16 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer la prorogation du permis d'urbanisme mentionnée à l'article D.IV.84, § 2, du même Code.

§ 17 - Délégation est donnée au même chef de département pour transmettre au notaire ses observations concernant la division d'un bien qui ne fait pas l'objet d'une demande de permis d'urbanisation et dont tout ou partie des lots à former sont destinés en tout ou en partie à l'habitation, division mentionnée à l'article D.IV.102, § 1<sup>er</sup>, du même Code.

§ 18 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer le permis d'urbanisme sollicité par le titulaire d'un permis de recherche de mines ou par le concessionnaire d'une mine conformément à l'article D.IV.106 du même Code.

§ 19 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.V.11, § 1<sup>er</sup>, du même Code, à soumettre à la consultation de la commission communale le projet de périmètre de remembrement urbain ou à solliciter une enquête publique auprès du collège communal.

§ 20 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer la déclaration de conformité d'actes ou de travaux existants avec le droit de l'aménagement du territoire et de l'urbanisme demandée par le titulaire du permis ou le propriétaire d'un bien conformément à l'article D.VII.1<sup>ter</sup>, § 1<sup>er</sup>, du même Code ou, selon le cas, pour communiquer les informations mentionnées à l'article D.VII.1<sup>ter</sup>, § 2, alinéa 2.

§ 21 - Le même chef de département est habilité à transmettre l'avis de dépôt visé à l'article D.VII.1<sup>ter</sup>, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code au titulaire du permis ou au propriétaire du bien.

§ 22 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer l'avertissement verbal mentionné à l'article D.VII.4 du même Code.

§ 23 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article D.VII.6, alinéa 2, du même Code, à informer le collège communal lorsqu'un recours sur une demande de permis de régularisation relative aux actes et travaux ou à l'urbanisation objets du procès-verbal est introduit ou susceptible d'être introduit.

§ 24 - Délégation est donnée au même chef de département pour confirmer l'ordre d'interruption des travaux mentionné à l'article D.VII.9 du même Code.

§ 25 - Délégation est donnée au même chef de département pour demander devant le tribunal correctionnel l'application des mesures mentionnées à l'article D.VII.13 du même Code.

§ 26 - Délégation est donnée au même chef de département pour pourvoir d'office à l'exécution du jugement conformément à l'article D.VII.14 du même Code.

§ 27 - Délégation est donnée au même chef de département pour convoquer le contrevenant à la réunion de concertation mentionnée à l'article D.VII.17 du même Code et acter l'accord sur la demande d'un permis de régularisation.

§ 28 - Délégation est donnée au même chef de département pour proposer une transaction au contrevenant, et ce, de commun accord avec le collège communal et selon les conditions mentionnées à l'article D.VII.18, § 1<sup>er</sup>, du même Code.

§ 29 - Délégation est donnée au même chef de département pour imposer au contrevenant des mesures de restitution et le délai dans lequel elles seront exécutées, et ce, de commun accord avec le collège communal et selon les conditions mentionnées à l'article D.VII.21, § 1<sup>er</sup>, du même Code. Au terme du délai fixé, il est habilité à acter l'exécution desdites mesures.

§ 30 - Délégation est donnée au même chef de département pour poursuivre devant le tribunal civil l'application des mesures mentionnées à l'article D.VII.22 du même Code.

§ 31 - Le même chef de département est habilité à établir le certificat mentionné à l'article D.VII.25 du même Code et attestant que le jugement a été exécuté, qu'une transaction a été obtenue ou que l'intéressé a obtenu de façon définitive le permis prescrit et a exécuté les travaux conformément aux dispositions réglementaires et au permis ou que des travaux de restitution ont été réalisés.

§ 32 - Délégation est donnée au même chef de département, conformément à l'article R.IV.26-3, alinéa 1<sup>er</sup>, du même Code, pour approuver la production des plans à une autre échelle que celles arrêtées.

Délégation est donnée au même chef de département, conformément à l'article R.IV.26-3, alinéa 2, du même Code, pour solliciter la production de documents complémentaires si ceux-ci sont indispensables à la compréhension du projet.

§ 33 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article R.IV.105-1 du même Code, à transmettre les observations mentionnées à l'article D.IV.102 du même Code.

§ 34 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, conformément à l'article R.V.2-1 du même Code, sur le caractère complet et recevable de la demande de fixation du périmètre d'un site à réaménager.

§ 35 - Délégation est donnée au même chef de département pour délivrer l'autorisation mentionnée à l'article R.V.4-1 du même Code d'aliéner ou de grever de droits réels les biens situés dans le site à réaménager.

§ 36 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, conformément à l'article R.V.7-1 du même Code, sur le caractère complet et recevable de la demande de fixation du périmètre d'un site de réhabilitation paysagère et environnementale.

§ 37 - Délégation est donnée au même chef de département pour désigner, conformément à l'article R.VIII.4-1 du même Code, les communes sur le territoire desquelles une enquête publique sera réalisée.

§ 38 - Si l'autorité publique chargée d'adopter le plan ou le schéma est le Gouvernement, le même chef de département est habilité, conformément à l'article R.VIII.12-1, § 1<sup>er</sup>, du même Code, à envoyer le dossier en application de l'article D.VIII.12 du même Code et à informer la commune ou les communes dans laquelle ou dans lesquelles une enquête publique est organisée.

§ 39 - Si l'autorité publique chargée d'adopter le plan ou le schéma est le Gouvernement, le même chef de département est habilité, conformément à l'article R.VIII.12-1, § 3, du même Code, à informer les autorités compétentes de la Région ou de l'État que la décision a fait l'objet d'une publicité par voie d'affichage conformément à l'article D.VIII.26 et que le plan ou le schéma est consultable pendant toute la durée de cette publicité selon les modalités prévues à l'article D.VIII.17 et à transmettre aux autorités compétentes de la Région ou de l'État une copie des documents mentionnés à l'article R.VIII.12-1, § 3.

§ 40 - Délégation est donnée au même chef de département pour déterminer, conformément à l'article R.VIII.33-1 du même Code, les informations que le rapport sur les incidences environnementales contient en ce qui concerne le plan de secteur.

§ 41 - Délégation est donnée au même chef de département, conformément à l'article R.VIII.33-1 du même Code, pour déterminer les personnes ou instances qu'il juge utile de consulter et pour solliciter les avis transrégionaux et transnationaux visés à l'article D.VIII.33, § 4, en ce qui concerne le schéma de développement du territoire et le plan de secteur.

§ 42 - Délégation est donnée au même chef de département pour récuser, conformément à l'article R.VIII.34-2 du même Code, la personne visée à l'article D.VIII.34, alinéa 2, du même Code.



§ 43 - Si, en vertu des dispositions du même Code, le Gouvernement est habilité et si, en vertu des dispositions du présent article, délégation est donnée au même chef de département, ces délégations couvrent en même temps tous les cas dans lesquels le même Code prévoit l'action de « l'autorité compétente ».

#### **Art. 42. Département Aménagement du territoire - Permis uniques**

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Aménagement du territoire est habilité à effectuer des consultations dans le cadre de l'élaboration, de l'adaptation, de la révision ou de l'abrogation de certains instruments selon la législation applicable en Communauté germanophone, conformément à l'article 7 de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, conformément à l'article 26 du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, sur les demandes de permis unique dans les cas mentionnés à l'article 14, § 2, alinéas 2, 3, 4 et 5, du même accord de coopération.

§ 3 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 1<sup>er</sup>, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer au demandeur la décision statuant sur le caractère complet et recevable de la demande ou la liste des documents manquants.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 2, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à déclarer la demande irrecevable si le demandeur n'envoie pas les compléments demandés dans le délai prescrit.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 19, § 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer au demandeur la décision statuant sur le caractère complet et recevable de la demande.

§ 4 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 20, alinéa 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à désigner les instances à consulter.

§ 5 - Le même chef de département est habilité à rédiger, conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, le rapport de synthèse mentionné à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à envoyer à l'autorité compétente le rapport de synthèse et à en aviser le demandeur.

Le même chef de département est habilité à assister, conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à l'audition mentionnée à l'article 25, § 4, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 5, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à décider de la prorogation des délais.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 25, § 8, alinéa 3, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à donner son accord quant à la production de plans modificatifs et de compléments corollaires d'évaluation des incidences sur l'environnement.

§ 6 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 29, § 1<sup>er</sup>, du même accord de coopération, à introduire un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente auprès de la Commission mixte de recours.

§ 7 - Le même chef de département est habilité à donner l'avis mentionné à l'article 7, § 1<sup>er</sup>, de l'accord de coopération d'exécution du 19 novembre 2020 entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégrés, avis concernant l'instruction du recours introduit à l'encontre d'un permis unique.

#### **Art. 43. Département Aménagement du territoire - Permis intégrés**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Aménagement du territoire pour statuer, dans les cas mentionnés à l'article 33, § 2, alinéa 2, 1<sup>o</sup>, 2<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup> et 4<sup>o</sup>, de l'accord de coopération du 14 novembre 2019 entre la Région wallonne et la Communauté germanophone relatif à l'exercice des compétences en matière d'aménagement du territoire et de certaines matières connexes et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, sur les demandes de permis intégrés, et ce, conformément à l'article 46 du même accord de coopération.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à statuer sur le caractère complet et recevable de la demande.

§ 3 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 40 du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à désigner les instances à consulter.

§ 4 - Le même chef de département est habilité à rédiger, conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, le rapport de synthèse mentionné à l'article 45, § 1<sup>er</sup>, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité à assister, conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à l'audition mentionnée à l'article 45, § 3, de l'accord de coopération.

Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 45, § 4, du même accord de coopération et conjointement avec le fonctionnaire des implantations commerciales et, le cas échéant, le fonctionnaire technique de la Région wallonne, à décider de la prorogation des délais.

§ 5 - Le même chef de département est habilité, conformément à l'article 51, § 1<sup>er</sup>, du même accord de coopération, à introduire un recours contre la décision émanant de l'autorité compétente auprès de la Commission mixte de recours.

§ 6 - Le même chef de département est habilité à donner l'avis mentionné à l'article 7, § 1<sup>er</sup>, de l'accord de coopération d'exécution du 19 novembre 2020 entre le Gouvernement wallon et le Gouvernement de la Communauté germanophone relatif à la commission mixte de recours compétente pour les permis uniques et intégrés, avis concernant l'instruction du recours introduit à l'encontre d'un permis intégré.

**Art. 44.** Département Aménagement du territoire - Voiries communales

Le chef de département compétent pour le département Aménagement du territoire est habilité, conformément à l'article 8 du décret de la Région wallonne du 6 février 2014 relatif à la voirie communale, à soumettre au conseil communal une demande de création, de modification ou de suppression d'une voirie communale.

**Art. 45.** Département Aménagement du territoire - Logement et énergie

§ 1<sup>er</sup> - Dans le cadre de l'exécution du titre II, chapitre II, du Code de l'habitation durable ainsi que du chapitre II, section II, du décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables, le chef de département compétent pour le département Aménagement du territoire est désigné, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 32.00, 33.00, 34.00, 34.01, 43.21 et 81.11 du programme 21 de la division organique 50 ou, selon le cas, l'allocation de base 53.11 du programme 28 de la division organique 70.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le droit à des aides pour les personnes physiques, conformément au titre II, chapitre II, du Code de l'habitation durable ainsi qu'au chapitre II, section II, du décret de la Région wallonne du 9 décembre 1993 relatif à la promotion de l'utilisation rationnelle de l'énergie, des économies d'énergie et des énergies renouvelables.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'application des garanties de bonne fin de remboursement des prêts hypothécaires mentionnés à l'article 14, § 4, 5<sup>o</sup>, du Code de l'habitation durable.

**Art. 46.** Département Sports, médias et tourisme

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Sports, médias et tourisme pour octroyer les subsides à accorder dans le cadre des subventions visant la promotion du sport aux fins de l'aide aux arbitres hautement qualifiés, du soutien aux moniteurs, entraîneurs et professeurs d'éducation physique, du soutien aux équipes hautement qualifiées, de la participation aux compétitions sportives internationales de haut niveau, de la participation à des compétitions internationales, de la promotion de la coopération entre école et sport, de l'organisation de classes de plein air, de la participation aux championnats scolaires internationaux, de l'organisation de camps sportifs, de l'organisation de camps d'entraînement ainsi qu'aux fins du soutien à la participation aux compétitions et tournois ou à l'organisation de ceux-ci en exécution des articles 22.1, 22.2, 23, 24, 24.1, 26, 26.1, 26.2, 27, 28 et 29 du décret sur le sport du 19 avril 2004.

**Art. 47.** Département Personnel de l'enseignement - Désignations dans l'enseignement communautaire

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la désignation à titre temporaire des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et du personnel sociopsychologique, telle que prévue aux articles 16 et 19bis de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la désignation à titre temporaire prévue aux articles 4 et 7bis de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

**Art. 48.** Département Personnel de l'enseignement - Mutations dans l'enseignement communautaire

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la mutation prévue aux articles 17 et 26 de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 27 février 1991 fixant les priorités et les modalités selon lesquelles ont lieu les mutations des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement de la Communauté germanophone et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

**Art. 49.** Département Personnel de l'enseignement - Dérégations en matière de nationalité

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue à l'article 16, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), à l'article 39, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), à l'article 91quater, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et à l'article 121ter, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et 22sexies, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 33, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), 49, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), 62.3, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et 69.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation prévue aux articles 20, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), 37, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), 56.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), 64.2, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et 64.13, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres PMS officiels subventionnés.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue aux articles 5.15, § 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et 5.31, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de nationalité prévue à l'article 17, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les dérogations en matière de nationalité prévues aux articles 6.15, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), et 6.32, alinéa 1<sup>er</sup>, 1<sup>o</sup>, a), du décret du 31 mars 2014 portant création d'un centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

**Art. 50.** Département Personnel de l'enseignement - Dérogations en matière de diplôme

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue à l'article 19 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la dérogation en matière de diplôme prévue à l'article 7 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone.

**Art. 51.** Département Personnel de l'enseignement - Dérogations en matière linguistique

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur l'autorisation quant à la dérogation en matière linguistique prévue à l'article 25, § 1<sup>er</sup>, du décret du 19 avril 2004 relatif à la transmission des connaissances linguistiques et à l'emploi des langues dans l'enseignement.

**Art. 52.** Département Personnel de l'enseignement - Approbation de congés, absences et mises en disponibilité

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Personnel de l'enseignement pour statuer sur l'éventuel octroi d'un des congés suivants dans l'enseignement de la Communauté germanophone :

1° les congés mentionnés à l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, à l'exception de l'article 160, alinéa 3, c), g), j) et l);

2° les congés mentionnés à l'article 40 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, à l'exception de l'article 40, alinéa 2, c) et g);

3° les congés mentionnés à l'article 9, alinéa 1<sup>er</sup>, b) et c), et aux articles 13 et 27 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire;

4° le congé mentionné dans l'arrêté royal du 2 avril 1975 relatif au congé accordé à certains membres du personnel des services publics pour accomplir certaines prestations au bénéfice de groupes politiques reconnus des assemblées législatives nationales communautaires ou régionales ou au bénéfice des présidents de ces groupes;

5° les congés mentionnés dans l'arrêté royal du 8 juillet 1976 pris en application de l'article 40 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

6° le congé mentionné à l'article 2 de l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans;

7° les congés mentionnés aux articles 3, 3bis, 4, 4bis, 4ter et 4quater de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux ainsi que leur préavis conformément à l'article 8, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

8° le congé mentionné à l'article 5 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003;

9° les congés mentionnés aux articles 25 et 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005;

10° le congé mentionné à l'article 79 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en disponibilité suivantes dans l'enseignement de la Communauté germanophone :

1° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 164 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire, à l'exception de l'article 164, alinéa 1<sup>er</sup>, c);

2° les mises en disponibilité mentionnées à l'article 45 de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, à l'exception de l'article 45, alinéa 1<sup>er</sup>, b);

3° les mises en disponibilité mentionnées aux articles 8, 10 et 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'éventuel octroi d'une des mises en non-activité suivantes dans l'enseignement communautaire :

1° les absences mentionnées à l'article 161, a) et d), de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire;

2° l'absence mentionnée à l'article 42, a), de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone;

3° l'absence mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 25 novembre 1976 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les autorisations de congé suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation mentionnée à l'article 31 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° les autorisations mentionnées aux articles 23 et 30 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 pris en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel de l'enseignement communautaire;

3° l'autorisation mentionnée à l'article 2 de l'arrêté royal du 14 avril 1977 relatif aux absences de longue durée justifiées par des raisons familiales des membres du personnel subsidiés;

4° les autorisations mentionnées aux articles 6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, § 3, alinéa 1<sup>er</sup>, et § 4, alinéa 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 9 novembre 1994 relatif à l'interruption de la carrière professionnelle dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux ainsi que leur préavis conformément à l'article 8, § 1<sup>er</sup>, du même arrêté;

5° l'autorisation prévue aux articles 74, alinéa 3, et 77, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

6° l'autorisation prévue aux articles 72, § 2, alinéa 2, et 75, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés;

7° les autorisations mentionnées aux articles 25 et 33 du décret du 6 juin 2005 portant des mesures en matière d'enseignement - 2005;

8° l'autorisation mentionnée à l'article 5.45, § 2, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome;

9° l'autorisation mentionnée à l'article 79 du décret du 25 juin 2007 portant des mesures en matière d'enseignement - 2007;

10° l'autorisation mentionnée à l'article 22, alinéa 6, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration;

11° l'autorisation mentionnée à l'article 6.47, alinéa 2, du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les autorisations de mise en disponibilité suivantes dans l'enseignement subventionné :

1° l'autorisation mentionnée à l'article 31 de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement;

2° l'autorisation mentionnée à l'article 2, § 5, de l'arrêté royal du 27 juillet 1976 réglementant la mise en disponibilité par défaut d'emploi, la réaffectation et l'octroi d'une subvention-traitement d'attente dans l'enseignement subventionné;

3° l'autorisation mentionnée aux articles 8, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 10, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, et 10bis de l'arrêté royal n° 297 du 31 mars 1984 relatif aux charges, traitements, subventions-traitements et congés pour prestations réduites dans l'enseignement et les centres psycho-médico-sociaux;

4° l'autorisation prévue à l'article 78, § 1<sup>er</sup>, du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné;

5° l'autorisation prévue à l'article 76, § 1<sup>er</sup>, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidié de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés;

6° l'autorisation mentionnée à l'article 5.48 du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome;

7° l'autorisation mentionnée à l'article 22, alinéa 6, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire, la guidance en développement scolaire et la guidance pour l'inclusion et l'intégration;

8° l'autorisation mentionnée à l'article 6.54 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes.

#### Sous-section 2. — Centres communautaires

##### Art. 53. Département Gestion Worriken

Par dérogation au plafond mentionné à l'article 28, délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Gestion Worriken, dans le cadre du budget des dépenses du service, pour toutes les décisions qui entraînent des dépenses jusqu'à 30 000 euros.

##### Art. 54. Département Gestion des finances et du personnel

Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Gestion des finances et du personnel pour conclure et résilier, dans le respect de la législation en vigueur, des contrats de travail, des contrats d'occupation d'étudiant et des contrats de stage dont la durée n'excède pas trois mois. La délégation ne lui permet pas de prolonger un tel contrat.

Les documents relatifs au contrat sont immédiatement transmis au Ministre compétent en matière de Personnel, au Ministre compétent pour le centre ainsi qu'au suppléant du secrétaire général, compétent en matière de personnel et d'organisation.

#### Sous-section 3. — Office pour une vie autodéterminée

##### Art. 55. Département Prestations propres - Emploi

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Prestations propres, en exécution de l'article 4 de l'arrêté ministériel du 23 janvier 1968 fixant les conditions d'octroi de l'intervention dans la rémunération et les charges sociales, accordée par le Fonds national de reclassement social des handicapés aux employeurs qui occupent des travailleurs handicapés, pour statuer sur l'intervention de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'agrément de la formation en entreprise et le retrait de cette agrément conformément à l'article 2, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le montant de l'intervention financière dans la rémunération et les charges sociales accordée à l'employeur conformément à l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 26 avril 1994 promouvant l'occupation de personnes handicapées sur le marché libre du travail.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'autorisation concernant le stage et le retrait de cette autorisation conformément à l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés.



§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le plafond des frais remboursables conformément à l'article 7, § 2, alinéa 3, du même arrêté.

§ 6 - Le même chef de département est habilité à conclure un contrat de stage avec le stagiaire, le fournisseur de stage et l'Office de l'emploi conformément à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de stage conformément à l'article 37, § 2 et 3, du même décret.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension du contrat de stage conformément à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la résiliation anticipée sans préavis du contrat de stage conformément aux articles 5, 7 et 8, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 9 - Le même chef de département est habilité à adresser un avertissement au stagiaire qui ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions et à le mettre en demeure, conformément à l'article 15 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le retrait de l'admission en stage, conformément à l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

#### **Art. 56. Département Prestations propres - Aides**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Prestations propres pour statuer sur l'octroi de subsides et le remboursement des frais, en application de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés ainsi que de l'arrêté ministériel du 27 décembre 1967 fixant les critères d'octroi des interventions d'aide sociale en matière de reclassement social des handicapés.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la conclusion d'accords avec des fournisseurs d'aides à la mobilité, en exécution de l'article 9 de l'arrêté du Gouvernement du 20 juin 2017 relatif aux aides à la mobilité.

§ 3 - Le même chef de département est habilité à signer les décisions de l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée prises en application de l'article 14, de l'article 24, § 4, de l'article 25, de l'article 29.3, § 4, et de l'article 35 du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi de subsides en application des articles 18 et 28 du même arrêté.

#### **Art. 57. Département Prestations propres - Logement et vie quotidienne**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Prestations propres pour statuer sur la conclusion du contrat d'encadrement entre la ressource en logements, l'utilisateur et le service de ressources en logements en application de l'article 4, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour fixer les mesures de sécurité prévues à l'article 5, § 2, 9<sup>o</sup>, du même arrêté.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la résiliation sans préavis des contrats d'encadrement conformément à l'article 5, § 3, du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'approbation des jours de congé en application de l'article 8, § 4, du même arrêté.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour fixer les conditions de remboursement des frais sanitaires encourus par l'utilisateur conformément à l'article 13 du même arrêté.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la participation personnelle à fixer dans son domaine de compétence en application de l'arrêté du Gouvernement du 17 décembre 2009 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour personnes handicapées.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer, en application de l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires, sur les conventions de prestations concernant les logements d'apprentissage à l'autonomie conclues avec des prestataires agréés en application de l'arrêté du Gouvernement du 23 décembre 2021 relatif à l'agrément de prestataires par l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

#### **Art. 58. Département Orientation**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Orientation pour statuer sur les aides financières et/ou subsides pour des mesures individuelles d'aide et d'adaptation en application de l'article 8 du décret du 13 décembre 2016 relatif aux mesures en matière de vie autodéterminée.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le classement dans les catégories de rendement en exécution de l'article 5 de l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges sociales supportées par les ateliers protégés.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi d'un subside trimestriel et d'une avance trimestrielle ou mensuelle en application de l'article 16 du même arrêté ministériel.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le montant de l'intervention financière dans la rémunération et les charges sociales accordée à l'employeur conformément à l'article 2 de l'arrêté du Gouvernement du 26 avril 1994 promouvant l'occupation de personnes handicapées sur le marché libre du travail.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les approbations conformément à l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 3 janvier 1997 relatif à l'organisation de sections de formation dans les ateliers protégés.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'ancienneté de service subsidiable, la dérogation à l'ancienneté de service ainsi que sur le traitement, en application de l'arrêté du 22 juin 2001 fixant les bases de calcul en ce qui concerne la subsidiation des frais de personnel dans les secteurs des affaires sociales et de la santé.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour déterminer la catégorie d'accompagnement en exécution de l'article 6 de l'arrêté du Gouvernement du 13 juillet 2006 relatif au placement de personnes handicapées dans des ressources en logements.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la participation personnelle à fixer dans son domaine de compétence en application de l'arrêté du Gouvernement du 17 décembre 2009 fixant la participation personnelle dans les établissements et services de la Communauté germanophone pour personnes handicapées.

§ 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'autorisation du recours aux prestations, en application de l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires.

§ 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'attribution de la catégorie de soutien en application de l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 27 août 2020 relatif à l'utilisation du BelRAI screener lors de l'attribution de catégories de soutien.

§ 11 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur les demandes de constatation de handicaps chez des enfants conformément aux articles 6, 7, 9, 11 et 12 de l'arrêté du Gouvernement du 23 décembre 2021 relatif à la constatation de handicaps chez les enfants en vue de la liquidation du supplément pour enfants handicapés.

§ 12 - Le même chef de département est habilité à évaluer les besoins sur la base du BelRAI screener, en application de l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement du 15 décembre 2022 portant exécution du décret du 27 juin 2022 relatif à l'allocation de soins pour personnes âgées.

#### **Art. 59. Département Administration**

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Administration est désigné, dans le cadre de l'exécution de l'arrêté ministériel du 23 mars 1970 fixant les conditions d'octroi par le Fonds national de reclassement social des handicapés, d'une intervention dans la rémunération et les charges sociales supportées par les ateliers protégés, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses pour les avances conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, concernant les allocations de base 33.01, 33.02, 33.03 et 33.04 du programme 2 de la division organique 10.

§ 2 - Le même chef de département est désigné, dans le cadre de l'exécution de l'article 14 de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, concernant l'allocation de base 33.00 du programme 2 de la division organique 10.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'octroi et le remboursement des prêts pour le paiement remboursable des traitements, en exécution de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires.

En outre, le même chef de département est désigné, dans le cadre de l'exécution de l'arrêté du Gouvernement du 12 décembre 2019 relatif aux conventions de prestations conclues entre l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée et les prestataires, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques ainsi que la liquidation des dépenses pour les avances conformément à l'article 24, § 2 à 4, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateur délégué pour les dépenses prévues au budget des dépenses du service à gestion séparée Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, concernant l'allocation de base 82.00 du programme 2 de la division organique 10.

#### Sous-section 4. — Office de l'emploi

#### **Art. 60. Département Placement et conseil aux entreprises**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Placement et conseil aux entreprises pour statuer sur le caractère complet et recevable de la demande de mesures de formation pour les travailleurs occupés par les entreprises, conformément à l'article 14 de l'arrêté du Gouvernement du 13 février 2008 relatif aux aides à la formation accordées pour les travailleurs occupés par les entreprises.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, en application de l'article 16 du même arrêté, à procéder à l'ordonnancement relatif à la liquidation de l'avance ainsi qu'à l'ordonnancement relatif au paiement final après contrôle des pièces justificatives.

§ 3 - Le même chef de département est habilité à délivrer les attestations AktiF et AktiF PLUS mentionnées à l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission à une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi et pour statuer sur l'octroi d'une dispense de l'obligation de disponibilité des demandeurs d'emploi indemnisés pour le marché du travail ou sur l'octroi d'une prime et d'une indemnité de déplacement conformément à l'article 6 du même arrêté.

§ 5 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat de formation professionnelle avec chaque participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation conformément aux articles 5 et 8 du même arrêté, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de formation professionnelle conformément à l'article 10 du même arrêté.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une suspension du contrat et pour engager les démarches administratives qui en découlent en ce qui concerne les primes et indemnités de déplacement dues pendant la formation, conformément aux articles 12 et 37 du même arrêté.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef de département pour résilier un contrat sans préavis conformément aux articles 11, 12 et 13 ainsi qu'aux articles 37 et 44 du même arrêté.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat en raison d'un manque d'aptitudes conformément à l'article 14 ainsi qu'aux articles 37 et 44 du même arrêté.

§ 9 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant la formation, en ce compris la prime mentionnée à l'article 15, l'indemnité de déplacement mentionnée à l'article 16 et l'assurance mentionnée à l'article 21, et à signer tous les documents sociaux produits pendant la formation, conformément au chapitre 3, sections 1<sup>re</sup> à 3, du même arrêté.

§ 10 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer aux chômeurs complets indemnisés une dispense de l'obligation de disponibilité pour le marché du travail en ce qui concerne les types de formation professionnelle mentionnés au chapitre 4, section 2, conformément à l'article 22 du même arrêté.

§ 11 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission de demandeurs d'emploi inoccupés à une formation professionnelle individuelle en entreprise, conformément à l'article 36 du même arrêté.

§ 12 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat avec chaque demandeur d'emploi et l'employeur conformément à l'article 37 du même arrêté, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat conformément à l'article 39 du même arrêté.

§ 13 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat si l'employeur ne respecte pas les obligations qui lui incombent, conformément à l'article 37, alinéa 4, du même arrêté.

§ 14 - Le même chef de département est habilité à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant la formation et à signer tous les documents sociaux produits pendant la formation et à l'issue de celle-ci, conformément à l'article 38 du même arrêté.

§ 15 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission de demandeurs d'emploi inoccupés à un stage de transition, conformément à l'article 42 du même arrêté.

§ 16 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat avec chaque stagiaire et le fournisseur de stage, et ce faisant, à fixer notamment la durée du contrat, conformément à l'article 44 du même arrêté.

§ 17 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat si le fournisseur de stage ne respecte pas les obligations qui lui incombent, conformément à l'article 44, alinéa 4, du même arrêté.

§ 18 - Le même chef de département est habilité à fixer l'indemnité mensuelle à charge du fournisseur de stage, conformément à l'article 44, alinéa 2, 7<sup>o</sup>, du même arrêté.

§ 19 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à effectuer les contrôles relatifs au respect des normes qualitatives et quantitatives dans le cadre des projets ou des mesures, conformément à l'article 48 du même arrêté.

§ 20 - Le même chef de département est habilité à adresser des avertissements, conformément à l'article 49 du même arrêté.

§ 21 - Délégation est donnée au même chef de département pour retirer l'admission à la formation professionnelle, à la formation professionnelle individuelle en entreprise et au stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé qui ne se conforme pas à la mise en demeure mentionnée à l'article 49 ou aux obligations du contrat de formation professionnelle, conformément à l'article 50 du même arrêté.

§ 22 - Le même chef de département est habilité à faire procéder à l'ouverture d'un dossier d'accompagnement électronique pour le demandeur d'emploi, conformément à l'article 14 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, et à lui attribuer un conseiller référent conformément à l'article 15 du même décret.

§ 23 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension du placement axé sur les besoins pour le demandeur d'emploi, conformément à l'article 16, § 4, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 24 - Le même chef de département est habilité à conclure un contrat de stage avec le stagiaire, le fournisseur de stage et, le cas échéant, le service de placement agréé conformément à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de stage conformément à l'article 37, § 2 et 3, du même décret.

§ 25 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension du contrat de stage conformément à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 26 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la résiliation anticipée sans préavis du contrat de stage conformément aux articles 5, 7 et 8, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 27 - Le même chef de département est habilité à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant le stage et à signer tous les documents sociaux produits en lien avec le stage, conformément aux articles 10 et 11 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ainsi qu'en vertu de l'article 44 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 28 - Le même chef de département est habilité à procéder à la documentation et à l'établissement du bilan des efforts de recherche fournis par les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage, conformément à l'article 46 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 29 - Le même chef de département est habilité à adresser un avertissement au stagiaire qui ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions et à le mettre en demeure, conformément à l'article 15 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 30 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le retrait de l'admission en stage ainsi que de l'octroi de l'indemnité de stage et de l'indemnité de déplacement, conformément à l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 31 - Le même chef de département est habilité à signer l'attestation TCS PL63 mentionnée à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés.

§ 32 - Le même chef de département est habilité à établir et à signer les contrats de travail ALE, à approuver l'activité sollicitée par l'utilisateur, à délivrer les formulaires de prestations ALE4 et ALEbis, à vendre des heures ALE à l'utilisateur ainsi qu'à payer les heures ALE prestées par les travailleurs ALE à partir du crédit d'heures de l'utilisateur ALE, conformément à l'article 79 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Le même chef de département est habilité à établir, signer et transmettre les déclarations d'accident du travail de travailleurs ALE ainsi qu'à communiquer, dans le cadre de l'assurance responsabilité civile, les sinistres causés à l'utilisateur au cours de l'exercice de l'activité d'un travailleur ALE.

§ 33 - Délégation est donnée au même chef de département pour mettre en place une cellule pour l'emploi de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone conformément aux dispositions de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations ainsi que pour exécuter les compétences transférées à l'Office de l'emploi en application de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations, notamment en ce qui concerne la représentation au sein d'une cellule pour l'emploi interne à l'entreprise. La délégation comprend l'approbation et la signature de l'accord instituant la cellule pour l'emploi, la direction et la gestion de la cellule pour l'emploi ainsi que la communication et la transmission à l'Office national de l'emploi des données liées à l'inscription des travailleurs concernés par la restructuration dans la cellule pour l'emploi.

#### **Art. 61. Département Placement et insertion socioprofessionnelle**

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Placement et conseil aux entreprises est habilité à délivrer les attestations AktiF et AktiF PLUS mentionnées à l'article 4 de l'arrêté du Gouvernement du 28 septembre 2018 portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission à une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi et pour statuer sur l'octroi d'une dispense de l'obligation de disponibilité des demandeurs d'emploi indemnisés pour le marché du travail ou sur l'octroi d'une prime et d'une indemnité de déplacement conformément à l'article 6 du même arrêté.

§ 3 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat de formation professionnelle avec chaque participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation conformément aux articles 5 et 8 du même arrêté, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de formation professionnelle conformément à l'article 10 du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur une suspension du contrat et pour engager les démarches administratives qui en découlent en ce qui concerne les primes et indemnités de déplacement dues pendant la formation, conformément aux articles 12 et 37 du même arrêté.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef de département pour résilier un contrat sans préavis conformément aux articles 11, 12 et 13 ainsi qu'aux articles 37 et 44 du même arrêté.

§ 6 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat en raison d'un manque d'aptitudes conformément à l'article 14 ainsi qu'aux articles 37 et 44 du même arrêté.

§ 7 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant la formation, en ce compris la prime mentionnée à l'article 15, l'indemnité de déplacement mentionnée à l'article 16 et l'assurance mentionnée à l'article 21, et à signer tous les documents sociaux produits pendant la formation, conformément au chapitre 3, sections 1<sup>re</sup> à 3, du même arrêté.

§ 8 - Délégation est donnée au même chef de département pour octroyer aux chômeurs complets indemnisés une dispense de l'obligation de disponibilité pour le marché du travail en ce qui concerne les types de formation professionnelle mentionnés au chapitre 4, section 2, conformément à l'article 22 du même arrêté.

§ 9 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission de demandeurs d'emploi inoccupés à une formation professionnelle individuelle en entreprise, conformément à l'article 36 du même arrêté.

§ 10 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat avec chaque demandeur d'emploi et l'employeur conformément à l'article 37 du même arrêté, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat conformément à l'article 39 du même arrêté.

§ 11 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat si l'employeur ne respecte pas les obligations qui lui incombent, conformément à l'article 37, alinéa 4, du même arrêté.

§ 12 - Le même chef de département est habilité à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant la formation et à signer tous les documents sociaux produits pendant la formation et à l'issue de celle-ci, conformément à l'article 38 du même arrêté.

§ 13 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur l'admission de demandeurs d'emploi inoccupés à un stage de transition, conformément à l'article 42 du même arrêté.

§ 14 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à conclure de manière individuelle un contrat avec chaque stagiaire et le fournisseur de stage, et ce faisant, à fixer notamment la durée du contrat, conformément à l'article 44 du même arrêté.

§ 15 - Délégation est donnée au même chef de département, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, pour résilier de manière anticipée un contrat si le fournisseur de stage ne respecte pas les obligations qui lui incombent, conformément à l'article 44, alinéa 4, du même arrêté.



§ 16 - Le même chef de département est habilité à fixer l'indemnité mensuelle à charge du fournisseur de stage, conformément à l'article 44, alinéa 2, 7<sup>o</sup>, du même arrêté.

§ 17 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à effectuer les contrôles relatifs au respect des normes qualitatives et quantitatives dans le cadre des projets ou des mesures, conformément à l'article 48 du même arrêté.

§ 18 - Le même chef de département est habilité à adresser des avertissements, conformément à l'article 49 du même arrêté.

§ 19 - Délégation est donnée au même chef de département pour retirer l'admission à la formation professionnelle, à la formation professionnelle individuelle en entreprise et au stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé qui ne se conforme pas à la mise en demeure mentionnée à l'article 49 ou aux obligations du contrat de formation professionnelle, conformément à l'article 50 du même arrêté.

§ 20 - Le même chef de département est habilité à faire procéder à l'ouverture d'un dossier d'accompagnement électronique pour le demandeur d'emploi, conformément à l'article 14 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, et à lui attribuer un conseiller référent conformément à l'article 15 du même décret.

§ 21 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension du placement axé sur les besoins pour le demandeur d'emploi, conformément à l'article 16, § 4, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 22 - Le même chef de département est habilité à conclure un contrat de stage avec le stagiaire, le fournisseur de stage et, le cas échéant, le service de placement agréé conformément à l'article 37, § 1<sup>er</sup>, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de stage conformément à l'article 37, § 2 et 3, du même décret.

§ 23 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la suspension du contrat de stage conformément à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 24 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur la résiliation anticipée sans préavis du contrat de stage conformément aux articles 5, 7 et 8, de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 25 - Le même chef de département est habilité à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant le stage et à signer tous les documents sociaux produits en lien avec le stage, conformément aux articles 10 et 11 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins ainsi qu'en vertu de l'article 44 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 26 - Le même chef de département est habilité à procéder à la documentation et à l'établissement du bilan des efforts de recherche fournis par les demandeurs et bénéficiaires de prestations de chômage, conformément à l'article 46 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 27 - Le même chef de département est habilité à adresser un avertissement au stagiaire qui ne respecte pas une ou plusieurs obligations ou conditions et à le mettre en demeure, conformément à l'article 15 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 28 - Délégation est donnée au même chef de département pour statuer sur le retrait de l'admission en stage ainsi que de l'octroi de l'indemnité de stage et de l'indemnité de déplacement, conformément à l'article 16 de l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2023 relatif au placement en stage en exécution du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

§ 29 - Le même chef de département est habilité à signer l'attestation TCS PL63 mentionnée à l'article 5 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 11 mai 1995 relatif à l'engagement d'agents contractuels subventionnés auprès de certains pouvoirs publics et employeurs y assimilés.

§ 30 - Le même chef de département est habilité à établir et à signer les contrats de travail ALE, à approuver l'activité sollicitée par l'utilisateur, à délivrer les formulaires de prestations ALE4 et ALEbis, à vendre des heures ALE à l'utilisateur ainsi qu'à payer les heures ALE prestées par les travailleurs ALE à partir du crédit d'heures de l'utilisateur ALE, conformément à l'article 79 de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

Le même chef de département est habilité à établir, signer et transmettre les déclarations d'accident du travail de travailleurs ALE ainsi qu'à communiquer, dans le cadre de l'assurance responsabilité civile, les sinistres causés à l'utilisateur au cours de l'exercice de l'activité d'un travailleur ALE.

§ 31 - Délégation est donnée au même chef de département pour mettre en place une cellule pour l'emploi de l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone conformément aux dispositions de la loi du 23 décembre 2005 relative au pacte de solidarité entre les générations ainsi que pour exécuter les compétences transférées à l'Office de l'emploi en application de l'arrêté royal du 9 mars 2006 relatif à la gestion active des restructurations, notamment en ce qui concerne la représentation au sein d'une cellule pour l'emploi interne à l'entreprise. La délégation comprend l'approbation et la signature de l'accord instituant la cellule pour l'emploi, la direction et la gestion de la cellule pour l'emploi ainsi que la communication et la transmission à l'Office national de l'emploi des données liées à l'inscription des travailleurs concernés par la restructuration dans la cellule pour l'emploi.

#### **Art. 62.** Département Choix d'une profession et formation professionnelle

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef de département compétent pour le département Choix d'une profession et formation professionnelle pour agréer des formations professionnelles conformément à l'article 3 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi.

§ 2 - Le même chef de département est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève du même département, à effectuer les contrôles relatifs au respect des normes qualitatives et quantitatives dans le cadre des projets ou des mesures, conformément à l'article 48 du même arrêté.

§ 3 - Le même chef de département est habilité à adresser des avertissements, conformément à l'article 49 du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef de département pour retirer l'admission à la formation professionnelle, à la formation professionnelle individuelle en entreprise et au stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé qui ne se conforme pas à la mise en demeure mentionnée à l'article 49 ou aux obligations du contrat de formation professionnelle, conformément à l'article 50 du même arrêté.

#### **Art. 63.** Département Centre de services à la clientèle

§ 1<sup>er</sup> - Le chef de département compétent pour le département Centre de services à la clientèle est habilité à faire procéder aux inscriptions, désinscriptions et réinscriptions au registre des demandeurs d'emploi, conformément aux articles 5 et 7 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins et aux dispositions de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

§ 2 - Le même chef de département est habilité à coordonner le programme de formation pour les conseillers référents de tous les services de placement, conformément à l'article 15, § 5, du même décret.

### CHAPITRE 6. — Délégations données aux chefs d'unité

#### Section 1<sup>re</sup>. — Délégations générales

#### **Art. 64.** Délégation de la compétence générale d'ordonnancement

Si une ou plusieurs unités sont affectées à un département, la délégation de la compétence générale d'ordonnancement visée à l'article 27 est exercée comme suit au sein de l'unité concernée, par dérogation à l'article mentionné :

1° en ce qui concerne les engagements budgétaires, le chef d'unité compétent est désigné comme l'ordonnateur délégué pour les allocations de base du budget affectées à son unité;

2° en ce qui concerne la liquidation des dépenses, le chef de département compétent est désigné comme l'ordonnateur délégué pour les allocations de base du budget affectées à son département.

#### **Art. 65.** Dépenses courantes dans les unités

Sans préjudice du chapitre 2, les chefs d'unité compétents sont désignés, en ce qui concerne les engagements budgétaires et juridiques conformément à l'article 24, § 2 et 3, du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, comme ordonnateurs délégués pour les dépenses prévues au budget des dépenses de la Communauté germanophone, concernant les allocations de base 12 et 74 et ne dépassant pas 10 000 euros.

Cette délégation vaut aussi expressément pour les actes juridiques prévus dans le cadre de la législation en matière de marchés publics.

#### Section 2. — Délégations spéciales

##### Sous-section 1<sup>re</sup>. — Ministère

#### **Art. 66.** Unité Famille

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Famille pour statuer sur les dérogations en matière de diplôme prévues aux articles 62, § 3, 88, § 5 et 7, 101, alinéa 2, 110, § 2, 153 et 180, § 1<sup>er</sup>, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur l'octroi d'un subside supplémentaire pour l'accueil d'enfants handicapés ou nécessitant des soins particuliers, tel que prévu aux articles 73, § 2, 93, § 1<sup>er</sup>, et 117 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 31 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur une dérogation à la limite d'âge pour les personnes actives dans l'accueil d'enfants, telle que prévue à l'article 178, § 3, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants et à l'article 8, § 2 et 3, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur une dérogation au nombre maximal de jours de garde dans les haltes-garderies, telle que prévue à l'article 177, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants.

#### **Art. 67.** Unité Santé

Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Santé pour statuer, dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement du 19 décembre 2019 réglant de manière transitoire la procédure à suivre pour obtenir une autorisation préalable ou un accord aux fins de prise en charge des frais ou de participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger, sur les demandes suivantes, à l'exception des possibilités de recours prévues dans cet arrêté, à savoir :

1° sur les demandes d'obtention d'une autorisation préalable aux fins d'une prise en charge des frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

2° sur les demandes de prolongation de la revalidation *long term care* préalablement autorisée conformément au 1°;

3° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour une revalidation *long term care* à l'étranger;

4° sur les demandes d'obtention d'un accord aux fins d'une participation aux frais engagés pour des soins exceptionnels à l'étranger;

5° sur les demandes d'obtention d'une participation aux frais de déplacement.

**Art. 68. Unité Patrimoine culturel**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Patrimoine culturel pour statuer sur le caractère complet des demandes de permis de patrimoine en exécution de l'article 13, § 3, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et paysages culturels historiques, ainsi qu'aux fouilles.

§ 2 - Le même chef d'unité est habilité à représenter le Ministre compétent en matière de Protection des monuments lors de la réunion de projet mentionnée à l'article D.IV.31 du Code du développement territorial.

§ 3 - Le même chef d'unité est habilité à émettre les invitations à la réunion de projet mentionnée à l'article D.IV.31.1 du Code du développement territorial et à rédiger le procès-verbal de ladite réunion.

**Art. 69. Unité Personnes âgées**

Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Personnes âgées pour statuer sur une demande d'autorisation exceptionnelle introduite aux fins du recours à un centre de repos et de soins pour personnes âgées par des personnes dépendantes, en application de l'article 24 du décret du 13 décembre 2018 concernant les offres pour personnes âgées ou dépendantes ainsi que les soins palliatifs.

**Art. 70. Unité Affaires sociales**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Affaires sociales pour statuer sur l'octroi du prêt mentionné à l'article 2.1 de l'arrêté du Gouvernement du 4 août 2005 relatif au Fonds pour l'apurement de dettes.

§ 2 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur les approbations exceptionnelles quant à la modification des données aux fins de l'agrément des cours de langue prévues aux articles 5, § 6, alinéa 3, 13, § 6, alinéa 3, et 20, § 5, alinéa 5, de l'arrêté du Gouvernement du 4 octobre 2018 portant exécution du décret du 11 décembre 2017 relatif à l'intégration et au vivre ensemble dans la diversité.

**Art. 71. Unité Promotion de la formation continue, formation des adultes et classes moyennes**

Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Promotion de la formation continue, formation des adultes et classes moyennes pour statuer sur l'octroi d'une allocation d'études dans le cadre du décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études.

Sous-section 2. — Office de l'emploi

**Art. 72. Unité Service Formation professionnelle**

§ 1<sup>er</sup> - Délégation est donnée au chef d'unité compétent pour l'unité Service Formation professionnelle pour statuer sur l'admission à une formation professionnelle conformément aux articles 4 et 7 de l'arrêté du Gouvernement du 13 décembre 2018 relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi et pour statuer sur l'octroi d'une dispense de l'obligation de disponibilité des demandeurs d'emploi indemnisés pour le marché du travail ou sur l'octroi d'une prime et d'une indemnité de déplacement conformément à l'article 6 du même arrêté.

§ 2 - Le même chef d'unité est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève de la même unité, à conclure de manière individuelle un contrat de formation professionnelle avec chaque participant et, le cas échéant, l'opérateur de formation conformément aux articles 5 et 8 du même arrêté, et ce faisant, à fixer notamment la durée ainsi qu'une éventuelle prolongation du contrat de formation professionnelle conformément à l'article 10 du même arrêté.

§ 3 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour statuer sur une suspension du contrat et pour engager les démarches administratives qui en découlent en ce qui concerne les primes et indemnités de déplacement dues pendant la formation, conformément à l'article 12 du même arrêté.

§ 4 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour résilier un contrat de formation professionnelle sans préavis conformément aux articles 11, 12 et 13 du même arrêté.

§ 5 - Délégation est donnée au même chef d'unité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève de la même unité, pour résilier de manière anticipée un contrat de formation professionnelle en raison d'un manque d'aptitudes conformément à l'article 14 du même arrêté.

§ 6 - Le même chef d'unité est habilité, en ce qui concerne les projets ou mesures dont la gestion relève de la même unité, à approuver toutes les dettes et créances liées au participant et nées pendant la formation, en ce compris la prime mentionnée à l'article 15, l'indemnité de déplacement mentionnée à l'article 16 et l'assurance mentionnée à l'article 21, et à signer tous les documents sociaux produits pendant la formation, conformément au chapitre 3, sections 1<sup>re</sup> à 3, du même arrêté.

§ 7 - Délégation est donnée au même chef d'unité pour octroyer aux chômeurs complets indemnisés une dispense de l'obligation de disponibilité pour le marché du travail en ce qui concerne les types de formation professionnelle mentionnés au chapitre 4, section 2, conformément à l'article 22 du même arrêté.

§ 8 - Le même chef d'unité est habilité à délivrer le certificat de participation mentionné à l'article 41, alinéa 4, du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins.

**Art. 73. Unité Service Contrôle**

Le chef d'unité compétent pour l'unité Service Contrôle est habilité à effectuer le contrôle des efforts de recherche fournis par les demandeurs d'emploi dont l'inscription est obligatoire et à décider, le cas échéant, des sanctions y afférentes ainsi qu'à signer tous les formulaires, convocations, documents et décisions nécessaires à cet égard, conformément à l'article 47 du décret du 22 mai 2023 relatif au placement axé sur les besoins et aux dispositions de l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage.

CHAPITRE 7. — Dispositions finales

**Art. 74. Disposition abrogatoire**

L'arrêté du Gouvernement du 19 juillet 2012 portant délégation de certains pouvoirs à des membres du personnel du Ministère de la Communauté germanophone, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 7 septembre 2023, est abrogé, à l'exception des articles 39, 40, 44.1 et 44.2.

**Art. 75.** Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1<sup>er</sup> janvier 2024.

**Art. 76.** Exécution

Les Ministres sont, chacun en ce qui le concerne, chargés de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 21 décembre 2023.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances,

O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,

Ministre de la Santé et des Affaires sociales,

de l'Aménagement du territoire et du Logement,

A. ANTONIADIS

La Ministre de la Culture et des Sports,

de l'Emploi et des Médias,

I. WEYKMANS

La Ministre de l'Éducation

et de la Recherche scientifique,

L. KLINKENBERG

VERTALING

**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

[2024/202945]

**21 DECEMBER 2023. — Besluit van de Regering houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 69, gewijzigd bij de bijzondere wet van 16 juli 1993;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 51, gewijzigd bij de wetten van 16 juli 1993 en 6 januari 2014;

Gelet op het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 15 december 2023;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel, Begroting en Financiën;

Na beraadslaging,

Besluit :

**HOOFDSTUK 1. — Algemene bepalingen****Artikel 1.** Toepassingsgebied

De bepalingen van dit besluit zijn van toepassing op de betrokken personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, met inbegrip van de volgende diensten met afzonderlijk beheer:

1° het mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap;

2° de gemeenschapscentra;

3° de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

4° de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 2.** Verwijzingen naar personen

De verwijzingen naar personen in dit besluit gelden voor alle geslachten.

**Art. 3.** Maximumbedragen

De in dit besluit vastgelegde maximumbedragen dekken de volledige uitgave, exclusief btw.

**Art. 4.** Draagwijdte van de delegaties

De statutaire hiërarchische meerderen van een gemachtigd personeelslid kunnen de gedelegeerde bevoegdheden zelf uitoefenen, maar kunnen hun beslissing niet in de plaats stellen van een beslissing die het gemachtigde personeelslid heeft genomen en die aan de betrokkene is meegedeeld.

Behoudens specifieke bepalingen hebben de delegaties die aan de secretaris-generaal worden verleend betrekking op alle aangelegenheden die onder het Ministerie ressorteren. De delegatie van bevoegdheden geschiedt onverminderd de algemene beslissingsbevoegdheid van de secretaris-generaal overeenkomstig artikel 10, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

**Art. 5.** Afwezigheid of verhindering van het gemachtigde personeelslid

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van een plaatsvervanger van de secretaris-generaal en de bevoegdheden van een bestuursdirecteur of een directeur bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de directieraad.



Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van het hoofd van een dienst met afzonderlijk beheer - die niet onder de toepassing van het eerste lid valt - bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de voor Personeel en Organisatie bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal.

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van een departementshoofd bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door een personeelslid dat wordt aangewezen door de voor Personeel en Organisatie bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal.

Tenzij anders bepaald worden de bevoegdheden van het hoofd van een administratieve eenheid bij diens afwezigheid of verhindering uitgeoefend door het departementshoofd aan wie het is toegewezen.

#### **Art. 6. Certificering van kopieën**

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de directeurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde hoofden van een administratieve eenheid worden gemachtigd om kopieën eensluidend te verklaren.

#### **Art. 7. Attesten**

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de directeurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde hoofden van een administratieve eenheid worden gemachtigd om attesten te ondertekenen die betrekking hebben op schriftelijk vastgelegde feiten.

#### **Art. 8. Delegatie van ondertekeningsbevoegdheid**

In het kader van de uitvoering van ministeriële beslissingen kunnen de secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de directeurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde hoofden van een administratieve eenheid namens de bevoegde minister, en op basis van diens instructies, mededelingen ondertekenen die aan de betrokkenen worden gericht.

#### **Art. 9. Afwezigheid van personeelsleden**

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de directeurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde hoofden van een administratieve eenheid worden gemachtigd om, ten aanzien van medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren, te beslissen over alle soorten van afwezigheden die geen invloed hebben op de bezoldigingsregeling, het administratief statuut of de arbeidsverhouding van het betrokken personeelslid, met inbegrip van de toekenning van jaarlijkse vakantiedagen, buitengewone arbeidstijden en overuren.

#### **Art. 10. Verblijven in het buitenland**

De secretaris-generaal, de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs, de directeurs, de hoofden van de diensten met afzonderlijk beheer, de bevoegde departementshoofden en de bevoegde hoofden van een administratieve eenheid worden gemachtigd om, ten aanzien van medewerkers die rechtstreeks onder hen ressorteren, te beslissen over de goedkeuring van verblijven met overnachting in het buitenland.

#### *HOOFDSTUK 2. — Bevoegdheden gedelegeerd aan de secretaris-generaal*

#### **Art. 11. Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid**

Wat de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor alle begrotingsallocaties van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap.

#### **Art. 12. Betalingsopdrachten**

Wat de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 en 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor alle uitgaven die uitgevoerd worden door de ordonnateur, de gedelegeerde ordonnateurs of de gesubdelegeerde ordonnateurs, de diensten met afzonderlijk beheer inbegrepen.

#### **Art. 13. Dotaties die in de uitgavenbegroting bij naam genoemd worden**

Wat de vastleggingen van de uitgaven, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor alle dotaties aan de diensten met afzonderlijk beheer en de instellingen van openbaar nut die in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bij naam genoemd worden.

#### **Art. 14. Werkingskosten van het Ministerie, lopende uitgaven en toekenning van subsidies**

§ 1 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerde ordonnateur:

1° voor alle uitgaven in het kader van organisatieafdeling 20 van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap;

2° voor alle uitgaven in het kader van organisatieafdeling 70, programma's 01, 02, 03 en 26, van de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap;

3° voor alle andere uitgaven bepaald in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap voor de begrotingsallocaties 12 en 74 tot 30.000 euro;

4° voor de toekenning van subsidies tot 10.000 euro, voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat;

5° in afwijking van het maximumbedrag vermeld in 3°, voor alle uitgaven bepaald in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer Gemeenschapscentra tot een maximumbedrag dat overeenstemt met het bedrag vermeld in artikel 11, eerste lid, 2°, van het koninklijk besluit van 18 april 2017 plaatsing overheidsopdrachten in de klassieke sectoren.

De delegatie vermeld in het eerste lid geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

§ 2 - De Regering wijst een of meer inkopers van het Ministerie aan als gesubdelegeerd ordonnateur.

De inkomer of inkopers van het Ministerie worden gemachtigd voor de vastleggingen en juridische verbintenissen overeenkomstig artikel 24, § 2 en 3, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap voor de in paragraaf 1 vermelde begrotingsallocaties tot 500 euro.

**Art. 15.** Subdelegatie van beslissingsbevoegdheden inzake personeel

De secretaris-generaal wordt gemachtigd om, op de volgende gebieden, beslissingsbevoegdheden te delegeren aan het departementshoofd dat bevoegd is voor het departement Personeel en Organisatie van het Ministerie:

1° overeenkomstig artikel 136.2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren beslissen over verzoeken om de arbeidstijd naar aanleiding van een ouderschapsverlof aan te passen;

2° overeenkomstig artikel 137, derde lid, van hetzelfde besluit beslissen over verzoeken om verminderde prestaties te verrichten;

3° beslissen over stages in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die in overeenstemming zijn met de geldende wetgeving en de desbetreffende overeenkomsten ondertekenen.

HOOFDSTUK 3. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de leden van de directieraad*

*Afdeling 1. — Algemene delegaties*

**Art. 16.** Toepassingsgebied

De bepalingen van deze afdeling zijn van toepassing op de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, op de bestuursdirecteurs en op de directeurs.

**Art. 17.** Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid

§ 1 - Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde plaatsvervangers van de secretaris-generaal, bestuursdirecteurs en directeurs aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de begrotingsallocaties die zijn toegekend aan de departementen die worden geleid door een departementshoofd dat onder hen ressorteert.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 zijn op de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, op de bestuursdirecteurs en op de directeurs die een dienst met afzonderlijk beheer leiden, alleen de bepalingen van deze paragraaf van toepassing.

Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde plaatsvervangers van de secretaris-generaal, bestuursdirecteurs en directeurs aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitgavenbegroting van de betrokken dienst met afzonderlijk beheer.

**Art. 18.** Lopende uitgaven in de bevoegdheidsdomeinen van de leden van de directieraad

§ 1 - Onverminderd hoofdstuk 2 en wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, worden de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs en de directeurs in het kader van hun bevoegdheidsdomeinen aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 12 van het programma 00 van de organisatieafdeling 20 en voor de begrotingsallocaties 74 van de programma's 01 en 26 van de organisatieafdeling 70, en dit tot 30.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

§ 2 - In afwijking van paragraaf 1 zijn op de plaatsvervangers van de secretaris-generaal, op de bestuursdirecteurs en op de directeurs die een dienst met afzonderlijk beheer leiden, alleen de bepalingen van deze paragraaf van toepassing.

Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs en de directeurs aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot alle uitgaven tot 30.000 euro die in de uitgavenbegroting van de betrokken dienst met afzonderlijk beheer zijn bepaald.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

**Art. 19.** Toekenning van subsidies

Voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat, worden de bevoegde plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs en de directeurs aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, juridische verbintenissen en betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het financieel reglement met betrekking tot de toekenning van subsidies tot 10.000 euro.

**Art. 20.** Delegaties inzake personeel

De plaatsvervangers van de secretaris-generaal, de bestuursdirecteurs en de directeurs worden, ten aanzien van de onder hun gezag staande medewerkers, gemachtigd om beslissingen te nemen op het gebied van de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal:

1° het advies omtrent een stagiair in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 28 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

2° de verslagen en het eindverslag over de stagiair in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 29 van hetzelfde besluit;

3° de onder hun gezag staande ambtenaar evalueren overeenkomstig artikel 39, § 2, en artikel 41, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit;

- 4° het verslag bedoeld in artikel 41, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit opmaken over de onder hun gezag staande ambtenaren;
- 5° de schriftelijke aanvragen voor bepaalde verloven in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 117, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 6° een beslissing nemen over diezelfde aanvragen overeenkomstig artikel 117, derde lid, van hetzelfde besluit;
- 7° overeenkomstig artikel 120 van hetzelfde besluit de aanvragen voor verlof voor persoonlijke aangelegenheden in ontvangst nemen, beslissen of dit verlof al dan niet wordt toegekend en die beslissingen in voorkomend geval met redenen omkleden;
- 8° overeenkomstig artikel 126, tweede lid, van hetzelfde besluit toestemming geven om meer dan tien vakantiedagen naar het volgende kalenderjaar over te hevelen;
- 9° toestemming geven om meer dan de maximale waarde aan overuren over te hevelen naar de volgende berekeningsperiode van de arbeidstijd;
- 10° opleidingen en voortgezette opleidingen opleggen overeenkomstig artikel 158 van hetzelfde besluit;
- 11° opleidingsverlof toekennen en de aanvragen voor opleidingsverlof in ontvangst nemen overeenkomstig artikel 168 van hetzelfde besluit;
- 12° de mededeling in ontvangst nemen dat ambtenaren een opleiding voortijdig hebben stopgezet of hun lessen in het afstandsonderwijs niet binnen de voorgeschreven termijnen terugsturen en kunnen nagaan of de opleidingen wel gevolgd worden overeenkomstig artikel 169, § 3 en 5, van hetzelfde besluit;
- 13° het opleidingsverlof schorsen overeenkomstig artikel 171, eerste lid, van hetzelfde besluit;
- 14° een overeenkomst over structureel telewerk sluiten, de aanvraag voor structureel telewerk in ontvangst nemen en onderzoeken overeenkomstig artikel 191.2 van hetzelfde besluit;
- 15° de voortijdige beëindiging van een overeenkomst over structureel telewerk overeenkomstig artikel 191.5, § 4, van hetzelfde besluit bewerkstelligen of in ontvangst nemen.

*Afdeling 2. — Bijzondere delegaties*

**Art. 21.** Bevoegdheid inzake personeel en organisatie

Onverminderd artikel 20 wordt de voor Personeel en Organisatie bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal gemachtigd om beslissingen te nemen op het gebied van de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal:

- 1° de vacantverklaring van betrekkingen, de toelatingen tot de stage en de benoemingen in de niveaus III en IV overeenkomstig artikel 9 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;
- 2° overeenkomstig artikel 11.3 van hetzelfde besluit het voorstel tot vorming van een administratieve eenheid in ontvangst nemen, het voorstel bij de directieraad indienen en de medewerkers toewijzen aan een eenheidshoofd;
- 3° overeenkomstig artikel 11.4 van hetzelfde besluit bekendmaken wie de directieraad als onmiddellijke hiërarchische meerderen heeft aangewezen;
- 4° de programma's van de vergelijkende wervingsexamens vaststellen overeenkomstig artikel 14, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 5° beslissen om een wervingsreserve aan te leggen en de geldigheidsduur ervan bepalen overeenkomstig artikel 14, derde lid, van hetzelfde besluit;
- 6° bijzondere wervingsvoorwaarden opleggen overeenkomstig artikel 15, § 1, van hetzelfde besluit;
- 7° maatregelen nemen om stagiairs te integreren en stagiairs of ambtenaren op te leiden overeenkomstig artikel 24, eerste lid, van hetzelfde besluit;
- 8° de commissie van beroep voorzitten overeenkomstig artikel 32, eerste lid, van hetzelfde besluit;
- 9° de nadere vorm bepalen van het evaluatieverslag overeenkomstig artikel 38, § 2, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 10° de nadere vorm bepalen van het verslag overeenkomstig artikel 39, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 11° de programma's bepalen van de overgangsexamens overeenkomstig artikel 62, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 12° opdracht geven om buiten de voorgeschreven diensttijd ter beschikking te staan overeenkomstig artikel 87.1 van hetzelfde besluit;
- 13° een toelage toekennen aan personeelsleden die managements- of stafopdrachten vervullen overeenkomstig artikel 87.2, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit;
- 14° diezelfde toelage schrappen overeenkomstig artikel 87.3, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 15° de mededeling van bijkomende beroepsactiviteiten in de overheidssector ontvangen en voorstellen om die activiteiten te verbieden overeenkomstig artikel 89, § 2, van hetzelfde besluit;
- 16° de aanvraag m.b.t. de uitoefening van een bijkomende beroepsactiviteit in de privésector ter advies voorleggen overeenkomstig artikel 89, § 3, tweede lid, van hetzelfde besluit;
- 17° beslissen in welke dienst van het Ministerie de ambtenaar zijn activiteiten zal uitoefenen overeenkomstig artikel 91 van hetzelfde besluit;
- 18° behoudens andersluidende bepalingen, de verloven, dienstvrijstellingen en overige afwezigheden toekennen overeenkomstig artikel 104 van hetzelfde besluit;
- 19° de aanvragen van verlof wegens overmacht om dringende en onvoorziene familiale omstandigheden, alsook op grond van zware materiële schade aan eigendom in ontvangst nemen, onderzoeken of het daarbij om een geval van overmacht gaat en de desbetreffende beslissingen nemen overeenkomstig artikel 117.1 van hetzelfde besluit;
- 20° de beslissing van het departementshoofd over aanvragen om een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, in ontvangst nemen, uitspraak doen over ingestelde beroepen en de directieraad over de ingestelde beroepen informeren overeenkomstig artikel 160, eerste en derde lid, van hetzelfde besluit;

21° advies geven over de vraag of een ambtenaar met een uitzonderlijke opdracht wordt belast overeenkomstig artikel 172 van hetzelfde besluit;

22° overeenkomstig artikel 173, tweede lid, van hetzelfde besluit de mededeling in ontvangst nemen van ambtenaren die een opdracht bij een andere binnenlandse of internationale overheid willen uitoefenen;

23° afwijkingen toestaan betreffende de duur van de dienstvrijstelling voor een opdracht overeenkomstig artikel 174 van hetzelfde besluit;

24° overeenkomstig artikel 175, tweede lid, van hetzelfde besluit advies uitbrengen over aanvragen inzake dienstvrijstelling voor de uitoefening van een opdracht;

25° een tuchtstraf voor een departementshoofd voorstellen overeenkomstig artikel 201, eerste lid, van hetzelfde besluit;

26° overeenkomstig artikel 217, eerste lid, van hetzelfde besluit de aanvraag in ontvangst nemen van ambtenaren die om ontslag verzoeken;

27° de functie van opleidingsdirecteur en de mogelijkheid om een gemachtigde ambtenaar aan te wijzen overeenkomstig artikel 221 van hetzelfde besluit;

28° de samenstelling van de examencommissie overeenkomstig artikel 2, § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

29° de indienstnemingen in de weddeschalen van niveau IV en III overeenkomstig artikel 3, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit;

30° de inschaling in een weddeschaal bij indienstneming van deskundigen overeenkomstig artikel 9.3 van hetzelfde besluit.

Dezelfde plaatsvervanger van de secretaris-generaal wordt gemachtigd om de eed af te nemen vermeld in artikel 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

Dezelfde plaatsvervanger van de secretaris-generaal wordt gemachtigd om, in overeenstemming met de geldende wetgeving, te beslissen over studentenovereenkomsten en opleidingsovereenkomsten en die overeenkomsten te ondertekenen.

#### **Art. 22.** Bevoegdheid inzake kwaliteitsmanagement en gegevensbeveiliging

De voor kwaliteitsmanagement en gegevensbeveiliging bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal wordt gemachtigd om beslissingen te nemen op het gebied van de volgende bevoegdheden van de secretaris-generaal:

1° de uitoefening van de bevoegdheden van de verwerkingsverantwoordelijke in de zin van artikel 4, punt 7, van de verordening (EU) 2016/679 van het Europees Parlement en van de Raad van 27 april 2016 betreffende de bescherming van natuurlijke personen in verband met de verwerking van persoonsgegevens en betreffende het vrije verkeer van die gegevens en tot intrekking van de Richtlijn 95/46/EG (Algemene Verordening Gegevensbescherming);

2° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de aanvragen om openbaarheid van bestuursdocumenten overeenkomstig artikel 4, § 3, van het decreet van 16 oktober 1995 betreffende de openbaarheid van de bestuursdocumenten;

3° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de verzoeken om hergebruik van overheidsinformatie overeenkomstig artikel 15 van het decreet van 28 juni 2021 inzake open data en het hergebruik van overheidsinformatie;

4° het in ontvangst nemen van en het beslissen over de ontvankelijkheid van klachten en meldingen overeenkomstig hoofdstuk 2 en hoofdstuk 3 van het decreet van 21 februari 2022 tot vaststelling van verschillende instrumenten voor informatie- en klachtenbeheer in de Duitstalige Gemeenschap.

*HOOFDSTUK 4. — Bevoegdheden gedelegeerd aan de hoofden van bepaalde diensten met afzonderlijk beheer*

#### **Art. 23.** Mediacentrum

§ 1 - Onverminderd hoofdstuk 2 wordt het hoofd van de dienst met afzonderlijk beheer Mediacentrum van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer.

§ 2 - Onverminderd hoofdstuk 2 wordt hetzelfde hoofd aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de vastleggingen, de juridische verbintenissen, de betaalbaarstelling van de uitgaven en de betalingsopdrachten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 5, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot alle uitgaven tot 10.000 euro die in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer zijn bepaald.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

#### **Art. 24.** Gemeenschapscentra

Het hoofd van de dienst met afzonderlijk beheer "Gemeenschapscentra" wordt gemachtigd om, met inachtneming van de geldende wetgeving, arbeidsovereenkomsten te sluiten en te beëindigen waarvan de duur niet meer dan negen maanden bedraagt. De delegatie houdt niet in dat de delegatiehouder een dergelijke overeenkomst kan verlengen.

De stukken betreffende de overeenkomst worden zo snel mogelijk overgezonden aan de Minister bevoegd voor Personeel, de Minister bevoegd voor het gemeenschapscentrum en de voor Personeel en Organisatie bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal.

#### **Art. 25.** Dienst voor zelfbeschikkend leven

§ 1 - Het hoofd van de dienst met afzonderlijk beheer "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" wordt gemachtigd om te beslissen over de hulp die wordt verleend met toepassing van het samenwerkingsakkoord van 10 april 1995 tussen de Duitstalige Gemeenschap en het Waalse Gewest betreffende de overname van de kosten voor de sociale integratie en de inschakeling van de gehandicapte personen in het arbeidsproces.



§ 2 - Hetzelfde hoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuring van de modelovereenkomsten van de begeleidingsovereenkomst en de overeenkomst tussen de dienst voor woonressources en de woonresource overeenkomstig artikel 4, § 2, en artikel 5, § 1, van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressources.

§ 3 - Hetzelfde hoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuring van de evaluatiehulpmiddelen en over de begeleidingscategorie waarin de gebruiker wordt opgenomen overeenkomstig artikel 4, § 5, van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde hoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de verplichting om als dienstverrichter, overeenkomstig artikel 36 van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven, elektronisch te communiceren met de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

#### **Art. 26.** Dienst voor arbeidsbemiddeling

Het hoofd van de dienst met afzonderlijk beheer "Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap" wordt gemachtigd om te beslissen over de verplichting om als partner van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap, overeenkomstig artikel 11, § 2, van het decreet van 13 november 2023 houdende maatregelen ter bevordering van de werkgelegenheid en inzake arbeidsbemiddeling, elektronisch te communiceren met de Dienst voor arbeidsbemiddeling.

### HOOFDSTUK 5. — *Bevoegdheden gedelegeerd aan de departementshoofden*

#### *Afdeling 1. — Algemene delegaties*

#### **Art. 27.** Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid

Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de begrotingsallocaties die aan hun departement zijn toegekend.

#### **Art. 28.** Lopende uitgaven in de departementen

§ 1 - Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap of in de uitgavenbegroting van de betrokken dienst met afzonderlijk beheer bepaalde uitgaven voor de aan hun departement toegekende begrotingsallocaties 12 en 74 tot 10.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

§ 2 - Wanneer een departementshoofd tegelijk als rekenplichtige is aangewezen overeenkomstig artikel 25 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap, wordt in afwijking van paragraaf 1 alleen de secretaris-generaal aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor dat departement.

#### **Art. 29.** Toekenning van subsidies

Voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat, worden de bevoegde departementshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het financieel reglement met betrekking tot de toekenning van subsidies tot 10.000 euro.

#### *Afdeling 2. — Bijzondere delegaties*

##### *Onderafdeling 1. — Ministerie*

#### **Art. 30.** Departement Opleiding en Organisatie van het Onderwijs

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Opleiding en Organisatie van het Onderwijs wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen en vrijstellingen in het kader van de artikelen 57 tot 60 van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating bepaald in artikel 7, § 3, van het koninklijk besluit van 3 november 1987 houdende algemeen reglement van de studie in het hoger onderwijs van het korte type met volledig leerplan.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking bepaald in artikel 11, § 2, van hetzelfde koninklijk besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en studiegetuigschriften in het kader van de wet van 19 maart 1971 betreffende de gelijkwaardigheid van de buitenlandse diploma's en studiegetuigschriften.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de uitreiking van conformiteitsattesten voorgeschreven bij de artikelen 3 tot 6 van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in het kader van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen uitspraak te doen over beroepen die betrekking hebben op de afwijzing van de aanvraag of het bedrag van de toegekende toelage.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de subsidies voor de deelneming aan voortgezette opleidingen in de sector "volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen", in voorkomend geval ter uitvoering van de desbetreffende regelgeving.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van subsidies om het volgen van voortgezette opleidingen te stimuleren.

#### **Art. 31.** Departement Werkgelegenheid

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Werkgelegenheid wordt gemachtigd om, in het kader van artikel 16 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid, te beslissen over aanvragen om een subsidie voor de indiening van AktiF- of AktiF PLUS-gerechtigden te ontvangen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, in het kader van het koninklijk besluit van 9 juni 1999 houdende de uitvoering van de wet van 30 april 1999 betreffende de tewerkstelling van buitenlandse werknemers, te beslissen over de volledigheid van de aanvragen om een arbeidsvergunning, arbeidskaart of gecombineerde vergunning, over de eigenlijke aanvragen om een arbeidsvergunning, arbeidskaart of gecombineerde vergunning en over de intrekking van arbeidsvergunningen, arbeidskaarten of gecombineerde vergunningen, met uitzondering van de daarin bepaalde mogelijkheden om in ministeriële afwijkingen te voorzien.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, in het kader van de wet van 19 februari 1965 betreffende de uitoefening van de zelfstandige beroepsactiviteiten der vreemdelingen, te beslissen over aanvragen tot verkrijging, verlenging of vernieuwing van de beroepskaart, alsook over de intrekking van de beroepskaart, met uitzondering van de daarin bepaalde mogelijkheden om beroep in te stellen.

#### **Art. 32.** Departement Gezin en Sociale Aangelegenheden

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Gezin en Sociale Aangelegenheden wordt gemachtigd om met toepassing van artikel 145/35, tweede lid, 3<sup>o</sup>, van het Wetboek van de Inkomstenbelastingen 1992 het attest m.b.t. de afrekbaarheid van de uitgaven voor de opvang van kinderen van minder dan twaalf jaar te ondertekenen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de schorsing van de erkenning en de duur van die schorsing vermeld in artikel 40, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de intrekking van de erkenning van de zelfstandige onthaalouders vermeld in artikel 43 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma die worden toegestaan in het kader van artikel 5, tweede lid, van het besluit van de Regering van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 25, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, van het besluit van de Regering van 4 oktober 2018 tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit.

§ 6 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd in het kader van de uitvoering van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 34.31 van het programma 11 van de organisatieafdeling 50.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 44 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen te beslissen over het recht op gezinsbijslagen.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 53 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen vast te stellen dat er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat arglist, bedrog, bedrieglijke handelingen of valse informatie tot de uitbetaling van de gezinsbijslagen geleid hebben.

#### **Art. 33.** Departement Financiën

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Financiën wordt gemachtigd om te beslissen over:

1<sup>o</sup> het dagelijks bijhouden en beheren van rekeningen bij financiële instellingen, met inbegrip van het openen en sluiten van rekeningen, de toekenning van volmachten, de afhandeling van domiciliëringsaanvragen, de inning van cheques;

2<sup>o</sup> de goedkeuring van de opgemaakte afrekeningen in verband met de aangerekende debet- en creditrente en in verband met verschillende kosten en bankprovisies.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd is gemachtigd om alle rechtshandelingen te ondertekenen die verband houden met leningen, leasingprocedures, beleggingen, garantieverklaringen of de aan- en verkoop van onroerende goederen en die, naargelang van het geval, uitgaan van de Regering of de minister bevoegd voor Begroting.

#### **Art. 34.** Departement Gezondheid en Ouderen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Gezondheid en Ouderen wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen tot registratie, de aanvragen tot erkenning en de aanvragen tot afgifte van de Europese beroepskaart in het kader van het besluit van de Regering van 25 april 2019 tot vaststelling van de procedure voor de registratie en erkenning van de beoefenaars van de gezondheidszorgberoepen en tot afgifte van een Europese beroepskaart.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de mogelijkheid om af te zien van de terugvordering van tegemoetkomingen die ten onrechte uitbetaald werden, vermeld in artikel 29 van het koninklijk besluit van 22 mei 2003 betreffende de procedure voor de behandeling van de dossiers inzake tegemoetkomingen aan personen met een handicap.

§ 3 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd in het kader van de uitvoering van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 34.31 van het programma 17 van de organisatieafdeling 50.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 19 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen te beslissen over de aanvragen inzake zorgbudget voor ouderen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 28 van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen vast te stellen dat er ernstige en eensluidende aanwijzingen zijn dat arglist, bedrog, bedrieglijke handelingen of valse informatie tot de uitbetaling van het zorgbudget voor ouderen geleid hebben.

**Art. 35. Departement Infrastructuur**

§ 1 - In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 28 wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Infrastructuur gemachtigd om, in het kader van de wetgeving inzake overheidsopdrachten en de door de Duitstalige Gemeenschap aangenomen bepalingen daaromtrent, te beslissen over alle opdrachten m.b.t. tot onderhouds- en verbouwingswerken waarvan de kosten 30.000 euro niet overschrijden.

De delegatie geldt voor alle rechtshandelingen die voor de gunning of de uitvoering van de opdracht in het kader van de bovenvermelde bepalingen noodzakelijk of mogelijk zijn. Deze delegatie geldt ook voor het sluiten en uitvoeren van overeenkomsten met voorzieningsmaatschappijen, alsook voor overeenkomsten m.b.t. het onderhoud, het nazicht en de afstelling van verwarmings-, verluchttings-, veiligheids- en elektrische installaties.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de veiligheidscoördinator op tijdelijke of mobiele bouwplaatsen van de Duitstalige Gemeenschap aan te wijzen.

§ 3 - In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 29 wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om subsidie toe te kennen voor door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerde infrastructuur tot een maximumbedrag van 30.000 euro, voor zover het om gebonden beslissingen zonder beoordelingsruimte gaat.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de Regering of de bevoegde minister te vertegenwoordigen bij het stellen van door de Regering of de bevoegde minister besloten handelingen met betrekking tot de aankoop of de afstand van onroerende goederen en bij het verlijden van de desbetreffende akten.

**Art. 36. Departement Jeugdbijstand**

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Jeugdbijstand wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de middelen vermeld in artikel 6bis, § 2, van het decreet van 9 mei 1988 betreffende het Fonds voor bijzondere hulp aan kinderen en jongeren.

§ 2 - Met toepassing van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over:

1° de goedkeuring van de verlenging van de begeleiding bij het bereiken van de meerderjarigheid vermeld in artikel 50, § 1, eerste lid, van het decreet;

2° de aanmaning om de verplichtingen voor het behoud van de erkenning na te komen, vermeld in artikel 90, § 1, eerste lid, van het decreet;

3° de vraag of natuurlijke personen die voor een verwant of vertrouwd kind of een verwante of vertrouwde jongere aan pleegzorg doen, met toepassing van artikel 102, tweede lid, van het decreet worden toegelaten tot de voorbereiding op de pleegzorg;

4° de toekenning van de in artikel 107, tweede lid, van het decreet vermelde overname van kosten van de adviesverleningen en de maatregelen inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

5° de toekenning - met toepassing van artikel 112, § 2, van het decreet - van de financiering van de uitgaven die de personen belast met de opvoeding van een kind dat of een jongere die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel bevindt, doen om het contact met dat kind of die jongere te verbeteren;

6° de toekenning - met toepassing van artikel 114, eerste lid, van het decreet - van de financiële ondersteuning van de kinderen die zich in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel bevinden.

§ 3 - Met toepassing van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over:

1° de erkenning als pleeggezin vermeld in artikel 23, tweede lid, van het besluit;

2° de opschorting en intrekking van de erkenning van een natuurlijke persoon met toepassing van artikel 32 van het besluit;

3° de toekenning van de kosten van levensonderhoud vermeld in artikel 43 van het besluit;

4° de toekenning van de steun voor culturele, sportieve en schoolse activiteiten vermeld in artikel 44 van het besluit;

5° de toekenning van de bijzondere onkosten vermeld in de artikelen 46 en 48 van het besluit;

6° de toekenning van de pleegzorgvergoeding vermeld in artikel 47 van het besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de terugbetaling van de kostenbijdrage met toepassing van artikel 29.1 van het besluit van de Regering van 25 maart 2021 tot uitvoering van het decreet van 27 april 2020 betreffende de adoptie van kinderen.

**Art. 37. Departement Cultuur en Jeugd**

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Cultuur en Jeugd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van subsidies die in het kader van de toelagen voor culturele bevordering worden gegeven voor optredens in opdracht en ritten voor optredens van de verenigingen voor amateurkunst ter uitvoering van de artikelen 52, 58, 64 en 71 van het decreet van 18 november 2013 betreffende de ondersteuning van cultuur in de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, binnen de perken van het door de bevoegde minister vastgelegd aantal, te beslissen over de subsidiëerbaarheid en de aanneembare dienstjaren van de door de organisaties voorgestelde personeelsleden, ter uitvoering van artikel 2 van het besluit van de Executieve van 6 juli 1992 tot uitvoering van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de subsidies aan jeugdorganisaties en vakantiekampen ter uitvoering van de artikelen 13 en 14 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de subsidies voor de deelneming aan voortgezette opleidingen in de jeugdsector ter uitvoering van hoofdstuk 3 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, binnen de perken van het door de bevoegde minister vastgelegd aantal, te beslissen over de subsidiëerbaarheid en de aanneembare dienstjaren van de door de organisaties voorgestelde personeelsleden, ter uitvoering van artikel 4 van het besluit van de Regering van 15 maart 2012 tot uitvoering van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de inschrijving in de inventaris van het klein erfgoed en van de andere relevante gebouwen, ter uitvoering van artikel 20, § 2, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van het niet-dwingend erfgoedadvies vermeld in de artikelen D.IV.14.2, D.IV.17.2, D.IV.20.2, D.IV.22.2 en D.IV.23.2 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling.

**Art. 38.** Departement Lokale Besturen en Kanselarij

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Lokale Besturen en Kanselarij wordt gemachtigd om correspondentie over de toetsing van beslissingen, dossieraanvragen, aanvragen om inlichtingen, aanmaningen en begeleidend schrijven te ondertekenen namens de minister die bevoegd is voor Lokale Besturen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 108, tweede lid, en artikel 112, tweede lid, van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn de correspondentie over de toetsing van beslissingen, dossieraanvragen, aanvragen om inlichtingen, aanmaningen en begeleidend schrijven te ondertekenen namens de minister die bevoegd is voor de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te bevestigen of de beslissingen die in het kader van de overzichtlijst met toepassing van artikel 111bis van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn worden overgezonden en de beslissingen die met toepassing van artikel 112 worden aangevraagd, in overeenstemming zijn met de wet.

**Art. 39.** Departement Pedagogie

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Pedagogie wordt gemachtigd om te beslissen over de onderwijsvrijstellingen in het kader van artikel 63, eerste lid, van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de overmacht van pedagogische of sociale aard vermeld in artikel 9, § 1, tweede lid, 3<sup>o</sup>, van het decreet van 26 april 1999 betreffende het gewoon basisonderwijs.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vrijstelling bepaald in artikel 8 van het besluit van de Regering van 20 juli 1994 betreffende de samenstelling en de werking van de examencommissie van de Duitstalige Gemeenschap voor het secundair onderwijs alsmede de organisatie van de examens afgelegd voor deze examencommissie.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen in welke examenreeks de verschillende vakken krachtens de artikelen 14 en 16 van hetzelfde besluit moeten worden opgenomen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen en vrijstellingen in het kader van artikel 56 van het koninklijk besluit van 29 juni 1984 betreffende de organisatie van het secundair onderwijs.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 7 van het decreet van 25 juni 1996 betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs af te wijken van de inschrijvingstermijn bepaald in artikel 6 van hetzelfde decreet.

**Art. 40.** Departement Personeel en Organisatie

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Personeel en Organisatie wordt gemachtigd om de attesten die in het kader van het postnataal moederschapsverlof worden afgegeven, in ontvangst te nemen overeenkomstig artikel 125.1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de aanvragen voor overgedragen moederschapsverlof in ontvangst te nemen overeenkomstig artikel 132, § 2, tweede lid, en § 3, tweede lid, van hetzelfde besluit;

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de mededeling in ontvangst te nemen dat een personeelslid in geval van ziekte de dienst halftijds kan hervatten overeenkomstig artikel 154, eerste lid, van hetzelfde besluit;

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de mededeling van de bevoegde ambtenaar-controleur in ontvangst te nemen overeenkomstig artikel 155, tweede lid, van hetzelfde besluit.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de dienst voor arbeidsgeneeskunde Medex op te dragen om een ambtenaar te onderzoeken.

**Art. 41.** Departement Ruimtelijke Ordening - Ruimtelijke Ordening en Stedenbouw

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om te beslissen over het inwinnen van de adviezen van de personen en instanties die hij nuttig acht te raadplegen overeenkomstig artikel D.II.47, § 2, van het Wetboek van Ruimtelijke Ordening.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het ontwerpplan dat bij het verslag over de milieueffecten wordt gevoegd, overeenkomstig artikel D.II.49, § 5, van hetzelfde Wetboek over te zenden aan de gemeentecolleges van de gemeenten op wier grondgebied herziening betrekking heeft of die overeenkomstig artikel D.VIII.4 aangewezen zijn.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de adviezen vermeld in de artikelen D.IV.16 en D.IV.19 van hetzelfde Wetboek of, naargelang van het geval, over de afgifte van de eensluidende adviezen vermeld in de artikelen D.IV.17 en D.IV.20 van hetzelfde Wetboek.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de vergunningsaanvragen voor de handelingen en werken vermeld in de artikelen D.IV.22, eerste lid, 1<sup>o</sup> tot 10<sup>o</sup>, D.IV.22.1 en D.IV.22.2 van hetzelfde Wetboek.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de stedenbouwkundige attesten nr. 2 vermeld in de artikelen D.IV.23, D.IV.23.1 en D.IV.23.2 in het kader van de overeenkomstig paragraaf 2 toegekende volmachten.



§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over aanvragen van attesten of vergunningen in het kader van de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van hetzelfde Wetboek of, naargelang van het geval, de Regering daar te vertegenwoordigen.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het bericht van ontvangst of de opsomming van de ontbrekende stukken vermeld in artikel D.IV.33, eerste lid, van hetzelfde Wetboek aan de aanvrager te richten en wordt gemachtigd om de termijn te bepalen wanneer het gemeentecollege de Regering niet binnen de termijn vermeld in artikel D.IV.33, tweede lid, van hetzelfde Wetboek per zending geïnformeerd heeft over de termijn waarbinnen de beslissing van het gemeentecollege wordt verzonden.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het inwinnen van de adviezen van de diensten of commissies die hij nodig acht te raadplegen, overeenkomstig artikel D.IV.35, § 2, tweede lid, van hetzelfde Wetboek.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel D.IV.36 van hetzelfde Wetboek het aanvraagdossier aan de diensten of commissies, alsook aan het gemeentecollege te zenden en die instanties om advies te verzoeken.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de adviezen vermeld in artikel D.IV.39, § 1, van hetzelfde Wetboek.

§ 11 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de instemming vermeld in artikel D.IV.42, § 1, eerste lid, 2°, van hetzelfde Wetboek voor het indienen van wijzigingsplannen en het aanvullend vervolg op de voorafgaande korte uiteenzetting van de milieueffectrapportering of -studie.

§ 12 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.47, § 1, tweede lid, van hetzelfde Wetboek te nemen, als het gemeentecollege zijn beslissing niet binnen de gestelde termijn aan de aanvrager heeft gezonden en als het gemeentecollege niet om het verplichte of facultatieve advies van de Regering heeft verzocht. Hij wordt gemachtigd om de beslissing over de behandelingstermijnen of de beslissing tot verlenging ervan aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.47, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden.

§ 13 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de beslissing vermeld in artikel D.IV.48 van hetzelfde Wetboek die in het kader van de overeenkomstig de § 2 en 3 toegekende volmachten werd genomen, aan de aanvrager, het gemeentecollege en de projectontwerper te zenden of, naargelang van het geval, de beslissing tot verlenging van de behandelingstermijnen te nemen en te zenden.

§ 14 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de uitoefening van het toezicht op de beslissingen van de gemeentecolleges vermeld in artikel D.IV.62, § 1, van hetzelfde Wetboek en om overeenkomstig de bepalingen van dat artikel de vermelde beslissingen op te schorten, alsook overeenkomstig artikel D.IV.89, 1°, van hetzelfde Wetboek de vergunning op te schorten. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de opschorting overeenkomstig artikel D.IV.62, § 2, van hetzelfde Wetboek aan het gemeentecollege en aan de aanvrager te zenden, alsook om de aard van de onregelmatigheid in de procedure, het gebrek aan redenen of de bepaling waarmee de beslissing niet conform is, te bepalen.

§ 15 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het afschrift van de documenten vermeld in artikel D.IV.70 van hetzelfde Wetboek voor echt te verklaren.

§ 16 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de verlenging van de stedenbouwkundige vergunning vermeld in artikel D.IV.84, § 2, van hetzelfde Wetboek.

§ 17 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om zijn opmerkingen over de in artikel D.IV.102, § 1, van hetzelfde Wetboek vermelde verdeling van een goed dat niet het voorwerp uitmaakt van een aanvraag voor een bebouwingsvergunning en waarvan alle of een deel van de te vormen kavels geheel of gedeeltelijk voor bewoning bestemd zijn, aan de notaris mee te delen.

§ 18 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de stedenbouwkundige vergunning die overeenkomstig artikel D.IV.106 van hetzelfde Wetboek door de houder van een mijnprospectievergunning of door de houder van een mijnconcessie wordt aangevraagd.

§ 19 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel D.V.11, § 1, van hetzelfde Wetboek het ontwerp van stedelijke verkavelingsonttrek voor advies voor te leggen aan de gemeentecommissie of om een openbaar onderzoek bij het gemeentecollege aan te vragen.

§ 20 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afgifte van de verklaring die de vergunninghouder of de eigenaar van een goed overeenkomstig artikel D.VII.1ter, § 1, van hetzelfde Wetboek kan aanvragen betreffende de overeenstemming van reeds uitgevoerde handelingen of werken met het recht inzake ruimtelijke ordening en stedenbouw, of om te beslissen over het zenden van de informatie vermeld in artikel D.VII.1ter, § 2, tweede lid.

§ 21 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het indieningsbewijs vermeld in artikel D.VII.1ter, § 2, eerste lid, van hetzelfde Wetboek aan de vergunninghouder of de eigenaar van het goed te zenden.

§ 22 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de bevestiging van de mondelinge waarschuwing vermeld in artikel D.VII.4 van hetzelfde Wetboek.

§ 23 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het gemeentecollege overeenkomstig artikel D.VII.6, tweede lid, van hetzelfde Wetboek in kennis te stellen, indien een beroep aanhangig wordt gemaakt of zou kunnen worden gemaakt over een aanvraag voor een regularisatievergunning betreffende de handelingen en werken of de bebouwing die het voorwerp hebben uitgemaakt van het proces-verbaal.

§ 24 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de bevestiging van het bevel tot onderbreking van de werken vermeld in artikel D.VII.9 van hetzelfde Wetboek.

§ 25 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of een vervolging voor de correctionele rechtbank wordt ingesteld om de maatregelen vermeld in artikel D.VII.13 van hetzelfde Wetboek op te leggen.

§ 26 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel D.VII.14 van hetzelfde Wetboek van ambtswege in de uitvoering van het vonnis kan worden voorzien.

§ 27 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de overtreder opgeroepen wordt voor de overlegvergadering vermeld in artikel D.VII.17 van hetzelfde Wetboek en om te beslissen of een overeenkomst met het oog op een aanvraag voor een regularisatievergunning geprotocolleerd wordt.

§ 28 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of in overeenstemming met het gemeentecollege een vergelijk met de overtreder wordt voorgesteld onder de voorwaarden vermeld in artikel D.VII.18, § 1, van hetzelfde Wetboek.

§ 29 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of de overtreder onder de voorwaarden vermeld in artikel D.VII.21, § 1, van hetzelfde Wetboek en in overeenstemming met het gemeentecollege teruggavemaatregelen en een termijn voor de uitvoering van die maatregelen worden opgelegd. Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de uitvoering na afloop van de gestelde termijn te protocolleren.

§ 30 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of een vervolging voor de burgerlijke rechtbank wordt ingesteld om de maatregelen vermeld in artikel D.VII.22 van hetzelfde Wetboek op te leggen.

§ 31 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het certificaat vermeld in artikel D.VII.25 van hetzelfde Wetboek af te geven waarin wordt vastgesteld dat het vonnis uitgevoerd is, dat een vergelijk tot stand is gekomen of dat de betrokkene de voorgeschreven vergunning definitief heeft verkregen en de werken overeenkomstig de verordenende bepalingen en de vergunning heeft uitgevoerd of dat teruggavewerken zijn verricht.

§ 32 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.IV.26-3, eerste lid, van hetzelfde Wetboek toestemming wordt gegeven om plannen op een andere schaal dan de verlangde schaal voor te leggen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.IV.26-3, tweede lid, van hetzelfde Wetboek verzocht wordt om bijkomende documenten voor te leggen als die onontbeerlijk zijn voor het goed begrip van het project.

§ 33 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.IV.105-1 van hetzelfde Wetboek de opmerkingen vermeld in artikel D.IV.102 van hetzelfde Wetboek over te maken.

§ 34 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of overeenkomstig artikel R.V.2-1 van hetzelfde Wetboek een beslissing wordt genomen over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag tot aanneming van een omtrek voor een te herontwikkelen locatie.

§ 35 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating vermeld in artikel R.V.4-1 van hetzelfde Wetboek om de in de te herontwikkelen locatie gelegen goederen te vervreemden of met zakelijke rechten te bezwaren.

§ 36 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.V.7-1 van hetzelfde Wetboek te beslissen over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag voor een site bestemd voor herontwikkeling wat betreft de landschappen en het leefmilieu.

§ 37 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.VIII.4-1 van hetzelfde Wetboek te beslissen over de aanwijzing van de gemeenten op wier grondgebied een openbaar onderzoek wordt uitgevoerd.

§ 38 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel R.VIII.12-1, § 1, van hetzelfde Wetboek, als de Regering de overheid is die bevoegd is om het plan of het ontwikkelingsplan aan te nemen, het dossier met toepassing van artikel D.VIII.12 van hetzelfde Wetboek te versturen en de gemeente(n) waar een openbaar onderzoek wordt georganiseerd, te informeren.

§ 39 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel R.VIII.12-1, § 3, van hetzelfde Wetboek, als de Regering de overheid is die bevoegd is om het plan of het ontwikkelingsplan aan te nemen, de bevoegde overheden van het Gewest of van de Staat te informeren over het feit dat de beslissing het voorwerp uitmaakt van de aanplakking bedoeld in artikel D.VIII.26 en dat, tijdens de hele duur van de aanplakking, het plan of het ontwikkelingsplan ter inzage ligt volgens de modaliteiten bedoeld in artikel D.VIII.17 en naar dezelfde overheden van het Gewest of van de Staat een afschrift van de in artikel R.VIII.12-1, § 3, vermelde stukken te sturen.

§ 40 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel R.VIII.33-1 van hetzelfde Wetboek, te bepalen welke informatie in het milieueffectenverslag opgenomen moeten worden, wat betreft het gewestplan.

§ 41 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel R.VIII.33-1 van hetzelfde Wetboek, te bepalen welke personen of instanties hij nuttig acht te raadplegen, en te verzoeken om de gewest- en landgrensoverschrijdende adviezen bedoeld in artikel D.VIII.33, § 4, wat betreft het ruimtelijk ontwikkelingsplan en het gewestplan.

§ 42 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel R.VIII.34-2 van hetzelfde Wetboek te beslissen of de persoon bedoeld in artikel D.VIII.34, tweede lid, van hetzelfde Wetboek wordt gewraakt.

§ 43 - Als de Regering op grond van de bepalingen van hetzelfde Wetboek bevoegd is en als aan hetzelfde departementshoofd op grond van de bepalingen van dit artikel delegatie wordt verleend, dan gelden die verleende delegaties gelijktijdig voor alle gevallen waarin hetzelfde Wetboek in het handelen van de 'bevoegde overheid' voorziet.

#### **Art. 42.** Departement Ruimtelijke Ordening - Globale vergunningen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 7 van het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies, adviezen in te winnen in het kader van de uitwerking, aanpassing, herwerking of opheffing van bepaalde instrumenten overeenkomstig de regelgeving die in de Duitstalige Gemeenschap van toepassing is.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in de gevallen vermeld in artikel 14, § 2, tweede, derde, vierde en vijfde lid van hetzelfde samenwerkingsakkoord, overeenkomstig artikel 26 van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de aanvragen van globale vergunningen te beslissen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 1, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het besluit betreffende de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag of de opsomming van de ontbrekende stukken toe te zenden aan de aanvrager.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 2, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de aanvraag niet-ontvankelijk te verklaren, als de aanvrager de bijkomende documenten niet binnen de gestelde termijn indient.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 19, § 3, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het besluit betreffende de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag toe te zenden aan de aanvrager.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 20, derde lid, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de adviesinstanties te bepalen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het verslag vermeld in artikel 25, § 1, van het Samenwerkingsakkoord te maken.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd overeenkomstig artikel 25, § 3, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het syntheseverslag aan de bevoegde overheid te zenden en de aanvrager daarvan in kennis te stellen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de hoorzitting vermeld in artikel 25, § 4, van het Samenwerkingsakkoord bij te wonen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 25, § 5, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de verlenging van de termijnen te beslissen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 25, § 8, derde lid, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest in te stemmen met het indienen van wijzigingsplannen en aanvullingen op de milieueffectenbeoordeling.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 29, § 1, van hetzelfde samenwerkingsakkoord bij de gemengde beroepscommissie beroep in te stellen tegen de beslissing van de bevoegde overheid.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het advies betreffende het onderzoek van het beroep tegen een globale vergunning af te geven, vermeld in artikel 7, § 1, van het uitvoerend samenwerkingsakkoord van 19 november 2020 tussen de Waalse Regering en de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de gemengde beroepscommissie die bevoegd is voor de globale en geïntegreerde vergunningen.

#### **Art. 43. Departement Ruimtelijke Ordening - Geïntegreerde vergunningen**

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, in de gevallen vermeld in artikel 33, § 2, tweede lid, 1<sup>o</sup>, 2<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup> en 4<sup>o</sup>, van het Samenwerkingsakkoord van 14 november 2019 tussen het Waals Gewest en de Duitstalige Gemeenschap over de uitoefening van de bevoegdheden inzake ruimtelijke ordening en bepaalde aanverwante materies, overeenkomstig artikel 46 van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de aanvragen voor een geïntegreerde vergunning te beslissen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 37, § 1, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de volledigheid en ontvankelijkheid van de aanvraag te beslissen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 40 van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de adviesinstanties te bepalen.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest het syntheseverslag vermeld in artikel 45, § 1, van het Samenwerkingsakkoord op te stellen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest de hoorzitting vermeld in artikel 45, § 3, van het Samenwerkingsakkoord bij te wonen.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 45, § 4, van hetzelfde samenwerkingsakkoord samen met de ambtenaar van de handelsvestigingen en in voorkomend geval met de technisch ambtenaar van het Waals Gewest over de verlenging van de termijnen te beslissen.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig artikel 51, § 1, van hetzelfde samenwerkingsakkoord bij de gemengde beroepscommissie beroep in te stellen tegen de beslissing van de bevoegde overheid.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het advies betreffende het onderzoek van het beroep tegen een geïntegreerde vergunning af te geven, vermeld in artikel 7, § 1, van het uitvoerend samenwerkingsakkoord van 19 november 2020 tussen de Waalse Regering en de Regering van de Duitstalige Gemeenschap betreffende de gemengde beroepscommissie die bevoegd is voor de globale en geïntegreerde vergunningen.

#### **Art. 44. Departement Ruimtelijke Ordening - Gemeentewegen**

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 8 van het decreet van het Waals Gewest van 6 februari 2014 betreffende de gemeentewegen, aan de gemeenteraad een aanvraag tot aanleg, wijziging of opheffing van een gemeenteweg voor te leggen.

#### **Art. 45. Departement Ruimtelijke Ordening - Huisvesting en Energie**

§ 1 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Ruimtelijke Ordening, in het kader van de uitvoering van titel II, hoofdstuk II, van het Wetboek van duurzaam wonen en hoofdstuk II, afdeling II, van het decreet van het Waals Gewest van 9 december 1993 betreffende de bevordering van rationeel energiegebruik, energiebesparingen en hernieuwbare energieën, aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 32.00, 33.00, 34.00, 34.01, 43.21 en 81.11 van het programma 21 van de organisatieafdeling 50 en, naargelang van het geval, begrotingsallocaties 53.11 van het programma 28 van de organisatieafdeling 70.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig titel II, hoofdstuk II, van het Wetboek van duurzaam wonen en hoofdstuk II, afdeling II, van het decreet van het Waals Gewest van 9 december 1993 betreffende de bevordering van rationeel energiegebruik, energiebesparingen en hernieuwbare energieën te beslissen over het recht op tegemoetkomingen aan natuurlijke personen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toepassing van de waarborgen voor honorering voor de terugbetaling van hypotheekleningen vermeld in artikel 14, § 4, 5°, van het Wetboek van duurzaam wonen.

**Art. 46.** Departement Sport, Media en Toerisme

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Sport, Media en Toerisme wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van subsidies die in het kader van de toelagen voor de bevordering van de sport worden gegeven ter ondersteuning van hooggekwalificeerde scheidsrechters en juryleden, ter ondersteuning van oefenmeesters, trainers en leerkrachten lichamelijke opvoeding, ter ondersteuning van hooggekwalificeerde ploegen, voor deelneming aan internationale topsportwedstrijden, voor deelneming aan internationale wedstrijden, ter ondersteuning van de samenwerking tussen school en sport, voor de organisatie van openluchtclasses, voor de deelneming aan internationale schoolkampioenschappen, voor de organisatie van sportkampen, voor de organisatie van trainingskampen, alsook ter ondersteuning van de deelneming aan wedstrijden en toernooien ter uitvoering van de artikelen 22.1, 22.2, 23, 24, 24.1, 26, 26.1, 26.2, 27, 28 en 29 van het sportdecreet van 19 april 2004.

**Art. 47.** Departement Onderwijspersoneel - Aanstellingen in het gemeenschapsonderwijs

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de tijdelijke aanstelling van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, opvoedend hulppersoneel, paramedisch personeel en psychosociaal personeel bedoeld in de artikelen 16 en 19bis van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de tijdelijke aanstelling bedoeld in de artikelen 4 en 7bis van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 48.** Departement Onderwijspersoneel - Mutaties in het gemeenschapsonderwijs

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de mutatie bedoeld in de artikelen 17 en 26 van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 27 februari 1991 tot vaststelling van de voorrangsregels en van de modaliteiten inzake de mutaties van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel, van de onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

**Art. 49.** Departement Onderwijspersoneel - Afwijking inzake nationaliteit

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 16, eerste lid, 1°, a), artikel 39, eerste lid, 1°, a), artikel 91<sup>quater</sup>, eerste lid, 1°, a), en artikel 121<sup>ter</sup>, eerste lid, 1°, a), van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 4, § 1, eerste lid, 1°, a), en artikel 22<sup>sexies</sup>, eerste lid, 1°, a), van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bedoeld in artikel 33, eerste lid, 1°, a), artikel 49, § 1, eerste lid, 1°, a), artikel 62.3, eerste lid, 1°, a), en artikel 69.2, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking bedoeld in artikel 20, § 1, eerste lid, 1°, a), artikel 37, eerste lid, 1°, a), artikel 56.2, eerste lid, 1°, a), artikel 64.2, eerste lid, 1°, a), en artikel 64.13, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bepaald in artikel 5.15, § 1, 1°, a), en in artikel 5.31, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake nationaliteit bepaald in artikel 17, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake nationaliteit bepaald in artikel 6.15, eerste lid, 1°, a), en in artikel 6.32, eerste lid, 1°, a), van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

**Art. 50.** Departement Onderwijspersoneel - Afwijkingen inzake diploma

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bepaald in artikel 19 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake diploma bedoeld in artikel 7 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap.

**Art. 51.** Departement Onderwijspersoneel - Afwijking inzake taal

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijking inzake taal bedoeld in artikel 25, § 1, van het decreet van 19 april 2004 betreffende de taaloverdracht en het gebruik van de talen in het onderwijs.



**Art. 52.** Departement Onderwijspersoneel - Goedkeuring van verloven, afwezigheden en terbeschikkingstellingen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Onderwijspersoneel wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van een van de volgende verloven in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap:

1° de verloven vermeld in artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs, met uitzondering van artikel 160, derde lid, *c)*, *g)*, *j)* en *l)*;

2° de verloven vermeld in artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, met uitzondering van artikel 40, tweede lid, *c)* en *g)*;

3° de verloven vermeld in artikel 9, eerste lid, *b)* en *c)*, en in de artikelen 13 en 27 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs;

4° het verlof vermeld in het koninklijk besluit van 2 april 1975 betreffende het verlof dat aan sommige personeelsleden in overheidsdienst wordt verleend voor het verrichten van bepaalde prestaties ten behoeve van in de wetgevende vergaderingen van de Staat en van de Gemeenschappen of de Gewesten erkende politieke groepen, respectievelijk ten behoeve van de voorzitters van die groepen;

5° de verloven vermeld in het koninklijk besluit van 8 juli 1976 genomen voor de toepassing van artikel 40 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

6° het verlof vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de personeelsleden van het rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van het Rijk die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden;

7° de verloven vermeld in de artikelen 3, 3bis, 4, 4bis, 4ter en 4quater van het besluit van de Regering van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, alsook de opzegging ervan overeenkomstig artikel 8, § 1, van hetzelfde besluit;

8° het verlof vermeld in artikel 5 van het decreet van 30 juni 2003 houdende maatregelen inzake onderwijs 2003;

9° de verloven vermeld in de artikelen 25 en 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2005;

10° het verlof vermeld in artikel 79 van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs 2007.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van een van de volgende terbeschikkingstellingen in het onderwijs van de Duitstalige Gemeenschap:

1° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 164 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs, met uitzondering van artikel 164, eerste lid, *c)*;

2° de terbeschikkingstellingen vermeld in artikel 45 van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, met uitzondering van artikel 45, eerste lid, *b)*;

3° de terbeschikkingstellingen vermeld in de artikelen 8, 10 en 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om in voorkomend geval te beslissen over de toekenning van een van de volgende standen van non-activiteit in het gemeenschapsonderwijs:

1° de afwezigheden vermeld in artikel 161, *a)* en *d)*, van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs;

2° de afwezigheid vermeld in artikel 42, *a)*, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlitische, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap;

3° de afwezigheid vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 25 november 1976 betreffende de afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de volgende goedkeuringen van verloven in het gesubsidieerd onderwijs:

1° de goedkeuring vermeld in artikel 31 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° de goedkeuringen vermeld in de artikelen 23 en 30 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter toepassing van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de personeelsleden van het gemeenschapsonderwijs;

3° de goedkeuring vermeld in artikel 2 van het koninklijk besluit van 14 april 1977 betreffende de afwezigheden van lange duur gewettigd door familiale redenen van de gesubsidieerde personeelsleden;

4° de goedkeuringen vermeld in artikel 6, § 1, eerste lid, § 2, eerste lid, § 3, eerste lid, en § 4, eerste lid, van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 9 november 1994 betreffende de onderbreking van de beroepsloopbaan in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra, alsook de opzegging ervan overeenkomstig artikel 8, § 1, van hetzelfde besluit;

5° de goedkeuring vermeld in artikel 74, derde lid, en artikel 77, § 1, tweede lid, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

6° de goedkeuring vermeld in artikel 72, § 2, tweede lid, en artikel 75, § 1, tweede lid, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra;

7° de goedkeuringen vermeld in de artikelen 25 en 33 van het decreet van 6 juni 2005 houdende maatregelen inzake onderwijs 2005;

8° de goedkeuring vermeld in artikel 5.45, § 2, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;

9° de goedkeuring vermeld in artikel 79 van het decreet van 25 juni 2007 houdende maatregelen inzake onderwijs 2007;

10° de goedkeuring vermeld in artikel 22, zesde lid, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs;

11° de goedkeuring vermeld in artikel 6.47, tweede lid, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de volgende goedkeuringen van terbeschikkingstellingen in het gesubsidieerd onderwijs:

1° de goedkeuring vermeld in artikel 31 van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijswetgeving;

2° de goedkeuring vermeld in artikel 2, § 5, van het koninklijk besluit van 27 juli 1976 tot reglementering van de terbeschikkingstelling wegens ontstentenis van betrekking, de reffectatie en de toekenning van een wachtweddetoelage in het gesubsidieerd onderwijs;

3° de goedkeuring vermeld in artikel 8, § 1, eerste lid, artikel 10, § 1, eerste lid, en artikel 10bis van het koninklijk besluit nr. 297 van 31 maart 1984 betreffende de opdrachten, de wedden, de weddetoelagen en de verloven voor verminderde prestatie in het onderwijs en de psycho-medisch-sociale centra;

4° de goedkeuring vermeld in artikel 78, § 1, van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum;

5° de goedkeuring vermeld in artikel 76, § 1, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra;

6° de goedkeuring vermeld in artikel 5.48 van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool;

7° de goedkeuring vermeld in artikel 22, zesde lid, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie, het adviespunt voor schoolontwikkeling en het adviespunt voor inclusie en integratie in het onderwijs;

8° de goedkeuring vermeld in artikel 6.54 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren.

#### Onderafdeling 2. — Gemeenschapscentra

##### Art. 53. Departement Beheer Worriken

In afwijking van het maximumbedrag vermeld in artikel 28 wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Beheer Worriken, in het kader van de uitgavenbegroting van de dienst, gemachtigd voor alle beslissingen die gepaard gaan met uitgaven tot 30.000 euro.

##### Art. 54. Departement Financieel en personeelsbeheer

Het departementshoofd bevoegd voor het departement Financieel en personeelsbeheer wordt gemachtigd om, met inachtneming van de geldende wetgeving, arbeidsovereenkomsten, studentenovereenkomsten en stageovereenkomsten te sluiten en te beëindigen waarvan de duur niet meer dan drie maanden bedraagt. De delegatie houdt niet in dat de delegatiehouder een dergelijke overeenkomst kan verlengen.

De stukken betreffende de overeenkomst worden zo snel mogelijk overgezonden aan de Minister bevoegd voor Personeel, de Minister bevoegd voor het gemeenschapscentrum en de voor Personeel en Organisatie bevoegde plaatsvervanger van de secretaris-generaal.

#### Onderafdeling 3. — Dienst voor zelfbeschikkend leven

##### Art. 55. Departement Eigen dienstverlening - Tewerkstelling

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Eigen dienstverlening wordt gemachtigd om - ter uitvoering van artikel 4 van het ministerieel besluit van 23 januari 1968 houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning van de tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten, verleend door het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen aan de werkgevers die minder-valide werknemers tewerkstellen - te beslissen over de tegemoetkoming van de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning van de opleiding in een bedrijf en de intrekking van die erkenning overeenkomstig artikel 2, § 3, van het besluit van de Regering van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de mindervaliden in het arbeidsproces.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het bedrag van de financiële tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten van de werkgever overeenkomstig artikel 2 van het besluit van de Regering van 26 april 1994 tot bevordering van de tewerkstelling van minder-validen op de vrije arbeidsmarkt.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuring van de stage en de intrekking van die goedkeuring overeenkomstig artikel 3 van het besluit van de Regering van 28 november 1995 betreffende de stages tot beroepsreadaptatie van gehandicapten.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het maximumbedrag van de terugbetaalbare kosten overeenkomstig artikel 7, § 2, derde lid, van hetzelfde besluit.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 37, § 1, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stageovereenkomst met de stagiair, de stagegever en de Dienst voor arbeidsbemiddeling te sluiten en daarbij, overeenkomstig artikel 37, § 2 en 3, van hetzelfde decreet, in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de stageovereenkomst vast te leggen.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 5 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de schorsing van de stageovereenkomst.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig de artikelen 5, 7 en 8 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de voortijdige beëindiging van de stageovereenkomst zonder opzegtermijn.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 15 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stagiair die een of meer verplichtingen of voorwaarden niet naleeft, te waarschuwen en in gebreke te stellen.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 16 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de intrekking van de toelating tot de stage.

#### **Art. 56.** Departement Eigen dienstverlening - Hulpmiddelen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Eigen dienstverlening wordt gemachtigd om, met toepassing van het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen en met toepassing van het ministerieel besluit van 27 december 1967 houdende vaststelling van de criteria van toekenning der tegemoetkomingen inzake sociale hulp op het gebied van de sociale reclassering van de minder-validen, te beslissen over de subsidiëring en de terugbetaling van de kosten.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het sluiten van overeenkomsten met leveranciers van mobiliteitshulpmiddelen ter uitvoering van artikel 9 van het besluit van de Regering van 20 juni 2017 betreffende mobiliteitshulpmiddelen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om beslissingen van de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven te ondertekenen die genomen zijn met toepassing van artikel 14, artikel 24, § 4, artikel 25, artikel 29.3, § 4, of artikel 35 van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om met toepassing van de artikelen 18 en 28 van hetzelfde besluit te beslissen over de subsidiëring.

#### **Art. 57.** Departement Eigen dienstverlening - Wonen en dagelijks leven

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Eigen dienstverlening wordt gemachtigd om te beslissen over het sluiten van de begeleidingsovereenkomst tussen de woonresource, de gebruiker en de dienst voor woonressourcen met toepassing van artikel 4, § 2, van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressourcen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het bepalen van de veiligheidsmaatregelen bedoeld in artikel 5, § 2, 9°, van hetzelfde besluit.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de opzegging van de begeleidingsovereenkomsten zonder opzeggingstermijn overeenkomstig artikel 5, § 3, van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuring van verlofdagen met toepassing van artikel 8, § 4, van hetzelfde besluit.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het bepalen van de voorwaarden voor de terugbetaling van gezondheidskosten van de gebruiker overeenkomstig artikel 13 van hetzelfde besluit.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de persoonlijke participatie die binnen zijn bevoegdheidsgebied moet worden vastgelegd met toepassing van het besluit van de Regering van 17 december 2009 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de dienstverleningsovereenkomsten inzake trainingswoningen met toepassing van artikel 3 van het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters, die gesloten worden met dienstverrichters die erkend zijn met toepassing van het besluit van de Regering van 23 december 2021 betreffende de erkenning van dienstverrichters door de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

#### **Art. 58.** Departement Oriëntering

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Oriëntering wordt gemachtigd om te beslissen over financiële tegemoetkomingen en/of subsidies voor individuele hulp- en aanpassingsmaatregelen met toepassing van artikel 8 van het decreet van 13 december 2016 houdende maatregelen inzake zelfbeschikkend leven.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de indeling in categorieën ter uitvoering van artikel 5 van het ministerieel besluit van 23 maart 1970 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen een tegemoetkoming verleent in het loon en de sociale lasten, die door de beschermde werkplaatsen worden gedragen.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van een driemaandelijkse subsidie en een driemaandelijks of maandelijks voorschot met toepassing van artikel 16 van hetzelfde ministerieel besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over het bedrag van de financiële tegemoetkoming in het loon en de sociale lasten van de werkgever overeenkomstig artikel 2 van het besluit van de Regering van 26 april 1994 tot bevordering van de tewerkstelling van minder-validen op de vrije arbeidsmarkt.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over toelatingen overeenkomstig artikel 3 van het besluit van de Regering van 3 januari 1997 over de organisatie van opleidingsafdelingen in de beschermde werkplaatsen.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de in aanmerking komende dienstanciënniteit, de afwijking van de dienstanciënniteit en de wedde met toepassing van het besluit van 22 juni 2001 tot vaststelling van de berekeningsgrondslagen voor de subsidiëring van de personeelskosten in de sectoren "sociale aangelegenheden" en "gezondheid".

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de begeleidingscategorie ter uitvoering van artikel 6 van het besluit van de Regering van 13 juli 2006 betreffende de opname van gehandicapten in woonressources.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de persoonlijke participatie die binnen zijn bevoegdheidsgebied moet worden vastgelegd met toepassing van het besluit van de Regering van 17 december 2009 tot vastlegging van de persoonlijke participatie in de inrichtingen en diensten van de Duitstalige Gemeenschap voor gehandicapten.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de goedkeuring van de gebruikmaking van dienstverstrekingen met toepassing van artikel 5 van het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikend leven en de dienstverrichters.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de ondersteuningscategorie met toepassing van artikel 3 van het besluit van de Regering van 27 augustus 2020 betreffende het gebruik van de BelRAI-screener bij de toekenning van ondersteuningscategorieën.

§ 11 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen inzake vaststelling van beperkingen bij kinderen, overeenkomstig de artikelen 6, 7, 9, 11 en 12 van het besluit van de Regering van 23 december 2021 tot vaststelling van beperkingen bij kinderen met het oog op de uitbetaling van de bijslag voor kinderen met een beperking.

§ 12 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de ondersteuningsbehoefte te bepalen op basis van de BelRAI-screener, met toepassing van artikel 12 van het besluit van de Regering van 15 december 2022 tot uitvoering van het decreet van 27 juni 2022 betreffende het zorgbudget voor ouderen.

#### Art. 59. Departement Beheer

§ 1 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven voor de voorschotten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt het departementshoofd bevoegd voor het departement Beheer - in het kader van de uitvoering van het ministerieel besluit van 23 maart 1970 tot vaststelling van de voorwaarden waaronder het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen een tegemoetkoming verleent in het loon en de sociale lasten, die door de beschermde werkplaatsen worden gedragen - aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 33.01, 33.02, 33.03 en 33.04 van het programma 2 van de organisatieafdeling 10.

§ 2 - Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd - in het kader van de uitvoering van artikel 14 van het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters - aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 33.00 van het programma 2 van de organisatieafdeling 10.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning en de terugbetaling van leningen voor de terugbetaalbare uitbetaling van wedden ter uitvoering van het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters.

Wat de vastleggingen, de juridische verbintenissen en de betaalbaarstelling van de uitgaven voor de voorschotten overeenkomstig artikel 24, § 2 tot 4, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap betreft, wordt hetzelfde departementshoofd - in het kader van de uitvoering van het besluit van de Regering van 12 december 2019 betreffende de dienstverleningsovereenkomsten tussen de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven en de dienstverrichters - bovendien aangewezen als gedelegeerd ordonnateur voor de in de uitgavenbegroting van de dienst met afzonderlijk beheer "Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven" bepaalde uitgaven voor de begrotingsallocaties 82.00 van het programma 2 van de organisatieafdeling 10.

#### Onderafdeling 4. — Dienst voor arbeidsbemiddeling

#### Art. 60. Departement Arbeidsbemiddeling en Bedrijfsadvies

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Arbeidsbemiddeling en Bedrijfsadvies wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 14 van het besluit van de Regering van 13 februari 2008 betreffende de opleidingssteun voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen, te beslissen over de volledigheid en de ontvankelijkheid van de aanvraag van opleidingsmaatregelen voor werknemers tewerkgesteld in ondernemingen.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd is met toepassing van artikel 16 van hetzelfde besluit bevoegd voor de betalingsopdracht tot betaling van het voorschot en, na controle van de bewijsstukken, de betalingsopdracht tot betaling van het saldo.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de attesten van AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde af te geven, vermeld in artikel 4 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig de artikelen 4 en 7 van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden te beslissen over de toelating tot een beroepsopleiding en om overeenkomstig artikel 6 van hetzelfde besluit te beslissen over de toekenning van een vrijstelling van de vereiste om als uitkeringsgerechtigde werkzoekende beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt of de toekenning van een premie en reiskostenvergoeding.



§ 5 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke cursist en in voorkomend geval met de opleidingsoperator individueel een beroepsopleidingsovereenkomst te sluiten overeenkomstig de artikelen 5 en 8 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de beroepsopleidingsovereenkomst vast te leggen overeenkomstig artikel 10 van hetzelfde besluit.

§ 6 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een schorsing van de overeenkomst en over de daarmee gepaard gaande administratieve stappen die worden ondernomen voor de premies en reiskostenvergoedingen die tijdens de opleiding worden toegekend, overeenkomstig de artikelen 12 en 37 van hetzelfde besluit.

§ 7 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de opzegging van een overeenkomst zonder opzeggingstermijn overeenkomstig de artikelen 11, 12 en 13, alsook de artikelen 37 en 44 van hetzelfde besluit.

§ 8 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst wegens gebrek aan geschiktheid overeenkomstig artikel 14, alsook de artikelen 37 en 44 van hetzelfde besluit.

§ 9 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om overeenkomstig hoofdstuk 3, afdelingen 1 tot 3, van hetzelfde besluit, alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot cursisten tijdens de opleiding ontstaan, met inbegrip van de in artikel 15 vermelde premie, de in artikel 16 vermelde reiskostenvergoeding en de in artikel 21 vermelde verzekering, goed te keuren en alle sociale documenten die tijdens de opleiding ontstaan, te ondertekenen.

§ 10 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen overeenkomstig artikel 22 van hetzelfde besluit vrijgesteld worden van de verplichting om beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt voor de beroepsopleidingen vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2.

§ 11 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating van niet-werkende werkzoekenden tot een individuele beroepsopleiding in een onderneming overeenkomstig artikel 36 van hetzelfde besluit.

§ 12 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke werkzoekende en met de werkgever individueel een overeenkomst te sluiten overeenkomstig artikel 37 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de overeenkomst vast te leggen overeenkomstig artikel 39 van hetzelfde besluit.

§ 13 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst als de wetgever zijn verplichtingen niet nakomt, overeenkomstig artikel 37, vierde lid, van hetzelfde besluit.

§ 14 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot cursisten tijdens de opleiding ontstaan, goed te keuren en alle sociale documenten die tijdens en op het einde van de opleiding ontstaan, te ondertekenen, overeenkomstig artikel 38 van hetzelfde besluit.

§ 15 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating van niet-werkende werkzoekenden tot een instapstage overeenkomstig artikel 42 van hetzelfde besluit.

§ 16 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke stagiair en met de stagegever individueel een overeenkomst te sluiten overeenkomstig artikel 44 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur van de overeenkomst vast te leggen.

§ 17 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst als de stagegever zijn verplichtingen niet nakomt, overeenkomstig artikel 44, vierde lid, van hetzelfde besluit.

§ 18 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de door de stagegever verschuldigde maandelijkse vergoeding vast te leggen, overeenkomstig artikel 44, tweede lid, 7<sup>o</sup>, van hetzelfde besluit.

§ 19 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om de naleving van kwalitatieve en kwantitatieve standaarden in de projecten of maatregelen te controleren, overeenkomstig artikel 48 van hetzelfde besluit.

§ 20 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om waarschuwingen te geven, overeenkomstig artikel 49 van hetzelfde besluit.

§ 21 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om ten aanzien van niet-werkende werkzoekenden of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die de in artikel 49 bedoelde aanmaning of ingebrekestelling in de wind slaan, te beslissen over de in artikel 50 van hetzelfde besluit vermelde intrekking van volgende toelatingen of toekenningen: de toelating tot de beroepsopleiding, de toelating tot de individuele beroepsopleiding in een onderneming, de toelating tot de instapstage, de toekenning van de vrijstelling of de toekenning van de premie en de reiskostenvergoeding.

§ 22 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om een elektronisch begeleidingsdossier voor de werkzoekende te (laten) openen overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling en hem een persoonlijk adviseur toe te wijzen overeenkomstig artikel 15 van hetzelfde decreet.

§ 23 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de schorsing van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling met betrekking tot de werkzoekende, overeenkomstig artikel 16, § 4, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

§ 24 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 37, § 1, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stageovereenkomst met de stagiair, de stagegever en in voorkomend geval de erkende bemiddelingsdienst te sluiten en daarbij, overeenkomstig artikel 37, § 2 en 3, van hetzelfde decreet, in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de stageovereenkomst vast te leggen.

§ 25 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 5 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de schorsing van de stageovereenkomst.

§ 26 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig de artikelen 5, 7 en 8 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de voortijdige beëindiging van de stageovereenkomst zonder opzegtermijn.

§ 27 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig de artikelen 10 en 11 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling alsook op grond van artikel 44 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot deelnemers tijdens de stage ontstaan, goed te keuren en alle sociale documenten die in verband met de stage ontstaan, te ondertekenen.

§ 28 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 46 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, de inspanningen te documenteren die de aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering doen om naar werk te zoeken en de balans ervan op te maken.

§ 29 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 15 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stagiair die een of meer verplichtingen of voorwaarden niet naleeft, te waarschuwen en in gebreke te stellen.

§ 30 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 16 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de intrekking van de toelating tot de stage en over de toekenning van de stagevergoeding en de reiskostenvergoeding.

§ 31 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het ge-co-attest PL63 bedoeld in artikel 5 van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, te ondertekenen.

§ 32 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 79 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, PWA-arbeidsovereenkomsten te bezorgen en te ondertekenen, de door de gebruiker aangevraagde activiteit goed te keuren, prestatieformulieren PWA4 en PWAbis te bezorgen en PWA-uren aan gebruikers te verkopen, alsook door PWA-werknemers gepresteerde PWA-uren uit te betalen via de door de gebruiker aangekochte uren.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om door PWA-werknemers gemelde aangiften van arbeidsongevallen op te maken, te ondertekenen en door te sturen, alsook schadegevallen die bij de gebruiker ontstaan zijn door de uitoefening van de activiteit van een PWA-werknemer, door te sturen in het kader van de verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid.

§ 33 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de oprichting van een tewerkstellingscel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact, alsook over de uitvoering van de bevoegdheden die werden overgeheveld naar de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap met toepassing van het koninklijk besluit van 9 maart 2006 betreffende het activerend beleid bij herstructureringen en in het bijzonder de vertegenwoordiging in een bedrijfsinterne tewerkstellingscel. De verleende delegatie omvat de goedkeuring en ondertekening van de overeenkomst tot oprichting van de tewerkstellingscel, de leiding en het beheer van de tewerkstellingscel, het vrijgeven en de doorgifte, aan de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening, van de gegevens van de werknemers die in het kader van de herstructurering ontslagen zijn en bij de tewerkstellingscel ingeschreven zijn.

#### **Art. 61.** Departement Arbeidsbemiddeling en Socio-professionele integratie

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Arbeidsbemiddeling en Bedrijfsadvies wordt gemachtigd om de attesten van AktiF-gerechtigde of AktiF PLUS-gerechtigde af te geven, vermeld in artikel 4 van het besluit van de Regering van 28 september 2018 tot uitvoering van het decreet van 28 mei 2018 betreffende de AktiF- en AktiF PLUS-maatregel ter bevordering van de werkgelegenheid.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om overeenkomstig de artikelen 4 en 7 van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden te beslissen over de toelating tot een beroepsopleiding en om overeenkomstig artikel 6 van hetzelfde besluit te beslissen over de toekenning van een vrijstelling van de vereiste om als uitkeringsgerechtigde werkzoekende beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt of de toekenning van een premie en reiskostenvergoeding.

§ 3 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke cursist en in voorkomend geval met de opleidingsoperator individueel een beroepsopleidingsovereenkomst te sluiten overeenkomstig de artikelen 5 en 8 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de beroepsopleidingsovereenkomst vast te leggen overeenkomstig artikel 10 van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een schorsing van de overeenkomst en over de daarmee gepaarde gaande administratieve stappen die worden ondernomen voor de premies en reiskostenvergoedingen die tijdens de opleiding worden toegekend, overeenkomstig de artikelen 12 en 37 van hetzelfde besluit.

§ 5 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de opzegging van een overeenkomst zonder opzeggingstermijn overeenkomstig de artikelen 11, 12 en 13, alsook de artikelen 37 en 44 van hetzelfde besluit.

§ 6 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst wegens gebrek aan geschiktheid overeenkomstig artikel 14, alsook de artikelen 37 en 44 van hetzelfde besluit.

§ 7 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om overeenkomstig hoofdstuk 3, afdelingen 1 tot 3, van hetzelfde besluit, alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot cursisten tijdens de opleiding ontstaan, met inbegrip van de in artikel 15 vermelde premie, de in artikel 16 vermelde reiskostenvergoeding en de in artikel 21 vermelde verzekering, goed te keuren en alle sociale documenten die tijdens de opleiding ontstaan, te ondertekenen.

§ 8 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen overeenkomstig artikel 22 van hetzelfde besluit vrijgesteld worden van de verplichting om beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt voor de beroepsopleidingen vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2.

§ 9 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating van niet-werkende werkzoekenden tot een individuele beroepsopleiding in een onderneming overeenkomstig artikel 36 van hetzelfde besluit.

§ 10 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke werkzoekende en met de werkgever individueel een overeenkomst te sluiten overeenkomstig artikel 37 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de overeenkomst vast te leggen overeenkomstig artikel 39 van hetzelfde besluit.

§ 11 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst als de werkgever zijn verplichtingen niet nakomt, overeenkomstig artikel 37, vierde lid, van hetzelfde besluit.

§ 12 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot cursisten tijdens de opleiding ontstaan, goed te keuren en alle sociale documenten die tijdens en op het einde van de opleiding ontstaan, te ondertekenen, overeenkomstig artikel 38 van hetzelfde besluit.

§ 13 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toelating van niet-werkende werkzoekenden tot een instapstage overeenkomstig artikel 42 van hetzelfde besluit.

§ 14 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om met elke stagiair en met de stagegever individueel een overeenkomst te sluiten overeenkomstig artikel 44 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur van de overeenkomst vast te leggen.

§ 15 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een overeenkomst als de stagegever zijn verplichtingen niet nakomt, overeenkomstig artikel 44, vierde lid, van hetzelfde besluit.

§ 16 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om de door de stagegever verschuldigde maandelijkse vergoeding vast te leggen, overeenkomstig artikel 44, tweede lid, 7°, van hetzelfde besluit.

§ 17 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om de naleving van kwalitatieve en kwantitatieve standaarden in de projecten of maatregelen te controleren, overeenkomstig artikel 48 van hetzelfde besluit.

§ 18 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om waarschuwingen te geven, overeenkomstig artikel 49 van hetzelfde besluit.

§ 19 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om ten aanzien van niet-werkende werkzoekenden of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die de in artikel 49 bedoelde aanmaning of ingebrekestelling in de wind slaan, te beslissen over de in artikel 50 van hetzelfde besluit vermelde intrekking van volgende toelatingen of toekenningen: de toelating tot de beroepsopleiding, de toelating tot de individuele beroepsopleiding in een onderneming, de toelating tot de instapstage, de toekenning van de vrijstelling of de toekenning van de premie en de reiskostenvergoeding.

§ 20 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om een elektronisch begeleidingsdossier voor de werkzoekende te (laten) openen overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling en hem een persoonlijk adviseur toe te wijzen overeenkomstig artikel 15 van hetzelfde decreet.

§ 21 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de schorsing van de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling met betrekking tot de werkzoekende, overeenkomstig artikel 16, § 4, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

§ 22 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 37, § 1, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stageovereenkomst met de stagiair, de stagegever en in voorkomend geval de erkende bemiddelingsdienst te sluiten en daarbij, overeenkomstig artikel 37, § 2 en 3, van hetzelfde decreet, in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de stageovereenkomst vast te leggen.

§ 23 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 5 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de schorsing van de stageovereenkomst.

§ 24 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig de artikelen 5, 7 en 8 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de voortijdige beëindiging van de stageovereenkomst zonder opzegtermijn.

§ 25 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig de artikelen 10 en 11 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling alsook op grond van artikel 44 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot deelnemers tijdens de stage ontstaan, goed te keuren en alle sociale documenten die in verband met de stage ontstaan, te ondertekenen.

§ 26 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 46 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, de inspanningen te documenteren die de aanvragers en ontvangers van een werkloosheidsuitkering doen om naar werk te zoeken en de balans ervan op te maken.

§ 27 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 15 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, een stagiair die een of meer verplichtingen of voorwaarden niet naleeft, te waarschuwen en in gebreke te stellen.

§ 28 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 16 van het besluit van de Regering van 21 december 2023 betreffende de toewijzing van stageplaatsen tot uitvoering van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling, te beslissen over de intrekking van de toelating tot de stage en over de toekenning van de stagevergoeding en de reiskostenvergoeding.

§ 29 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het ge-co-attest PL63 bedoeld in artikel 5 van het besluit van de Waalse Regering van 11 mei 1995 betreffende de indienstneming van gesubsidieerde contractuelen door sommige openbare besturen en ermee gelijkgestelde werkgevers, te ondertekenen.

§ 30 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 79 van het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, PWA-arbeidsovereenkomsten te bezorgen en te ondertekenen, de door de gebruiker aangevraagde activiteit goed te keuren, prestatieformulieren PWA4 en PWAbis te bezorgen en PWA-uren aan gebruikers te verkopen, alsook door PWA-werknemers gepresteerde PWA-uren uit te betalen via de door de gebruiker aangekochte uren.

Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om door PWA-werknemers gemelde aangiften van arbeidsongevallen op te maken, te ondertekenen en door te sturen, alsook schadegevallen die bij de gebruiker ontstaan zijn door de uitoefening van de activiteit van een PWA-werknemer, door te sturen in het kader van de verzekering inzake burgerlijke aansprakelijkheid.

§ 31 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de oprichting van een tewerkstellingscel van de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig de wet van 23 december 2005 betreffende het generatiepact, alsook over de uitvoering van de bevoegdheden die werden overgeheveld naar de Dienst voor arbeidsbemiddeling van de Duitstalige Gemeenschap met toepassing van het koninklijk besluit van 9 maart 2006 betreffende het activerend beleid bij herstructureringen en in het bijzonder de vertegenwoordiging in een bedrijfsinterne tewerkstellingscel. De verleende delegatie omvat de goedkeuring en ondertekening van de overeenkomst tot oprichting van de tewerkstellingscel, de leiding en het beheer van de tewerkstellingscel, het vrijgeven en de doorgifte, aan de Rijksdienst voor Arbeidsvoorziening, van de gegevens van de werknemers die in het kader van de herstructurering ontslagen zijn en bij de tewerkstellingscel ingeschreven zijn.

#### **Art. 62.** Departement Beroepskeuze en -opleidingen

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Beroepskeuze en -opleidingen wordt gemachtigd om te beslissen over de erkenning van beroepsopleidingen overeenkomstig artikel 3 van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden.

§ 2 - Voor de projecten of maatregelen die door hetzelfde departement worden beheerd, wordt hetzelfde departementshoofd gemachtigd om de naleving van kwalitatieve en kwantitatieve standaarden in de projecten of maatregelen te controleren, overeenkomstig artikel 48 van hetzelfde besluit.

§ 3 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om waarschuwingen te geven, overeenkomstig artikel 49 van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om ten aanzien van niet-werkende werkzoekenden of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen die de in artikel 49 bedoelde aanmaning of ingebrekestelling in de wind slaan, te beslissen over de in artikel 50 van hetzelfde besluit vermelde intrekking van volgende toelatingen of toekenningen: de toelating tot de beroepsopleiding, de toelating tot de individuele beroepsopleiding in een onderneming, de toelating tot de instapstage, de toekenning van de vrijstelling of de toekenning van de premie en de reiskostenvergoeding.

#### **Art. 63.** Departement Klantenservicecenter

§ 1 - Het departementshoofd bevoegd voor het departement Klantenservicecenter wordt gemachtigd voor de inschrijving, uitschrijving en herinschrijving in het werkzoekendenregister overeenkomstig de artikelen 5 en 7 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling en overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering.

§ 2 - Hetzelfde departementshoofd wordt gemachtigd om het opleidingsprogramma voor de persoonlijk adviseurs van alle bemiddelingsdiensten te coördineren overeenkomstig artikel 15, § 5, van hetzelfde decreet.

### **HOOFDSTUK 6. — Bevoegdheden gedelegeerd aan de hoofden van een administratieve eenheid**

#### *Afdeling 1. — Algemene delegaties*

#### **Art. 64.** Algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid

Als een departement bestaat uit een of meer administratieve eenheden, wordt de in artikel 27 vermelde algemene gedelegeerde ordonnanceringsbevoegdheid in de betrokken administratieve eenheid, in afwijking van het vermelde artikel, als volgt uitgeoefend:

1° het bevoegde eenheidshoofd wordt aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de vastleggingen met betrekking tot de begrotingsallocaties die aan zijn administratieve eenheid zijn toegekend;

2° het bevoegde departementshoofd wordt aangewezen als gedelegeerde ordonnateur voor de betaalbaarstelling van de uitgaven met betrekking tot de begrotingsallocaties die aan zijn departement zijn toegekend.



**Art. 65.** Lopende uitgaven in de administratieve eenheden

Onverminderd hoofdstuk 2 worden de bevoegde eenheidshoofden aangewezen als gedelegeerde ordonnateurs voor de vastleggingen en de juridische verbintenissen overeenkomstig artikel 24, § 2 en 3, van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap met betrekking tot de in de uitgavenbegroting van de Duitstalige Gemeenschap bepaalde uitgaven van de begrotingsallocaties 12 en 74 tot 10.000 euro.

Deze delegatie geldt ook uitdrukkelijk voor de rechtshandelingen waarin de wetgeving inzake overheidsopdrachten voorziet.

*Afdeling 2. — Bijzondere delegaties**Onderafdeling 1. — Ministerie***Art. 66.** Administratieve eenheid Gezin

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Gezin wordt gemachtigd om te beslissen over de afwijkingen inzake diploma bepaald in artikel 62, § 3, artikel 88, § 5 en 7, artikel 101, tweede lid, artikel 110, § 2, artikel 153 en artikel 180, § 1, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van een aanvullende subsidie voor de opvang van kinderen met een beperking of met bijzondere zorgbehoeften bepaald in artikel 73, § 2, artikel 93, § 1 en artikel 117 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 31 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 3 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van de leeftijdsgrens voor de in de kinderopvang werkzame personen bepaald in artikel 178, § 3, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang en in artikel 8, § 2 en 3, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders.

§ 4 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een afwijking van het maximale aantal opvangdagen in de initiatieven voor occasionele kinderopvang bepaald in artikel 177, § 2, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang.

**Art. 67.** Administratieve eenheid Gezondheid

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Gezondheid wordt gemachtigd om te beslissen over de volgende aanvragen in het kader van het besluit van de Regering van 19 december 2019 tot invoering van een overgangsregeling voor de procedure om een voorafgaande toestemming voor een kostenovername of een instemming met een tegemoetkoming in de kosten te verkrijgen in het kader van een longtermcare-revalidatie in het buitenland, met uitzondering van de daarin bepaalde mogelijkheden om een klacht in te dienen of beroep in te stellen:

1° over aanvragen ter verkrijging van een voorafgaande toestemming voor de overname van de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

2° over aanvragen tot verlenging van de longtermcare-revalidatie waarvoor een voorafgaande toestemming is gegeven overeenkomstig de bepaling onder 1°;

3° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een longtermcare-revalidatie in het buitenland;

4° over aanvragen ter verkrijging van een instemming met een tegemoetkoming in de kosten van een buitengewone behandeling in het buitenland;

5° over aanvragen ter verkrijging van een tegemoetkoming in de reiskosten.

**Art. 68.** Administratieve eenheid Cultureel erfgoed

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Cultureel erfgoed wordt gemachtigd om te beslissen over de volledigheid van aanvragen van een erfgoedvergunning ter uitvoering van artikel 13, § 3, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en historische cultuurlandschappen en betreffende de opgravingen.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om de minister bevoegd voor Monumentenzorg te vertegenwoordigen op de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling.

§ 3 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om de uitnodigingen voor de projectvergadering vermeld in artikel D.IV.31.1 van het Wetboek van Ruimtelijke Ontwikkeling op te maken en om de notulen van de projectvergadering op te stellen.

**Art. 69.** Administratieve eenheid Ouderen

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Ouderen wordt gemachtigd om te beslissen over de aanvragen die met toepassing van artikel 24 van het decreet van 13 december 2018 betreffende het aanbod aan diensten voor ouderen en personen met ondersteuningsbehoefte, alsook betreffende palliatieve zorg worden ingediend om personen met ondersteuningsbehoefte bij wijze van uitzondering toestemming te geven om gebruik te maken van een woonzorgcentrum voor ouderen.

**Art. 70.** Administratieve eenheid Sociale aangelegenheden

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Sociale aangelegenheden wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van de lening vermeld in artikel 2.1 van het besluit van de Regering van 4 augustus 2005 betreffende het Fonds voor afbetaling van schulden.

§ 2 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over afwijkingen inzake wijziging van de gegevens voor de erkenning van de taalcursussen bepaald in artikel 5, § 6, derde lid, artikel 13, § 6, derde lid, en artikel 20, § 5, vijfde lid, van het besluit van de Regering van 4 oktober 2018 tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit.

**Art. 71.** Administratieve eenheid Opleidingsincentives, volwassenenvorming en middenstand

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Opleidingsincentives, volwassenenvorming en middenstand wordt gemachtigd om te beslissen over de toekenning van een studietoelage in het kader van het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen.

## Onderafdeling 2. — Dienst voor arbeidsbemiddeling

**Art. 72.** Administratieve eenheid Dienstverlening inzake beroepsopleidingen

§ 1 - Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Dienstverlening inzake beroepsopleidingen wordt gemachtigd om overeenkomstig de artikelen 4 en 7 van het besluit van de Regering van 13 december 2018 betreffende beroepsopleidingen voor werkzoekenden te beslissen over de toelating tot een beroepsopleiding en om overeenkomstig artikel 6 van hetzelfde besluit te beslissen over de toekenning van een vrijstelling van de vereiste om als uitkeringsgerechtigde werkzoekende beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt of de toekenning van een premie en reiskostenvergoeding.

§ 2 - Voor de projecten of maatregelen die door dezelfde administratieve eenheid worden beheerd, wordt hetzelfde eenheidshoofd gemachtigd om met elke cursist en in voorkomend geval met de opleidingsoperator individueel een beroepsopleidingsovereenkomst te sluiten overeenkomstig de artikelen 5 en 8 van hetzelfde besluit en daarbij in het bijzonder de duur en een eventuele verlenging van de beroepsopleidingsovereenkomst vast te leggen overeenkomstig artikel 10 van hetzelfde besluit.

§ 3 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over een schorsing van de overeenkomst en over de daarmee gepaard gaande administratieve stappen die worden ondernomen voor de premies en reiskostenvergoedingen die tijdens de opleiding worden toegekend, overeenkomstig artikel 12 van hetzelfde besluit.

§ 4 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen over de opzegging van een beroepsopleidingsovereenkomst zonder opzeggingstermijn overeenkomstig de artikelen 11, 12 en 13 van hetzelfde besluit.

§ 5 - Voor de projecten of maatregelen die door dezelfde administratieve eenheid worden beheerd, wordt hetzelfde eenheidshoofd gemachtigd om te beslissen over de voortijdige beëindiging van een beroepsopleidingsovereenkomst wegens gebrek aan geschiktheid overeenkomstig artikel 14 van hetzelfde besluit.

§ 6 - Voor de projecten of maatregelen die door dezelfde administratieve eenheid worden beheerd, wordt hetzelfde eenheidshoofd gemachtigd om overeenkomstig hoofdstuk 3, afdelingen 1 tot 3, van hetzelfde besluit, alle verplichtingen en vorderingen die met betrekking tot cursisten tijdens de opleiding ontstaan, met inbegrip van de in artikel 15 vermelde premie, de in artikel 16 vermelde reiskostenvergoeding en de in artikel 21 vermelde verzekering, goed te keuren en alle sociale documenten die tijdens de opleiding ontstaan, te ondertekenen.

§ 7 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om te beslissen of uitkeringsgerechtigde volledig werklozen overeenkomstig artikel 22 van hetzelfde besluit vrijgesteld worden van de verplichting om beschikbaar te blijven voor de arbeidsmarkt voor de beroepsopleidingen vermeld in hoofdstuk 4, afdeling 2.

§ 8 - Hetzelfde eenheidshoofd wordt gemachtigd om na afloop van de stage het deelnemingsattest af te geven, vermeld in artikel 41, vierde lid, van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling.

**Art. 73.** Administratieve eenheid Controledienst

Het eenheidshoofd dat bevoegd is voor de administratieve eenheid Controledienst wordt gemachtigd om, overeenkomstig artikel 47 van het decreet van 22 mei 2023 betreffende de behoeftegestuurde arbeidsbemiddeling en overeenkomstig het koninklijk besluit van 25 november 1991 houdende de werkloosheidsreglementering, de zoekinspanningen van de verplicht ingeschreven werkzoekenden te controleren en in voorkomend geval over de desbetreffende straffen te beslissen, alsook alle daartoe noodzakelijke formulieren, oproepingen, documenten en besluiten te ondertekenen.

## HOOFDSTUK 7. — Slotbepalingen

**Art. 74.** Opheffingsbepaling

Opgeheven wordt het besluit van de Regering van 19 juli 2012 houdende delegatie van bepaalde bevoegdheden aan personeelsleden van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 7 september 2023, met uitzondering van de artikelen 39, 40, 44.1 en 44.2.

**Art. 75.** Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2024.

**Art. 76.** Uitvoeringsbepaling

De ministers zijn, ieder wat hem of haar betreft, belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 21 december 2023.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,  
Minister van Lokale Besturen en Financiën,  
O. PAASCH

De Viceminister-President,  
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting,  
A. ANTONIADIS

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media,  
I. WEYKMANS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek,  
L. KLINKENBERG